

Angel-Springer Verlag AG, Postf. 10 08 54, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 10 11  
Wichtig: Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 26 1  
Abteilung: Bonn (02 28) 26 1 15 24 / Vertriebsabteilung  
Hamburg (040) 341-1 - Franchisat an allen deutschen Werbepartnern

Befugnis 28 000 sfr, Frankreich 7 000 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 50 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 800 00 Din, Luxemburg 25 000 Lit, Niederlande 2 200 fl, Norwegen 8 500 Nkr, Österreich 14 000 S, Portugal 150 Esc, Schweden 8 000 skr, Schweiz 2 000 sfr, Spanien 170 Ptas, Kanarische Inseln 165 Ptas, Türkei 850 TL

### DIE WELT IM GESPRÄCH



#### Hat das Kunstherz Zukunft?

Professor Emil Bücherl, Chefchirurg des Klinikums in Berlin-Charlottenburg, ist der erste deutsche Mediziner, der ein Kunstherz eingesetzt hat. Bücherl ist hochgerühmt und beifig geschmäht. Sind die Erfolge zu teuer erkauft? Hat das Kunstherz überhaupt Zukunft? Wie reagiert Bücherl auf die Angriffe aus der Öffentlichkeit? Wie beurteilt der Wissenschaftler den Stand der deutschen Universitäten? Wie hält der Herz-Spezialist sein eigenes Herz fit? Der Pionier aus Berlin stand der WELT Rede und Antwort. Seite 7

#### Heute in der WELT

##### Ein brisantes Papier

Die Serbische Akademie der Wissenschaften hat in einem unveröffentlichten Memorandum brisante Thesen aufgestellt. Zum Beispiel: „Ein Ausweg aus der Krise ohne grundlegende Veränderungen im wirtschaftlichen und politischen System ist nicht möglich.“ Und: „Der Bund der Kommunisten (KP) lebt nur noch von seiner revolutionären Rente und ist in hohem Maße privatisiert.“ Die WELT veröffentlicht Auszüge. Seite 8

#### POLITIK

**Polen:** Namhafte Persönlichkeiten, darunter Lech Walesa, haben alle gesellschaftlichen Kräfte des Landes aufgefordert, in gemeinsamer Anstrengung die gegenwärtige Wirtschaftskrise zu überwinden. Sie bedrohe „Regierende wie Regierte“ gleichermaßen.

**Ägypten:** Die Kairoer Regierung unter Ministerpräsident Ali Lutfi ist gestern zurückgetreten. Staatspräsident Husni Mubarak nahm die Demission an und berief den 56 Jahre alten Rechtsprofessor und Wirtschaftswissenschaftler Sedki zum neuen Regierungschef.

#### WIRTSCHAFT

**Luxus:** Vorbild die Zeit, da sich jede beliebige Ware, versehen mit dem Namen eines Pariser Haute Couturiers, spielend in aller Welt verkaufen ließ. Die Nachfrage nach schneidbaren und echten Luxusartikeln schrumpft. Die Luxus-der Wahrheit schlägt. (S. 14)

**Fliegen:** Ein neuer Vorstoß zur Liberalisierung des Luftverkehrs, die Schaffung von mehr Konkurrenz als Voraussetzung für niedrigere Preise, ist heute kontroverses Thema der EG-Verkehrsminister in Brüssel. Eine Einigung erscheint ungewiss. (S. 13 u. 14)

#### KULTUR

**Elisabeth Grümmer:** Die Jugendlichkeit ihrer Stimme hatte darüber hinweggeleitet, daß auch sie älter wurde. Das feine Timbre verriet immer wieder, daß Gesang vor allem auch eine Sache des Herzens ist. Elisabeth Grümmer ist gestorben. (S. 21)

**Toulouse-Lautrec:** Die Kunsthalle Tübingen zeigt 130 Gemälde und Bildstudien, das pure malerische Givre also, größtenteils entliehen aus dem Toulouse-Lautrec-Museum von Albi, ergänzt durch private Leihgaben. Die Grafik ist hier nicht präsent. (S. 21)

#### SPORT

**Worchester (USA)** das Halbfinale erreicht. Sie gewann gegen die Tschechoslowakin Helena Sukova mit 6:4 und 7:6. (S. 18)

**Fußball:** Nationalstürmer Rudi Völler von Werder Bremen muß erneut eine Trainingspause einlegen. Beim 0:4 gegen den VfB Stuttgart erlitt der 26jährige eine Prellung am Oberschenkel. (S. 16)

#### AUS ALLER WELT

**Amazonas:** Die brasilianischen Pläne zur Erschließung der Grenzregionen des Amazonasbeckens sollten vorerst geheim bleiben, um keine übertriebenen Erwartungen zu wecken und unbegründete Furcht der Nachbarn zu vermeiden. Zunächst sollen in den Zonen nur militärische Stützpunkte entstehen. (S. 22)

**„Care“:** Die Not in der Dritten Welt hat jetzt auch die Modemacher veranlaßt, eine Aktion besonderer Art zu starten: Erstmals präsentierte sich die Pariser Haute Couture in Berlin zugunsten der Organisation „Care“. Unter den zahlreichen Gästen waren Bundesaußenminister Genscher und Frau Friede Springer. (S. 22)

Leserbriefe und Personalien Seite 10  
Fernsehen Seite 11  
Pankraz Seite 21  
Wetter: Meist trocken und mild Seite 22

## Kritik konzentriert sich auf Sandoz

### SPD nimmt jetzt die deutsche Chemie-Industrie ins Visier / Töpfer: Keine neuen Gesetze

ULRICH REITZ, Bonn  
Die Diskussion über die Folgen des Großbrandes bei dem Schweizer Chemiekonzern Sandoz hat sich auf die deutsche parteipolitische Ebene verlagert. Dabei waren die Sozialdemokraten bemüht, die „Defizite“ bei der Informationspolitik über den Unfall, der nach Ansicht von Experten verheerende Auswirkungen auf das Ökosystem im Rhein haben wird, der Bundesregierung anzulasten. Demgegenüber erklärte die Regierung, die „notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung (kontinental) getroffen werden“. In CDU-Kreisen wird befürchtet, daß die deutsche chemische Industrie aus wahlrechtlichen Gründen von der Opposition ins Kreuzfeuer gebracht wird.

Der stellvertretende SPD-Fraktionschef Hauff zog eine Parallele zur Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl und behauptete, Umweltminister Wallmann (CDU) habe bei der Rheinkatastrophe ebenso versagt wie ein halbes Jahr zuvor Innenminister Zimmermann (CSU) bei dem Atomunfall in der Ukraine. Die Bundesregierung habe, so Hauff, die 20 Millionen am Rhein lebenden Menschen im Stich gelassen.

Umweltminister Wallmann hatte offenbar mit einer solchen Kritik aus den Reihen der Opposition gerechnet. Er ließ bereits am Samstag über das Bundespresidium eine Erklärung verbreiten, in der nicht nur die Schweizer Regierung gegen Anwürfe in Schutz genommen, sondern auch auf die bereits auf Initiative seines Ministeriums eingeleiteten Schutzmaßnahmen verwiesen wird. Aus rheinland-pfälzischen Regierungskreisen wurde darauf hingewiesen, daß die Firma Sandoz für Unzulänglichkeiten bei der Information verantwortlich sei, nicht die Schweizer Behörden, die ihrerseits von dem Chemiekonzern schlecht informiert worden seien. Wallmann räumte allerdings ein, daß die Schweizer es „versäumt“, den internationalen Alarmplan Rhein auszulösen. Tags zuvor hatte darauf auch Regierungssprecher Ost hingewiesen.

Darauf, daß die SPD jetzt die chemische Industrie in der Bundesrepublik ins Visier nimmt, deutet eine Erklärung von SPD-Spitzenkandidat Rau hin. Er fordert die Bundesregierung auf, zu klären, ob die „Sicherheitsvorkehrungen für die Produktion und Lagerung von Chemikalien ausreichend sind“. Doch auch in diesem Punkt hatte Wallmann schon vorgebaut: Er teilte mit, daß er den Verband der chemischen Industrie für morgen zu einem Gespräch über die „Bewertung des Unfalls im Hinblick auf die in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Anlagen“ eingeladen habe.

Der rheinland-pfälzische Umweltminister Töpfer hat „kein Verständnis dafür, jetzt die chemische Industrie aufs Korn zu nehmen“. Eine neue Chemiepolitik forderte indes schon gestern der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND).

Mit einem Katalog von Forderungen meldete sich der stellvertretende FDP-Vorsitzende Baum zu Wort, der auf einer Präsidiumssitzung nach der niedersächsischen Kommunalwahl Anfang Oktober als Umweltminister ins Gespräch gebracht

worden war. Im übrigen trat der FDP-Politiker der Behauptung Wallmanns entgegen, die Schweiz habe noch am Tag des Brandes, dem 1. November, die Bundesregierung informiert. Seine These: Es sei drei Tage später informiert worden.

Umweltminister Töpfer hat eine Prüfung angekündigt, „ob es, was in der Schweiz passiert ist, auch bei uns passieren kann“. Entsprechende Untersuchungen habe es bisher bei allen „aus dem Ausland importierten Skandalen“ gegeben, sagte Töpfer der WELT. Zu den Forderungen aus der SPD und denen Baums sagte der CDU-Politiker: „Wer schon jetzt Reize gibt, der handelt zwar schnell, aber nicht redlich“. Töpfer kündigte

an, ein Vertreter des rheinland-pfälzischen Umweltministeriums werde heute gemeinsam mit dem baden-württembergischen Umweltminister Weiser (CDU) nach Basel fahren, um sich von Sandoz über den Ablauf der Katastrophe und die bestehenden Vorkehrungen informieren zu lassen. Die Frage nach einer Verschärfung bestehender Gesetze in der Bundesrepublik „stellt sich nicht“, so Töpfer.

Nach Ansicht des CDU-Politikers müssen „wir mit Langzeitschäden rechnen“. Ein weiteres Fischsterben sei „nicht auszuschließen“, obwohl die Giftwelle bereits die Niederlande erreicht hat. Holland hat die Verbindungen zwischen dem Rhein und anderen Wasserstraßen geschlossen.



Sandoz wird vorgeworfen, die Schweizer Regierung unzulänglich informiert zu haben. Aufhängerbelton nach der Katastrophe. FOTO: OPA

### DER KOMMENTAR

#### Hilfloses Schweigen

FRITZ WIRTH

Wenn Menschenleben auf dem Spiel stehen und wenn Regierungen notgedrungen mit Terroristen zu tun haben, kann Schweigen vorübergehend notwendig sein. Die Iran-Affäre schien ein solcher Konflikt zu sein; die US-Regierung kann immerhin die Freilassung von drei Geiseln als Rechtfertigung vorweisen. Inzwischen jedoch hat dieses Schweigen einen Schwall von Gerüchten, Verdächtigungen und Spekulationen ausgelöst, die schweren Schaden anzurichten beginnen. Sie haben die Antiterrorpolitik der USA in Frage gestellt, die amerikanische Neutralität im Golfkrieg in Zweifel gezogen und schwere interne Spannungen bloßgelegt, die am Wochenende in Rücktrittsspekulationen um Außenminister Shultz mündeten.

Der Zeitpunkt der Schadenskontrolle - in Reinschrift: das Ende des Schweigens - ist zweifellos gekommen, zumal da dieses Schweigen zuerst von der anderen Seite durchbrochen wurde. Sie hat es lange zu einer Waffe gegen die USA gemacht.

Es zeichnet sich in dieser Affäre der alte Konflikt zwischen nobler humanitärer Rücksichtnahme und kaltem politischem Kalkül ab. Die Männer der Gewalt bedienen sich rücksichtslos dieses Dilemmas. Es geht nicht an, daß eine Weltmacht sich durch hilfloses Schweigen zur Ohn-Macht verurteilen läßt.

#### Israel: Haft für Atomtechniker

DW, Jerusalem

Die israelische Regierung hat gestern zugegeben, daß der Atomtechniker Mordechai Vanunu in Israel inhaftiert ist. Vanunu hatte einer britischen Zeitung erklärt, in der geheimen Versuchsanlage Dimona, in der er selbst gearbeitet hätte, würden Atomwaffen produziert. Am 30. September, kurz nach der Veröffentlichung des Berichts, war Vanunu aus London verschwunden. In einer kurzen Erklärung bestritt Jerusalem Mutmaßungen der israelische Geheimdienst Mossad könne den Experten entführt und nach Israel verschleppt haben. Es wird nicht gesagt, auf welchem Weg Vanunu nach Israel gelangt ist. Es heißt dort nur, er sei von einem Gericht in Haft genommen worden. Unzutreffend seien auch Berichte, Israels damaliger Regierungschef Peres habe mit seiner britischen Kollegin Thatcher telefoniert, um dem Mossad freie Bahn zur Verschleppung Vanunus zu schaffen.

#### Führt Iran-Affäre zum Rücktritt von Shultz?

Spekulationen um Spannungen in der Administration wachsen

FRITZ WIRTH, Washington  
Die Welle der Gerüchte über Kontakte der amerikanischen Regierung mit Iran hat gestern mit Berichten über Rücktrittsbereitschaft des amerikanischen Außenministers Shultz ihren Höhepunkt erreicht. Shultz ist damit zu einem Opfer des selbstauferlegten und möglicherweise von iranischen Geiselnehmern aufgezwungenen Schweigens geworden.

Das Weiße Haus ist unter wachsenden Druck geraten, dieses Schweigen zu beenden. Ronald Reagan hat sich bisher mit dem Argument widersetzt, daß das Leben von sechs amerikanischen Geiseln, die in Libanon offensichtlich von Terrororganisationen festgehalten werden, die Iran nahe stehen, auf dem Spiel stehe. Shultz erklärte nun, ihm mache die Nachrichtensperre des Weißen Hauses „keinen Spaß“ und fügte hinzu: „Ich ziehe es vor, zu sagen, was ich über die Dinge denke.“

Es war nicht zuletzt diese Äußerung, die Gerüchte über seinen möglichen Rücktritt auslöste. Die „New York Times“ zitierte einen Beamten aus dem State Department mit der Bemerkung: „Wenn es einen Anlaß zum Rücktritt für ihn geben sollte, dann ist es dieser. Kein Thema liegt ihm so nahe wie der Kampf gegen den Terrorismus.“

Tatsächlich hat Shultz in den vergangenen Jahren wie kein anderer leitender Minister der Administration eine Politik der Härte gegenüber dem internationalen Terrorismus gefördert. Es gibt jedoch in wachsender Zahl Hinweise darauf, daß die Regierung Geiseln in Libanon möglicherweise durch Waffenlieferungen an Iran freigekauft hat. Über das Ausmaß und den Weg dieser Lieferungen liegen keine präzisen Angaben vor.

Nach weitgehend übereinstimmenden Informationen aus der Administration ist die Initiative zur Kontaktaufnahme mit Iran direkt vom Weißen Haus ausgegangen. Sie führte im vergangenen Jahr zur Freilassung des Geistlichen Benjamin Weir, löste zugleich aber auch scharfe Proteste von Shultz und Verteidigungsminister Weinberger aus, die darauf drangen, diese Kanäle zu schließen.

Offenbar sind diese Kanäle vom Weißen Haus auf Druck der Familienangehörigen dieser Geiseln wieder geöffnet worden; wahrscheinlich mit Wissen von Shultz und Weinberger, doch ohne deren Billigung. Dabei war der inzwischen zurückgetretene Sicherheitsberater McFarlane mit mehreren Reisen nach Iran offensichtlich die Schlüsselfigur.

#### Banken: Nur Vergleich rettet NH vor Konkurs

Heute treffen sich die Großgläubiger in Frankfurt

cd./DW, Frankfurt/Bonn  
Von dem heutigen Treffen der 13 Großgläubiger der Neuen Heimat (NH) sowie zwei weiterer Banken mit dem neuen NH-Eigentümer Horst Schiesser in Frankfurt erhofft man sich in Bonn Aufschluß über die Zukunft des Wohnungskonzerns, nachdem es am Wochenende Spekulationen um einen bevorstehenden Zusammenbruch der NH gegeben hatte. Das Gespräch war für vergangenes Freitag geplant, dann aber verschoben worden, um Schiesser mehr Bedenkzeit zu geben.

In der Gruppe der Banken, die einen NH-Konkurs verhindern wollen, der mit großen Verlusten bei der Verwertung des Vermögens verbunden wäre, sieht man einen Vergleich als die einzig mögliche Lösung an. Dem müßte Schiesser freilich zustimmen. In Kreisen der Gläubigerbanken zweifelt man daran, daß Schiesser sein Konzept einer Fortführung der Neuen Heimat durchsetzen kann, selbst wenn unterstellt wird, daß die von ihm präsentierten Zahlen, die noch nicht vollständig geprüft sind, stimmen. Ein geordneter Rückzug durch einen Vergleich sei für Schiesser schließlich nicht ehrenrührig, heißt es. Ein derartiger Weg setze allerdings einen erheblichen Kapitaleinschuß durch den früheren NH-Eigentümer BGAG voraus.

Eine geordnete Vergleich wird vor allem deshalb angestrebt, weil nur auf diese Weise verhindert werden

#### Banken: Nur Vergleich rettet NH vor Konkurs

Heute treffen sich die Großgläubiger in Frankfurt

cd./DW, Frankfurt/Bonn  
Von dem heutigen Treffen der 13 Großgläubiger der Neuen Heimat (NH) sowie zwei weiterer Banken mit dem neuen NH-Eigentümer Horst Schiesser in Frankfurt erhofft man sich in Bonn Aufschluß über die Zukunft des Wohnungskonzerns, nachdem es am Wochenende Spekulationen um einen bevorstehenden Zusammenbruch der NH gegeben hatte. Das Gespräch war für vergangenes Freitag geplant, dann aber verschoben worden, um Schiesser mehr Bedenkzeit zu geben.

In der Gruppe der Banken, die einen NH-Konkurs verhindern wollen, der mit großen Verlusten bei der Verwertung des Vermögens verbunden wäre, sieht man einen Vergleich als die einzig mögliche Lösung an. Dem müßte Schiesser freilich zustimmen. In Kreisen der Gläubigerbanken zweifelt man daran, daß Schiesser sein Konzept einer Fortführung der Neuen Heimat durchsetzen kann, selbst wenn unterstellt wird, daß die von ihm präsentierten Zahlen, die noch nicht vollständig geprüft sind, stimmen. Ein geordneter Rückzug durch einen Vergleich sei für Schiesser schließlich nicht ehrenrührig, heißt es. Ein derartiger Weg setze allerdings einen erheblichen Kapitaleinschuß durch den früheren NH-Eigentümer BGAG voraus.

Eine geordnete Vergleich wird vor allem deshalb angestrebt, weil nur auf diese Weise verhindert werden

#### Banken: Nur Vergleich rettet NH vor Konkurs

Heute treffen sich die Großgläubiger in Frankfurt

cd./DW, Frankfurt/Bonn  
Von dem heutigen Treffen der 13 Großgläubiger der Neuen Heimat (NH) sowie zwei weiterer Banken mit dem neuen NH-Eigentümer Horst Schiesser in Frankfurt erhofft man sich in Bonn Aufschluß über die Zukunft des Wohnungskonzerns, nachdem es am Wochenende Spekulationen um einen bevorstehenden Zusammenbruch der NH gegeben hatte. Das Gespräch war für vergangenes Freitag geplant, dann aber verschoben worden, um Schiesser mehr Bedenkzeit zu geben.

In der Gruppe der Banken, die einen NH-Konkurs verhindern wollen, der mit großen Verlusten bei der Verwertung des Vermögens verbunden wäre, sieht man einen Vergleich als die einzig mögliche Lösung an. Dem müßte Schiesser freilich zustimmen. In Kreisen der Gläubigerbanken zweifelt man daran, daß Schiesser sein Konzept einer Fortführung der Neuen Heimat durchsetzen kann, selbst wenn unterstellt wird, daß die von ihm präsentierten Zahlen, die noch nicht vollständig geprüft sind, stimmen. Ein geordneter Rückzug durch einen Vergleich sei für Schiesser schließlich nicht ehrenrührig, heißt es. Ein derartiger Weg setze allerdings einen erheblichen Kapitaleinschuß durch den früheren NH-Eigentümer BGAG voraus.

Eine geordnete Vergleich wird vor allem deshalb angestrebt, weil nur auf diese Weise verhindert werden

#### Aquino sucht in Japan um finanzielle Unterstützung nach Tokio nennt Wünsche „unrealistisch“ / Putschgerüchte

DW, Manila/New York

Ungeachtet der anhaltenden Putschgerüchte auf den Philippinen tritt Präsidentin Corazon Aquino heute einen viertägigen Besuch in Japan an, von dem sie sich mehr politische Unterstützung und Wirtschaftshilfe in Höhe von rund 1,6 Milliarden Dollar erhofft.

Am Wochenende nahm die philippinische Staatschefin ihrem Widersacher, Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile, das Versprechen ab, dafür zu sorgen, daß während ihrer Abwesenheit „nichts geschieht“. Erst am vergangenen Freitag hatte der philippinische General Ramos die Armee seines Landes in Alarmbereitschaft versetzt, um den umlaufenden Putschgerüchten entgegen zu wirken. Der General ermahnte nach Angaben eines Sprechers in Manila hohe Offiziere, Einheit, Ordnung und Disziplin zu wahren. Zuvor hatte er der Präsidentin Aquino seine Unterstützung zugesichert. Bereits während ihrer ersten beiden Auslandsreisen nach Indonesien und Singapur sowie

in die USA hatte es Gerüchte um einen Staatsstreich gegeben. Corazon Aquinos Hilferuf an Japan wird durch das Scheitern der Umschuldungsverhandlungen mit den Gläubigerbanken noch dringender. Die Gespräche, bei denen die Philippinen eine Umschuldung von 17 Milliarden Mark erreichen wollten, waren am Freitag in New York ergebnislos abgebrochen worden.

In der japanischen Regierung wurden die Wünsche Frau Aquinos von vornherein als „unrealistisch“ bezeichnet. Gleichwohl möchte Japan, nach den USA der zweitgrößte Handelspartner und ausländische Investor des Inselstaates, die Präsidentin unterstützen, die durch den kommunistischen Widerstand zunehmend in Bedrängnis gerät. Bei den Wirtschaftsvertretern, die enge Verbindungen zu dem ehemaligen Marcos-Regime unterhielten, dürfte Frau Aquino dagegen auf eine abwartende Haltung stoßen. Japanische Firmen hatten Marcos früher mit hohen Summen bestochen, um Aufträge aus Manila zu bekommen.



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Vogel schürt

Von Enno v. Loewenstern

Während die UdSSR das Thema Gorbatschow herunterspielt, will Vogel es am Kochen halten. Nicht unverständlich, denn es ist Wahlkampf. Andererseits wirkte der Gegensatz im Fernsehen schon sehr seltsam zwischen einem wütend kollernden Vogel und einem gelassen lachenden Schwarznadse zum selben Thema. Bemerkungen quer durch die Medien, daß die SPD nicht sowjetischer wirken sollte als die Sowjets, sucht die Opposition durch einen kuriosen Alibi die Spitze zu nehmen: der außenpolitische Aspekt sei erledigt, in der nächsten Bundestagsitzung müsse man jedoch innenpolitische Aspekte aufarbeiten. Und was dann? Wirtschaftspolitische, kulturpolitische, bis der 25. Januar endlich vorbei ist?

Es ist nicht anzunehmen, daß Vogels verzweifelte Bemühungen zugunsten einer uns nicht wohlgesonnenen Regierung im Volk sehr großartig ankommen. Müssen die Deutschen nicht zwangsläufig fragen, in welchem Ton die SPD unablässig über einen ausländischen Staatsmann herzieht, mit dem wir befreundet sind? „High noon“, „Wildwest“ sind noch die mildesten Formeln, meist wird Reagan Friedensgefährdung unterstellt, und auch manch übler Vergleich mit unserer Vergangenheit ist schon gezogen worden. Müssen die Deutschen sich nicht auch fragen, wo Vogel war, als demokratische Politiker hierzulande mit der Vergangenheit in Beziehung gesetzt wurden – als Brandt Geißler mit Gorbatschow verglichen, als Lafontaine die Grundsätze Helmut Schmidts „Sekundärtugenden“ nannte, mit denen „man auch ein KZ betreiben“ könne?

Die Deutschen können Vogels Anstrengungen verkraften: den Sowjets dagegen scheinen sie eher peinlich zu sein. Das geht auch daraus hervor, daß die sowjetischen Medien den Wortlaut der Interview-Stelle nicht veröffentlicht haben. Jetzt rauschen beflissene Deutungen durch den Blätterwald, daß sie wohl keinen Enttäuschungssturm im eigenen Volk auslösen wollen. Ist das so sicher? Oder wollen sie vielleicht verhindern, daß das eigene Volk auf unerwünschte Gedanken kommt?

Sie selbst sind ja nicht zimperlich im Umgang mit uns; ihr Magazin „Sputnik“ zeterte jüngst über eine „Verleumdungskampagne“ wegen Tschernobyl: „Übertreibt noch die Hetze eines Rütlers und Gorbatschow gegen die Sowjetunion.“ Das wurde zwar als Leserbrief präsentiert, aber Schwarznadse weiß und Vogel weiß, wie Leserbriefe in Sowjetblättern zustande kommen. Vogels künstliche Aufregung könnte zu einem echten Problem für seine Partei werden.

## Wiederkehr der Leistung

Von Uwe Bahnsen

Null Bock und no future sind out, Leistung ist in – für diese Erfahrung von Pädagogen und Ausbildern in der Wirtschaft hat die Handelskammer Hamburg in diesen Tagen einen eindrucksvollen Beweis präsentiert: Noch nie haben so viele Lehrlinge an der Abschlußprüfung teilgenommen und dabei so gute Noten erzielt wie in diesem Jahr.

Die Traumnote „sehr gut“ erzielten in allen Fächern zweiundzwanzig Prozent mehr Lehrlinge als im Vorjahr. Dieses erfreuliche Resultat basiert nicht auf herabgesetzten Anforderungen, sondern auf einer deutlich gestiegenen Leistungsbeurteilung der jungen Menschen. Sie haben erkannt, daß ihre Chancen für einen sicheren Arbeitsplatz nach der Ausbildung wesentlich von einem guten Prüfungsergebnis abhängen.

Darüber hinaus wirkt sich die schulische Vorbildung aus. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen, die eine Ausbildung beginnen, hat das achtzehnte Lebensjahr bereits vollendet, und der Anteil der Realschulabsolventen und der Abiturienten steigt von Jahr zu Jahr. Von den Kandidaten im kaufmännischen Bereich, die bei der Hamburger Handelskammer das Prüfungsergebnis „sehr gut“ erzielten, besaßen achtzig Prozent das Abitur.

Den Politikern aller Parteien, vor allem denen in der Regierungsverantwortung, sollte das alles zu denken geben. Zu Recht hat Bundeskanzler Helmut Kohl in der vergangenen Woche bei der Abschlußveranstaltung der CDU im Bürgerhaushalt darauf hingewiesen, daß es Aufgabe und Pflicht der Politik sei, der jungen Generation Hoffnung zu geben, Horizonte zu eröffnen und Möglichkeiten zu schaffen. Es ist zutiefst verantwortungslos, junge Menschen zu demotivieren, statt sie zur Leistung und zum konstruktiven Engagement in Staat und Gesellschaft zu befähigen.

Das sollten vor allem jene Bildungsexperten aus dem linken Spektrum erkennen, die jahrelang ihre Konfliktstrategien entwickelt und vor allem in den Schulen betrieben haben. Die Botschaft der Prüflinge, die in Hamburg mit Glanz und Gloria abgeschnitten haben, an die Adresse der Politiker lautet schlicht und klar: Wir wollen. Ihr habt dafür zu sorgen, daß wir können.

## Listen-Illusion

Von Albert Müller

Es ist sicher feilkalkuliert, wenn von der neuen Arzneimittel-Preisvergleichsliste, die ab Januar in den Arztpraxen benutzt werden soll, Spereffekte in Milliardenhöhe erwartet werden.

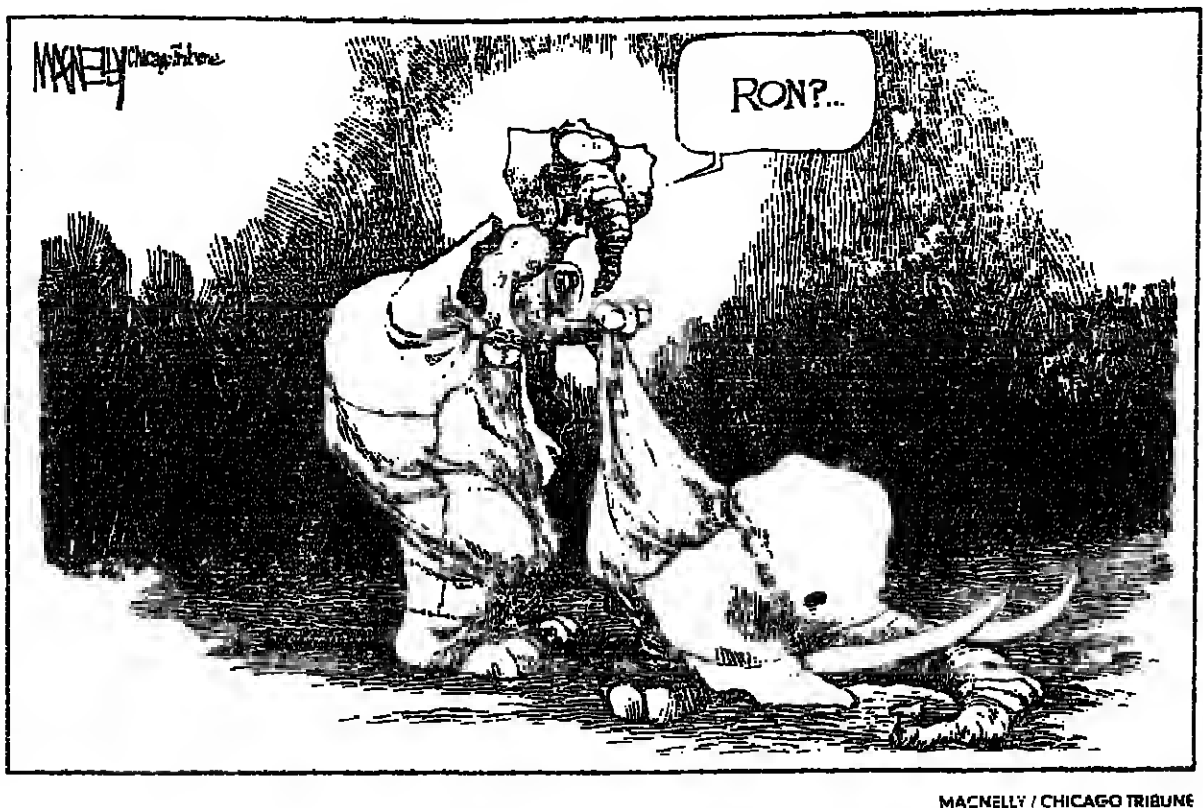
Denn so richtig es sein mag, daß der bisher ungebrochene Ausgabenanstieg beim Medikamentenkonsument auch ein Informationsdefizit auf ärztlicher Seite zur Ursache hat, das sich mit dem Ziel größerer Wirtschaftlichkeit beheben läßt – der Arzt kann mit der Liste arbeiten. Er muß es nicht.

Doch selbst wenn der Kostenzuwachs sich abflacht – bei qualitativer unverminderter, ja verbesserter medikamentöser Versorgung der Patienten, versteht sich –, wer garantiert denn, daß als Folge davon bei den Kassen später die Kasse besser stimmt?

Es würde Umschichtungen innerhalb des Ausgabenspektrums geben, aber eine Wende im Kostentrend ist nach aller Erfahrung auszuschließen. An Steigerung sind alle Beteiligten dieser Versicherung so gewöhnt, daß sie anderes nur als Systembruch beurteilen könnten.

Gewiß, jedes Jahr eine runde Milliarde Mark mehr für Arzneien, die an Kassenpatienten gehen, muß man nicht uneingeschränkt als schicksalhaft ansehen. Und die aufgeregte Sorge um Umsatzeinbußen, wie sie in der Pharmaindustrie gehegt wird, ist zunächst wahrscheinlich so unbegründet wie eine Entlastungseuphorie bei den Krankenkassen.

Indessen könnte dem Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, der in der nächsten Legislaturperiode die Krankenversicherung insgesamt reformieren will, jetzt schon ein kleiner Fortschritt im Kostenbewußtsein Mut machen. Denn natürlich weiß er, daß einer seiner Vorgänger, Theodor Blank, bei dem gleichen Vorhaben politisch unterging.



MACNELLY / CHICAGO TRIBUNE

## Tagungsort Gorki?

Von Carl Gustaf Ströhm

Die ersten Tage des Wiener Nachfolgetreffens der KSZE haben zumindest ein Ergebnis gebracht: Sie haben Theorie und Praxis, offizielle Beteuerungen und Realität auf der europäischen Sicherheits- und Zusammenarbeitsbühne deutlich hervortreten lassen. Wie bereits in Reykjavik, wurde ein Teil der westeuropäischen Öffentlichkeit auch am Vorabend des Treffens Shultz-Schwarzadse ein Opfer hochgeschraubter Medien Erwartungen und unkritischer Medienrhetorik.

Es war ein soeben aus jahrelanger sowjetischer Haft freigekommener Bürgerrechtler, der außerhalb des offiziellen Konferenzgeschehens auf den Kern des europäischen Sicherheitsproblems zu sprechen kam. Jurj Orlov sagte, die Westeuropäer müßten begreifen, daß ihre eigene Sicherheit unauflöslich mit dem Problem der Menschenrechte in der Sowjetunion verknüpft sei. Solange die Sowjetunion ihren Bürgern keine Menschenrechte gewähre, solange sie als geschlossene, totalitäre Gesellschaft existiere, könne niemand von ihr die Einhaltung vertraglich übernommener Verpflichtungen erwarten, weil die Erfüllung kaum zu kontrollieren sei.

Orlov stimmte hier auf überraschende Weise mit einigen neutralen Abrüstungsexperten überein, die aus einem ganz anderen Blickwinkel die bei der Konferenz in Stockholm jüngst erzielte ost-westliche militärische Inspektionsregelung als „Schönwetter-Regime“ bezeichneten. Und zwar deshalb, weil im Konfliktfall solche Inspektionen am allerwenigsten bei den Sowjets erzwungen werden könnten. Anders gesagt: Wenn die Beziehungen „gut“ sind und folglich ohnedies wenig zu inspizieren wäre, würden die Inspektoren zugelassen. Wenn es aber kritisch werden und die Sowjetunion – sei es gegen einen Staat des eigenen Bündnisystems oder gegen neutrale oder gar NATO-Staaten – etwas im Schilde führen sollte, dürfte sie jede Inspektion verweigern.

Es wäre im Sinne westeuropäischer militärischer Sicherheit daher ein Idealfall, wenn es gelingen sollte, die Sowjetunion in eine halbwegs offene Gesellschaft zu verwandeln, in der Menschen- und Bürgerrechte wenigstens ansatzweise respektiert werden. Die Welt

könnte froh sein, wenn es in der sowjetischen Gesellschaft von heute auch nur etwas von der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit – und Rechtssicherheit – gäbe wie im kaiserlichen Rußland vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges (wo etwa marxistische Zeitungen legal erscheinen konnten und es sogar bolschewistische Parlamentsabgeordnete gab).

Trotz aller Erklärungen über die Notwendigkeit der „Offenheit“ und Öffentlichkeit (Glasnost) durch Gorbatschow ist die heutige Sowjetunion weit davon entfernt, die in der Schulbuche von Helsinki niedergeschriebenen Menschen- und Bürgerrechte auch nur annähernd zu verwirklichen. Unter Gorbatschow hat sich (im Gegensatz zur Chruschtschow-Zeit) weder die Zahl der politischen Häftlinge nennenswert reduziert, noch wurden die Bedingungen für nonkonformistische Tätigkeit gelockert. Auch unter Gorbatschow bleibt das Sowjetimperium ein totalitärer Polizeistaat, eine Ideokratie, in der nur eine wahre Lehre gestattet und nur eine politische Richtung an der Macht ist.

Hier aber kommen wieder der innere Zustand des Systems und seine Beziehungen nach außen zusammen – und der Kreis schließt sich. Denn solange die führende Schicht oder „Klasse“ des sowjetischen Imperiums der Meinung ist, sie habe das einzig richtige Rezept für die gesamte Welt, wird sie im Inneren keine Freiheit zulassen und nach außen überall dorthin



Keine Sicherheit ohne Menschenrechte. Orlov in Wien. FOTO DPA

vorstoßen, wo sie Schwäche wittert. Sie kann deshalb den eigenen Bürgern keine Freiheit, den Vasallen kein Recht auf freie Entscheidung und der übrigen Welt keine ideologische Existenzberechtigung zubilligen. Der unablässige Kampf, den Gorbatschow etwa gegen das amerikanische Raketenabwehrsystem SDI führt, hat sein Motiv in der Erkenntnis, daß die moderne Technologie drauf und dran ist, die Sowjetunion auf dem einzigen Gebiet aus dem Feld zu schlagen, wo sie noch auf den Westen einwirken kann: in der Rüstung. Deshalb muß, von Gorbatschow aus gesehen, SDI zu Fall gebracht werden – weil andernfalls die Hegemonialstellung der Sowjetunion ins Rutschen kommen könnte.

Nun aber ist in Wien etwas zutage getreten, was nach Hegel als List der Geschichte bezeichnet werden kann. Die Sowjets müßten sich überzeugen, daß die Diskussion um die Menschenrechte im Osten immer weitere Kreise zieht. Eine Rückkehr zur Kabinettdiplomatie, wie sie vielleicht auch im Westen einige gern hätten, läßt sich nicht durchsetzen.

Gorbatschow hat nun die Flucht nach vorn angetreten und versucht, das Menschenrechtsthema auf seine Art zu besetzen. Schwarznadses Vorschlag, eine Menschenrechtskonferenz ausgerechnet in Moskau abzuhalten, war der Versuch Moskaus, den Tiger zu reiten, um nicht von ihm gefressen zu werden. Aus einigen nicht-kommunistischen Delegationen hörte man als erste Reaktion, man solle auf den Vorschlag eingehen, aber den Tagungsort nach Gorki verlegen und Andrej Sacharow zum Konferenzleiter wählen.

Vor elf Jahren hat die Sowjetunion die KSZE-Schlußakte unterzeichnet, weil sie darin den Ersatz für den nicht zustande gekommenen Friedensvertrag mit Deutschland sah. Die Schlußakte gab ihr die heißersehnte Anerkennung der Nachkriegsgrenzen – und, wenn man so will, auch der Teilung Europas. Es liegt eine seltsame Dialektik in der Tatsache, daß die Menschenrechtsfrage, die damals von den Sowjets als Beiwerk am Rande betrachtet wurde, nun die Teilung wieder aufleben und die garantierten Grenzen auf eine ganz andere Weise in Frage stellen könnte.

## Auch wenn wirklich jahrelang nichts passiert ist . . .

Welche Konsequenzen muß die Industrie aus der Rheinvergiftung ziehen? / Von Joachim Neander

Wer in diesen Tagen in heller Aufregung ans Rheinufer eilt, um das Vorbeirauschen der Giftwelle aus Richtung Basel mitzuerleben, der hat nicht viel davon gehabt. Es gab nichts zu sehen und nichts zu riechen. Auch ein Teil der Schlagzeilen der letzten Tage gibt nur unzureichend wieder, was dem Strom und damit auch denen, die in seinem Bereich leben, widerfahren ist.

Die Trinkwasserknappheit in einigen Regionen wird sich nach Aussagen der Experten vermutlich (hoffentlich) in Grenzen halten oder zu überbrücken sein. Was jetzt einzelne Wasserwerke an Einschränkungmaßnahmen ergreifen, ist zunächst nur Vorsorge. Baden ist zu dieser Jahreszeit nicht üblich. Trinken würde die schmutzige Brühe, die der goldene Vater Rhein mit sich führt, sowieso niemand. Ein paar kräftige Hochwasser im Winter und Frühjahr können schon vieles bessern.

Der eigentliche Schaden liegt tiefer. Noch kennt keiner sein genaues Ausmaß. An einem kleinen Beispiel kann auch der Laie etwas davon erfahren. Man setzte dieser Tage versuchsweise Wasserfische in der versuchten, aber zuvor achtmal verdünnte Rheinwasser. Sie waren sofort tot.

Wasserfische aber sind die Nahrung für andere Kleintiere, dieses wiederum ist die Existenzgrundlage unter anderem für Fische. Die gesamte Nahrungskette ist zerstört. Was im Rhein jetzt noch am Leben ist (z. B. ein Großteil der Fische), wird unter Umständen Hungers sterben. Und was ein toter Fluß dieser Größe für den ganzen Naturreichhalt bedeutet – wie lange es dauern wird, bis das alles sich wieder von neuem aufbaut – das alles läßt sich gar nicht ermessen.

Und noch etwas scheint zerstört: Die jahrelangen, mühseligen, von kleinen Erfolgen gekrönten Bemühungen der Rheinanliegerstaaten, mit Hilfe gigantischer Kläranlagen, mit Medaistationen, Laborschiffen, Datenaustausch und vorbildlicher Kooperation über die Grenzen hin-

weg die Folgen des Leichtsinns und der Gleichgültigkeit früherer Zeiten zu begrenzen und zu beheben. Wer will denn jetzt noch die Franzosen mahnen, die flüssige Salzfurcht aus dem lothringischen Kalibergbau in Mosel und Rhein endlich zu verringern?

Ein Großbrand wie bei Sandoz in Basel wird sich nie völlig ausschließen lassen. Und auch der Umgang mit gefährlichen Gütern ist in der modernen Welt unvermeidlich. Aber die großen Unternehmen verfügen heute auch über eine hochentwickelte Technik zur Bekämpfung solcher Katastrophen und zur Begrenzung des Schadens. Wenn sich die Genichte bestätigen sollten, daß diese Möglichkeiten in Basel entweder nicht funktioniert haben oder nicht genutzt worden sind, dann tauchen einige sehr bedenkliche Fragen auf.

Immer wieder hört man in den Medien den Satz von der in Umweltsachen „hoch sensibilisierten“ Bevölkerung. Aber wie paßt denn diese erstaunliche und – hetzmet

## IM GESPRÄCH Robert Byrd

### Das Adrenalin fließt wieder

Von Fritz Wirth

Sechs Jahre lang saß Robert Byrd im Senat wie ein Hausherr, der im eigenen Hause zum Untermieter geworden war: unbehaglich und leicht beleidigt. Seit der Kongreßwahl des letzten Dienstags ist ein aufgeräumter, redseliger, selbstbewußter älterer Herr zu beobachten, der in der nächsten Woche neunundsechzig wird, dem sich aber ein Jungbrunnen eröffnet hat. „Das Adrenalin fließt wieder“, sagt er fröhlich. Der Grund: Robert Byrd ist wieder Herr im eigenen Hause, Mehrheitsführer, und damit während der nächsten zwei Jahre einer der wichtigsten Männer der amerikanischen Politik.



Verspricht Reagan Zusammenarbeit: Byrd. FOTO CAMERA PRESS

Viele Jahre lang hatten die Demokraten das Amt des Mehrheitsführers im Senat als eine selbstverständliche Pfunde verstanden, bis Reagan sie 1980 zur Minderheitspartei machte. Für Robert Byrd, der bereits von 1977 bis 1980 den Senat geleitet hatte, waren die folgenden sechs Jahre eine Demütigung. Sein Verhältnis zum republikanischen Mehrheitsführer Dole war gespannt, sein Einfluß in der eigenen Partei gering.

Seine Rückkehr zum Chefmanager des Senats ist für ihn Höhepunkt und zugleich Abschluß seiner Karriere. Ehrgeiz zu noch höheren politischen Zielen existiert nicht, denn niemand kennt die Grenzen des Robert Byrd besser als Robert Byrd selbst. Er war niemals ein glanzvoller Redner oder ein großer Stratege. Sein Aufstieg ist das Ergebnis harter Arbeit, seines unerschütterlichen Willens, parlamentarisches Prozeduren und seines Hangs zum Detail.

Er war zeit seines Lebens der große Meister der kleinen Gesen, der selbst minimale Leistungen und mittelmäßige Reden seiner Kollegen im Senat oft mit kleinen geschriebenen Glückwünschen versah, sich um das Wohlbedenken seiner Fraktionskollegen kümmerte und sich nicht zu schade war, ihnen in später Nacht ein Taxi zu besorgen. Er war stets der fürsorgliche Hausmeister der Demokraten, und das zahlte sich aus.

Zuerst 1971, als er Edward Kennedy das Amt des Fraktions-Geschäftsführers streitig machte. Dann 1976, als er Hubert Humphrey im Kampf um das Amt des Senatsführers besiegte. Ersetzt auch am 20. November auf diesen Bonus, wenn er sich von seinen 54 Senatskollegen gegen den

Herausforderer Bennett Johnston in geheimer Wahl im Amt des Mehrheitsführers bestätigen lassen muß. „Die Stimmen sind schon im Sack“, sagt er zuversichtlich. Byrd hat nie in seinem Leben eine Wahl verloren, zu der er sich stellte.

Sein Aufstieg zu politischer Macht basiert auf einer soliden Grundlage, die er sich nach Jugendjahren, die er war einst Mitglied des Ku Klux Klan, bis er 1945 diese Organisation verließ, zielstrebig eine politische Hausanlage aufbaute, die ihn seit zwanzig Jahren zum mächtigsten Politiker in West Virginia machte. Eine seiner Techniken: Er hat in seinem Büro eine Liste mit Tausenden Namen wichtiger und einflussreicher Wähler in West Virginia, die er regelmäßig per Telefon aus dem Senat heraus informiert und um ihre Meinung befragt. Ob er in den kommenden zwei Jahren zum großen politischen Herausforderer Reagans und zur symbolhaften neugewonnenen politischen Macht der Demokraten wird, darf bezweifelt werden. Er hat in seinen bisherigen Ämtern Kooperation und Goodwill versprochen.

Sein Hauptproblem in den kommenden zwei Jahren wird jedoch sein, nicht Ronald Reagan, sondern die unruhigen und kampflustigeren Kräfte in seiner Fraktion im Senat zu halten. So gesehen, hat sich für Robert Byrd am letzten Dienstag möglicherweise nicht viel verändert. Er wird vermutlich im Senat ein Untermieter der Macht bleiben.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### BERLINER MORGENPOST

Nie greift Probleme im Schlesier-Bereich auf.  
Horst Schiesser muß den Überblick verloren haben. Nur so ist das Hickhack um seine Video-Firma „Atelier Berlin“ zu erklären. Da wird Konturs angemeldet, der zwei Tage später wieder zurückgezogen wird. In dieser Zeit muß dem neuen Eigentümer der Neuen Heimat klar geworden sein, daß eine Pleite in seinem Imperium von rund 40 Firmen das ganze Gebäude des von den Gewerkschaften übernommenen Wohnungskonzerns einreißen könnte. Schiessers Schicksal als Unternehmer hängt jetzt ganz an der Neuen Heimat. In seinem Reich kann er nicht mehr waten wie in früheren Zeiten. Er wird genau beobachtet.

### LIBERATION

Fa den Aufregungen, die die US-Zeitung „Washington Times“ dem französischen Premierminister Chirac im Zusammenhang mit dem veränderten Attentat auf die EL-Al-Fuzerw in London zugeschrieben hat über launische Fiktion. Die Zeit: sei der wahre Urheber, meinte die Pariser Zeitung.  
Diese bereits von dem syrischen Präsidenten Hafes Al Assad untermauerte These war bisher von keinem europäischen Politiker aufgenommen worden. Nichtsdestowenig-

ger war sie in unterschiedlichen Versionen zumindest als Hypothese in „gutinformierten Kreisen“ verschiedener europäischer Hauptstädte im Umlauf. Was ist von diesen Behauptungen zu halten? Sollen sie dazu dienen, die Kompromisse derjenigen zu rechtfertigen, denen es einzig und allein um die Wahrung ihrer eigenen Interessen geht? Hat Frankreich nicht auch ein Recht auf seine Realpolitik? Dann sollte man aber auch klar sagen, um welche Politik es genau geht und warum sie verfolgt wird.

### WESTFALENPOST

Das Hagerer Blatt greift eine Forderung des öffentlichen Dienstes auf.  
Warum wollen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht in den Vorratshaus? Gerade sie müßten sich doch angesichts der vielfältigen Forderungen nach ausgeweiteten Stellenplänen wegen Arbeitsbelastung besonders nach einem Ruhestand sehnen. In den Amtsbüros würden so viele Arbeitsplätze frei, in die junge Arbeitslose nachrücken könnten. Statt dessen wird die illusorische Forderung nach vollen Gehaltsausgleich bei vorzeitiger Rente gestellt. Gleiches Geld auch ohne Arbeit – ein Schlag ins Gesicht aller Arbeitslosen, die liebend gern für weniger als die üppige Alterssicherung im öffentlichen Dienst arbeiten würden.

سكينة من الجدل



Montag, 10. November 1986 - Nr. 262

# Die Vermummten kommen mit „Feuer und Flamme“

Zerbrochene Schaufenster, beschädigte Autos, ein gepflandertes Supermarkt, verletzte Polizisten, 15 Festnahmen, 136 beschlagnahmte Waffen oder waffenähnliche Gegenstände - Begleiterscheinungen einer Demonstration gegen die Hanauer Nuklearbetriebe.

Von CHRISTIAN GEYER

Auf der Holztribüne ist die A-Trappe eines Strommastes aufgebaut. Dieter Schöffmann von der Demonstrationsleitung wirft einen Blick auf die wartende Menge, umklammert das Mikrofon mit beiden Händen und kündigt eine „Besonderheit der Autonomen“ an. Zwei vermummte Gestalten steigen auf die Bühne, zünden eine Sprengladung, der Mast knickt krachend ein.

Applaus und Jubelrufe von vielen der Demonstranten, die sich aus allen Teilen der Bundesrepublik auf dem Hanauer Kurt-Blum-Platz eingefunden haben. Nach Angaben der Polizei sind es 12.000 Kernkraftgegner, die hier und vor den Toren der Hanauer Nuklearbetriebe Nukem und Alkem für die „sofortige Abschaltung aller Atomanlagen“ demonstrieren. Die Veranstalter nennen die doppelte Zahl. Mehr als hundert Gruppierungen sind vertreten, vom Bundesverband der Grünen bis zum „Libertären Forum Aschaffenburg“, 3500 Polizeibeamte, auch aus benachbarten Bundesländern, machen an diesem Samstag in Hanau Dienst.

In den vergangenen Tagen wurde viel darüber spekuliert, ob diese Demonstration friedlich verlaufen oder in Randalen enden würde. Ihr Auftakt ließ letzteres erwarten. Nach der praktischen Anschauung zum Thema „Wie zerstöre ich einen Strommast?“ lieferte eine Vertreterin der Autonomen die Theorie für diese „Fallstudie“. Als sie den ersten Satz ihres Manuskriptes vorliest, zittern ihr noch leicht die Hände. „Strommasten der Atommafia zu kippen, ist ein legitimes Mittel des Widerstands.“

Danach läßt sich die junge Frau mit den weißen Turnschuhen ihre Nervosität nicht mehr anmerken. „Gute Flugblätter sind wichtig wie die Löcher im Wackersdorfer Bauzaun“, fährt sie mit fester Stimme fort. „Informationsveranstaltungen sind so nötig wie das Abtrennen von Batmaschienen und Planungsbüros.“

Ihr offenes Bekennnis zur Gewalt stößt weder bei der Veranstaltungsleitung noch bei den Demonstranten

auf Protest. Ungehindert kann sie die drei Schreibmaschinenseiten vorlesen, hin und wieder vom Applaus der Menge unterbrochen. Sie beschwört den „Druck der Straße“, will sich die Widerstandsformen nicht „von herrschenden Gesetzen“ vorschreiben lassen. „Die Wahl der Mittel richtet sich vielmehr nach unseren eigenen moralischen und politischen Kriterien.“ Ähnlich freimütig wie über die moralischen Vorstellungen der Autonomen spricht die junge Frau über ihr ästhetisches Empfinden. Eine „starke Faszination“ gebe von den Bildern umgelegter Strommasten aus, wie sie unter dem Gejohle einiger Punker versichert.

„Die Wut in unseren Herzen wird zum Feuer in den Fabriken, Palästen und Wohlstandsineln des Imperialismus.“ Die Vertreterin der Autonomen hat ihre Rede beendet. Und es sind längst nicht nur die Punker, die jetzt ihre Transparente abstellen, um die Hände zum Klatschen frei zu haben.

Dieter Schöffmann vom Organisationskomitee beendet die Auftakt-Kundgebung am Kurt-Blum-Platz und ruft zum Marsch auf das Betriebsgelände der Alkem/Nukem auf. An der Spitze des Zuges, gleich hinter den Hanauer Anti-AKW-Initiativen sollen sich die Autonomen formieren. Die meisten von ihnen sind vermummt, tragen schwarze Kleidung, viele haben sich die Haare gefärbt.

Ihre Transparente zeigen umgesetzte Strommasten mit Aufschriften wie: „Was machst du mit der Säge, sprich!“ oder „Der größte Zuhälter ist der Staat. Frauen, zerschlagt das Patriarchat!“ Immer wieder scheren einzelne aus ihren Reihen und sprühen auf Hauswände die Losung: „Alle Tage Sabotage“. Quer über Fenster und Mauern der Staatlichen Zeichenkademie in der Stresemannstraße steht schwarz gesprüht: „Haut drauf, Vermummte dieser Erde“. Viele Hanauer Bürger haben zum Schutz ihrer Fenster die Rolläden runtergelassen, andere wagen hin und wieder hinter der Gardine einen verstoßenen Blick. Die wenigen, die den Straßendrang säumen, werden mit dem Slogan „Bürger, laßt das Glotzen sein!“ in ihre Häuser verwiesen.

Als der Zug die amerikanische Pionier-Kaserne passiert, fliegen die ersten Steine. Eiliche Fenster werden zu Bruch. Die Militärgebäude werden mit Steinen, Farbputzeln und Leuchtraketen beschossen, auch Polizeibeamte kommen nicht ungeschoren davon. Drei von ihnen erleiden Verletzungen durch Steinwürfe.

Eine Gruppe Vermummter greift einen Kripo-Beamten in Zivil an und entwendet ihm Dienstwaffe und Ausweis.

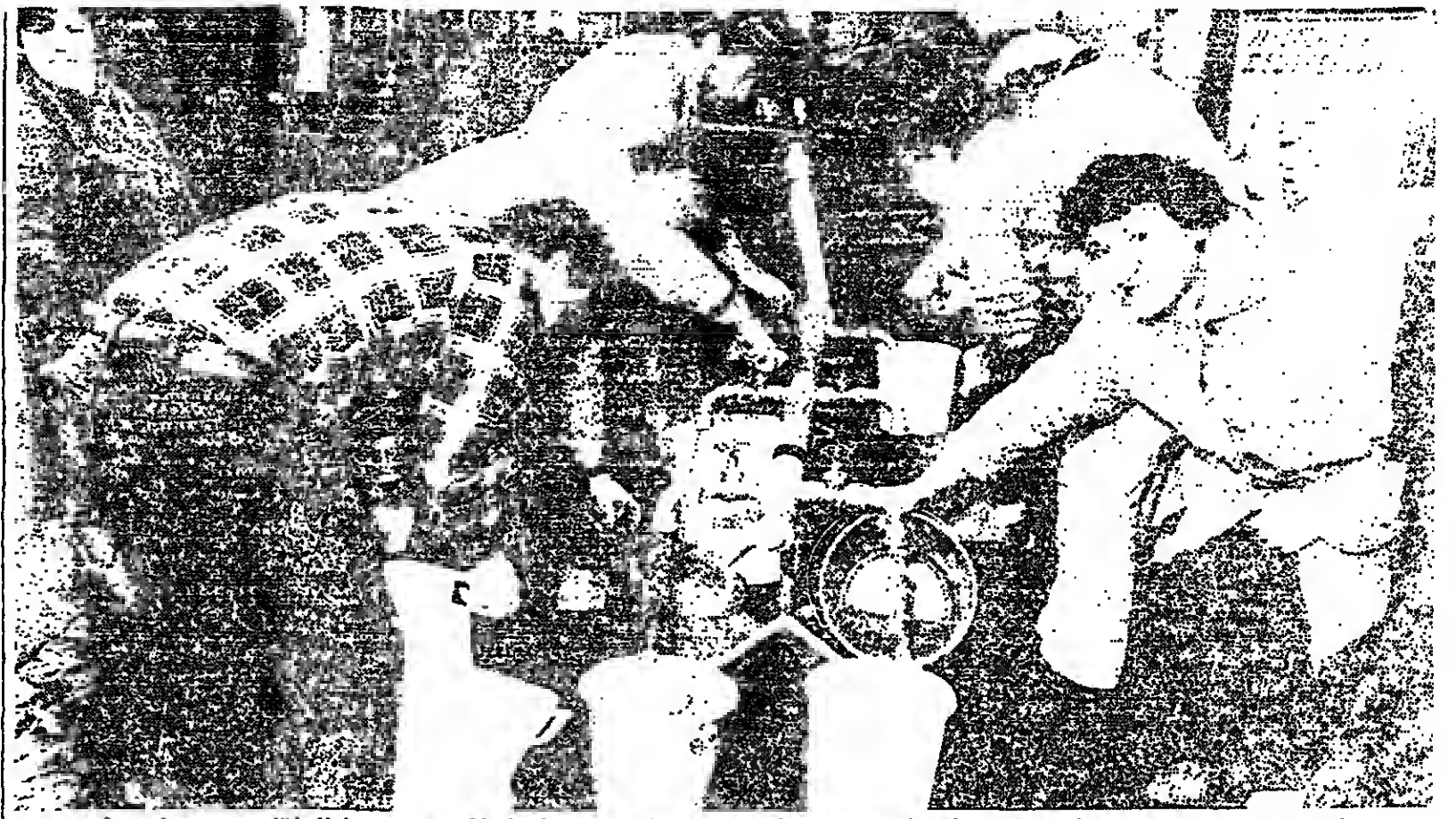
Es bleibt das Interpretations-Gehemnis der Polizei, warum sie nach ähnlichen Übergriffen auf die Gebäude der Nuklearbetriebe Alkem/Nukem zunächst noch immer von einer „weitgehend friedlichen Demonstration ohne nennenswerte Zwischenfälle“ spricht. Nukem beziffert seinen Schaden auf 20.000 Mark. Die Demonstrationsredner setzen alles daran, die gewalttätigen Autonomen als ebenbürtige Partner ins „Bündnis“ der westdeutschen Kernkraftgegner zu integrieren. Der als „Arzt, Historiker und Genosse“ vorgestellte Karl-Heinz Roth ruft zum „Respekt“ vor den unterschiedlichen Vorgehensweisen der einzelnen Initiativen auf. Er selbst gehöre dem „autonomen Spektrum“ an und glaube, daß die „gesetzlose Atommafia nur durch Gegen-Gewalt“ bekämpft werden könne.

Auch Zukunftsforscher Robert Jung reißt sich mit seinem „Grußwort aus Österreich“ ein. „Gewaltlos oder militant - Hauptsache Widerstand“, ruft er der Menge vor den Toren der Hanauer Nuklearbetriebe zu. „2500 Mitarbeiter stehen zu ihrem Arbeitsplatz“, ist auf dem großen Transparent an dem Nukem-Gebäude zu lesen, das wegen der Demonstration noch mit einem zweiten Zaun gesichert wurde. Der Zukunftsforscher spricht von den Arbeitsplätzen als „Todesplätzen“ und beschwört die „Aktionseinheit“ der alten und der neuen Anti-AKW-Bewegung nach Tschernobyl.

„Ob wir nun Gewaltfreie oder Militante sind, wir lassen uns nicht trennen“, sagt Jungk, während die Autonomen Steine, Bierflaschen und Brandsätze gegen die Fensterscheiben werfen. „Gewaltlos oder militant - Hauptsache Widerstand!“ Die Parole gebort von nun an zum Kodex der Anti-AKW-Bewegung nach Tschernobyl. So darf sich auch jeder von den Hanauer Demonstranten angesprochen fühlen, als Jungk seine Rede mit den Worten beendet: „Macht kaputt, was euch kaputt macht!“

Es vergeht keine halbe Stunde, da beginnen einige der Autonomen erneut zu randalieren. Die Polizei steht zum Teil in unmittelbarer Nähe der Übergriffe, scheint aber zunächst nichts zu bemerken. Der „militante Kern“ von etwa 200 vermummten Gestalten plündert einen Supermarkt, demoliert zwei Autogeschäfte und eine Tankstelle und schlägt in der Innenstadt zahlreiche Fenster zu Bruch. Immer wieder rufen die Autonomen während der Übergriffe: „Feuer und Flamme für diesen Staat!“

Die Demonstrationsleitung fährt mit ihrem weißen Lautsprecherwagen durch die Innenstadt und erklärt die Kundgebung für beendet. Als der Wagen bei Degussa vorbeifährt, klirren dort die Scheiben. Doch aus keinem Lautsprecher kommt ein Aufruf zur Gewaltlosigkeit.



„Ausnahmezustand“ in Unkel: Auf dem Marktplatz der kleinen Stadt bei Bonn holen sich die Bewohner ihr Wasser von der Feuerwehr. FOTO: KORNEJA DANETZKY

# Die lange Spur des Gifts im Rhein

Eine zweite Giftwelle wälzt sich nach dem Brand im Baseler Chemiewerk Sandoz den Rhein hinunter. Schon die erste hat regional unterschiedlich - ihre Katastrophenspur hinterlassen. Auf Sandoz scheint nun eine Prozeß-Lawine zuzurollen.

Schauplatz Niederlande: In der Nacht zum Sonntag hat die inzwischen 200 Kilometer lange Giftwelle des Flusses die deutsch-niederländische Grenze bei Emmerich/Lobith erreicht. Das niederländische Krisenzentrum Rhein unter Leitung des Ministeriums für Verkehr und Wasserbau versucht mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen den Schaden für Mensch und Umwelt zu begrenzen. „Wir sind rund um die Uhr im Einsatz“, sagte Teunis Sprong, leitender Beamter der Krisenzentrale am Sonntag gegenüber der WELT. „Wir versuchen alles Mögliche, die Giftwelle des Flusses so schnell wie es nur irgendwie geht in die Nordsee abfließen zu lassen.“

Zu diesem Zweck haben die Niederländer bereits am Samstag sämtliche Schleusen-Verbindungen der beiden Rhein-Mündungsarme Waal und Niederrhein, die Verbindungen zu den übrigen Flüssen und Kanälen des Landes haben, geschlossen. Damit soll verhindert werden, daß die Giftwelle sich auch auf diese Gewässer ausbreitet. Außerdem wurden alle Landwirte angewiesen, ihre Kühe von den an den Ufern der Mündungsarme gelegenen Weiden zu nehmen. Ein absolutes Fischfangverbot für alle Binnengewässer wurde erlassen. Selbst die Industrie-Unternehmen, die Kühlwasser aus den Flußläufen des Rheindeltas gewinnen, wurde diese Wasserentnahme für zunächst zwei Tage untersagt.

Es berichten: Helmut Hetzel, Helmut Bresser, Christian Geyer und Harald Günter

So lange wird es nach Ansicht der Krisenzentrale mindestens dauern, bis die erste Kontaminationswelle in die Nordsee abgeflossen sein wird. „Nur, die zweite Giftwelle, die am Freitag in Basel bei Sandoz ausgelöst wurde, die bereit ist um jetzt noch großes Kopferbrechen“, meinte Teunis Sprong. „Wir wissen bisher noch nicht, wann sie hier ankommen wird und welche chemischen Stoffe sie mitführt.“

Erste Analysen haben am Sonntag in Holland ergeben, daß der gemessene Kontaminationsgrad des Rheinwassers „sich noch immer auf dem Niveau der in Düsseldorf gemessenen Werte befindet“, erklärt Sprong die Lage. Die Quecksilberwerte im Rhein seien fünfmal so hoch wie normal. „Dennoch wird es hierzulande wahrscheinlich kein großes Fischsterben mehr geben. Die Klein- und Kleinstlebewesen des Rheins aber - wie etwa Wasserflöhe - werden die Giftkatastrophe nicht überleben“, meint Sprong.

Große Sorge bereitet den Niederländern in erster Linie ein Arm des Niederrheins, der als Flüßchen IJssel nördlich von Arnheim ins IJsselmeer fließt. Dieser Wasserweg nämlich kann durch Schleusen nicht völlig abgeriegelt werden. Daher ist es unvermeidlich, daß Teile des Giftes ins IJsselmeer strömen werden. Das IJsselmeer jedoch ist das größte Trinkwasser-Reservoir des Landes. Zusammen mit dem aus dem Rhein gewonnenen Trinkwasser (etwa 25 Prozent des gesamten Verbrauchs des Landes), dessen Entnahme jetzt für mindestens vier Tage gestoppt wurde, versorgen die Wasservorräte des IJsselmeers fast die gesamten 14 Millionen Einwohner der Niederlande.

Empörung über dieses „Tschernobyl des Rheins“ - wie die Umweltkatastrophe in Holland bereits genannt wird - macht sich bisher vor allem bei

den Fischern breit. Ein Sprecher des niederländischen Fischereibundes erklärte: „Die Volksgesundheit ist in Gefahr.“ Er kündigte außerdem an, daß man den Schweizer Chemiekonzern Sandoz auf Schadenersatz verklagen werde.

Die zuständige Haager Ministerin Neelke Smit-Kroes hat inzwischen angekündigt, daß ihre Regierung wegen der nachlässigen Schweizer Informationspolitik und Vorsorge-Maßnahmen nicht nur in Bern offiziell protestieren, sondern auch bei allen Rhein-Anrainerstaaten in Kürze vorsehen werde. Ihre Forderung lautet: Strengere und kontrollierbare Auflagen für alle chemischen Betriebe, die entlang des Rheins Produktionsstätten haben. „Wir werden hier unachgiebig sein“, sagte die Ministerin in einem Radio-Interview.

## Niederrhein

Ohne sichtbare Folgen passierte am Wochenende die Giftwasserwelle Nordrhein-Westfalen. Zahlreiche Spaziergänger, die zum Beispiel in Düsseldorf ein sonniges Herbstwochenende an die Uferwiesen des Rheins gelockt hatte, suchten vergeblich nach Spuren der Umweltkatastrophe, fanden keine Fischkadaver in den trüben Wasserfluten.

Doch die These, die hinterher an manchen Theken der nahen Altstadt zu hören war, man sei wieder einmal das Opfer von Panikmache geworden, war wohl genau so falsch wie



Am Unglücksort: Eine Mauer soll weitere Schadstoffe abhalten. FOTO: OPA

übereifrige Alarmmeldungen, in denen vor Trinkwasser, Ausflügen an den Rhein und Bootsfahrten auf dem Fluß gewarnt worden war.

Die hochgiftigen Substanzen, die mit Löschwasser in den Strom gespült worden waren, zeigten am Niederrhein nicht so schnell ihre katastrophale Wirkung wie am jetzt „ökologisch toten“ Oberrhein. Zwar wurde durch die Wassermassen von Necker, Main und Mosel die Giftwelle unterhalb Mannheims und ab Koblenz stark verdünnt, was zum Beispiel den Aalen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen das traurige Schicksal ihrer Artgenossen in Baden-Württemberg ersparte. Aber die für das Ökosystem des Rheins lebenswichtigen Kleingorganismen können nach Ansicht aller Fachleute die unerbittlichen Fischnährstoffe des chemischen Angriff nicht überleben.

Die bei Sandoz produzierten Herbizide, Insektizide und Pestizide sind schließlich in der Landwirtschaft erwünschte Schädlingskiller, die jetzt aber im Rheinwasser zu tödlichen Bedrohungen für alle jene Wasserflöhe, Wasserasseln, Fliegen- und Mückenlarven sowie Kleinkrebse werden, die in ihrer Struktur Pflanzenschädlinge sehr ähnlich. Die Vergiftung dieser unerlässlichen Fischnährstoffe bedroht deswegen langfristig nicht nur den in den vergangenen Jahren erfreulich gestiegenen Fischbestand im Rhein, sondern schwächt auch ge-

fährlich das Selbstreinigungsvermögen des Flusses, der ohne die mikroskopisch kleinen „Wasserpollizisten“ jetzt den vielen Abwässern wesentlich hilfloser ausgesetzt ist. Der Düsseldorfer Umweltminister Klaus Mathiesen sprach deswegen gestern von einem „schweren Rückschlag für die jahrelangen Bemühungen um eine Verbesserung der Rheinwasserqualität“.

Der Minister wird wahrscheinlich heute Entwarnung geben, nachdem die Giftwasserwelle nach Holland geschwapp ist. Die rheinischen Grundwasserbrunnen, die bereits am 5. November vorsorglich geschlossen wurden, werden dann wieder geöffnet werden können.

Auch die Kölsch- und Alt-Bierbrauer, die ab Freitag ihre Brunnen in Rheineise stilllegen und auf ihre lippege Fab-Reserven zurückgreifen, können dann wieder zur Routine zurückkehren und vielleicht wie viele andere Betroffene an mühselige Schadenersatz-Prozesse durch viele internationale Justizinstanzen denken. Aber diese Entwarnung für die Menschen am Rhein bedeutet keinesfalls eine Entwarnung für den Strom.

## Mittelrhein

„Volksauflauf“ auf dem Marktplatz von Unkel. In dem kleinen Ort 20 Kilometer südlich von Bonn stehen die Menschen um einen Anhänger der Freiwilligen Feuerwehr, auf dem ein großer Wassereimer liegt. Die acht Zapfhähne geben nur spärlich Wasser. Aber verglichen mit den trockenen „Wasserhähnen in den Haushalten ist es für die Bevölkerung ein Segen.“

Resi Bungarten (47) stellt ihren roten Wassereimer auf das Kopfsteinpflaster und verschmaust. Sie konnte nur einen Eimer zum Wasserholen mitbringen: „Denn mit der anderen Hand muß ich noch einen Kuchen tragen, den ich gleich kaufen werde.“ Kurz bevor das Wasserwerk am Freitag um 10.30 Uhr die Pumpen aus Vorsicht abschaltete, weil die Brunnen sehr nahe am Rhein liegen, hat Frau Bungarten noch rasch ihre Badewanne und zahlreiche Töpfe voll Wasser laufen lassen.

Beim Wasserzapfen ist ihr der Feuerwehrmann Dieter Jammel (37) behilflich. Er ist auch an diesem Sonntag pausenlos unterwegs, um eine der vier Zapfstellen in Unkel mit Wasser aus dem Nachbarort zu beliefern. Heute hat er noch mehr Andrang als gestern, als der Supermarkt noch geöffnet hatte. Dort fand das Mineralwasser reißenden Absatz.

Beim „Frisiersalon Irene“ schaut die Besitzerin, Frau Florian-Schädlich (47), aus dem mit Blumen geschmückten Fenster des Fachwerkhauses. Beim Haarewaschen greift sie häufig noch gewohnheitsmäßig zum Wasserhahn. Erst dann bemerkt sie sich auf die ungewöhnliche Situation und schüttet ihren Kunden mit einem Becher das Wasser über den Kopf. Eine für Samstag morgen bestellte Kundin erkundigte sich erst einmal telefonisch nach der Wasserversorgung beim Haarewaschen. „Sie befürchtete, daß sie den Kopf in einen Eimer stecken müßte. Aber das mutet natürlich niemandem zu“, sagt Frau Florian-Schädlich. Ihr Mann findet es ganz gut, einmal „Verzicht üben zu müssen“. „Wir sind es so gewöhnt, alles nach Wunsch zu haben, da ist so eine Situation gar nicht so schlecht.“

Besonders betroffen ist die Gastronomie. Fritz Knappeide (50) fürchtet, schon bald sein Hotel „Unkel Hof“ schließen zu müssen. „Hotelgäste haben wir ohnehin nicht mehr. Wie sollen sie die Toilette benutzen können?“ Aber auch für die Restaurant-Gäste sieht er schwarz. Sein Hauptproblem ist das Spülen. Auch Bürgermeister Werner Zimmermann (42) ist unter den Leuten, die sich auf dem Marktplatz von Unkel in die Schlange der Wasserholer einreihen. Er lobt die „große Disziplin“, mit der die Unkelser sich auf die

neue Situation eingestellt haben. Doch manch einer der Einwohner hat bereits die Nase voll. Die Schülerin Marion Füllenbach (17) findet „das alles nicht mehr lustig“. Sie beklagt die sich teilweise widersprechenden Informationen über die Dauer des „Ausnahmezustands“. Die Feuerwehr habe erst von einem Tag gesprochen, im Fernsehen sei von zwei bis drei Tagen die Rede gewesen und im Radio sei sogar von drei Monaten gesprochen worden. „Da finde ich noch einer zurecht“, klagt sie.

In Unkel sei man schon so manche Unbill gewohnt, meint Pfarrer Bruno Wegener (53). Jährlich einmal gebe es Hochwasser, alle zehn Jahre stehe der halbe Ort unter Wasser. Der Pfarrer ist zuversichtlich: „Die Unkelser sind ein gelassenes Völkchen.“

## Oberrhein

Ein Unglück kommt selten allein. Sechs Tage nach dem folgenschweren Lagerhausbrand der Firma Sandoz in Basel, bei dem rund 1000 Tonnen Löschwasser mit zum Teil hochgefährlichen Schadstoffen in den Oberrhein gespült wurden, trieb eine zweite Giftwelle von Basel aus flussabwärts. Diesmal sind bis zu 30 Tonnen chemisch verunreinigtes Löschwasser aus einer Leck-Rohrleitung am Brandort ausgegetrennt. Am Samstag passierte die Biozidbrücke Breisach, am Sonntagmorgen Kehl. Allerdings: Erkennbare Spuren blieben nicht zurück. Die erste Giftwelle hatte zwischen Lörzach und Karlsruhe rund 150.000 Aale das Leben gekostet. Damit ist praktisch der gesamte Bestand dieser sensiblen Fischart in diesem Teil des Rheins vernichtet.

Wie es um die übrige Flußfauna steht, ist ungewiss. Zwar sprach der Badische Landesfischereiverband schon vor Tagen davon, daß das Fischsterben nun auch „auf Hechte, Forellen und Weißfische überzugreifen beginnt“. Im Stuttgarter Umweltministerium ist davon jedoch bis zur Stunde „nichts bekannt“. Bis zum Beweis des Gegenteils geht man deshalb davon aus, daß die übrigen Fischarten überlebt haben.

Keine Probleme gibt es in den westlichen Landesteilen Baden-Württembergs mit der Trinkwasserversorgung. Denn nirgendwo wird Flußwasser zur Trinkwasser-Aufbereitung verwendet. Lediglich ein Brunnen in Kleinkems wurde vorsorglich geschlossen, weil dort Überfiltrat ins Trinkwasser gelangen könnte. Bei einem zweiten Brunnen auf Markung Bad Bollingen wurde das Aufkommen gedrosselt. Erhöhte Schadstoffkonzentrationen waren aber auch in diesen beiden Fällen nicht aufgetreten.

Die Hauptgiftwelle mit insgesamt rund 25 verschiedenen Schadstoffen hat offenbar keine bleibende Verunreinigung des Flußwassers hinterlassen. Erste Analysen aus dem Raum Rastatt verliefen negativ: Nach Angaben des örtlichen Gesundheitsamts zeigten die chemischen Parameter keine Pestizide und organischen Quecksilber-Verbindungen auf. Lediglich der Chlorid-Gehalt der Wasserproben sei „leicht erhöht“ gewesen. Selbst im Schlamm vom Grund des Rheins konnten bisher offenbar keine Rückstände der Agrochemikalien aus dem Hause Sandoz nachgewiesen werden. Dennoch wird nicht ausgeschlossen, daß eine gewisse „Restverschmutzung“ übrig bleibt.

Unterdessen muß der Baseler Chemiekonzern Sandoz mit Schadenersatzforderungen in unüberschaubarer Höhe rechnen. Ein erstes Gespräch über dieses heikle Thema werden Baden-Württembergs Umweltminister Gerhard Weiser und sein rheinland-pfälzischer Kollege Professor Klaus Töpfer (beide CDU) heute vor Ort mit der Firmenleitung führen. Ebenfalls heute wird die Umweltkatastrophe Gegenstand einer gemeinsamen Sitzung des Kabinetts Späth und der Baseler Kantonsregierung in Stuttgart sein.



Eine Demonstration: Vermummte demolieren in Hanau Schaufenster mit Steinen. FOTO: NPA

# Ein blutiger Brückenschlag

Von KLAUS J. SCHWEHN

Es sind nicht allein tektonisch heikle Gefilde - Sicilya, Charybdis, die Meerenge zwischen dem italienischen Stiefel und dem Triangel Sizilien. Stürme, vulkanische Beben - schon Odysseus wußte ein Lied davon zu singen. Das aber ist nur eine Seite der Medaille: Erdbeben anderer Qualität gibt es dort seit Anfang dieses Jahres, als endgültig entschieden war, daß mit einem Kostenaufwand von 7,5 Milliarden Mark bis spätestens zur Jahrtausendwende eine gewaltige Hängebrücke die Straße von Messina überqueren soll.

Der Krieg der Unterwelt um die Gelder für das Großprojekt ist ausgebrochen, den nicht nur der sizilianische Richter Franco Providente schon vor Jahresfrist vorausgesagt hatte: „Der Ansturm der Mafia auf den Geldsegen steht doch so fest wie das Amen in der Kirche.“ Doch diese Worte wurden genauso verdrängt wie die blutigen Tatsachen heute: „Es gibt nur einen möglichen Vergleich, es ist wie in den 30er Jahren. Aber nicht in Chicago, sondern in Reggio Calabria“, klagt hilflos der Bürgermeister der Stadt, Giuseppe Mallamo, nach einer Sondersitzung des Gemeinderats zum Thema Gewalt in der Stadt und in der Region.

Unter den 160.000 Einwohnern der Stadt wie im gesamten Umfeld geht die Angst um. 36 Tote gab es seit Jahresanfang im Stadtgebiet, 88 in der Region. Es sind Opfer der „ndrangheta“, mafia-ähnlicher Orga-

nisationen, die in Europas Armenhaus Kalabrien ihr Unwesen treiben. 19 von der Polizei erkannte Familiencellen bekämpfen sich in diesen Wochen und Monaten nicht um die Vorkherrschaft im Drogen- und Waffenhandel oder bei Erpressungen. Die Cindello, Gallico, Parrello, Di Stefano und Piccolo liefern sich einen Krieg um Bauaufträge. Nach den Ermittlungen der Polizei gibt es praktisch kein Bauunternehmen in der Provinz, das nicht von der „ndrangheta“ infiltriert ist.

Anders aber als in Sizilien, wo die Mafia in einer streng hierarchisch aufgebauten Organisation arbeitet, wo Feinden durch Absprachen unter den Bossen meist in relativ kurzer Zeit „zum gemeinsamen Wohl“ beigelegt werden, kämpfen die Banden in Kalabrien bis aufs Messer gegeneinander. Jeder Clan operiert für sich und gegen die Polizei gibt es praktisch kein Bauunternehmen in der Provinz, das nicht von der „ndrangheta“ infiltriert ist.

Dazu zählt jetzt die Vorherrschaft über die Bauunternehmen. Sie müssen ihre Arbeiten mit Material und Personal ausführen, das von der Unterwelt gestellt und kontrolliert wird, bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge werden Stromänner vorgezogen. Ist der Zuschlag gegeben, geht die Rangelist blutig weiter.

Dabei hatte alles so festlich und so harmonisch begonnen. Einen Tag vor Weihnachten vergangenen Jahres hatte Bettino Craxi mit einer Zeremonie im „Saal der Seerepubliken“ des römischen Palazzo Chigi, dem Amtssitz des italienischen Ministerpräsi-

denten, höchst offiziell eine Konvention zum Bau der Landverbindung zwischen Sizilien und dem Kontinent unterzeichnet.

Nach der Prüfung von mehr als 150 Projekten zur „Überwindung“ dieses Bermuda-Dreiecks der Antike hatten sich die Manager des durch Regierungsbefehl gegründeten staatlichen Konsortiums „Ponte di Messina“ gegen alle Pläne für einen Tunnel unter dem bis zu 300 Meter tiefen, häufig von Seebeben erschütterten Meeresboden ausgesprochen. Statt dessen entschied man sich für einen 3300 Meter langen Brückenbogen, der von 400 Meter hohen Stahlmasten in Ufernähe gehalten werden soll. Hier wird technisch risikoreiches Neuland beschritten: Die bislang längste Hängebrücke der Welt, die New Yorker Verrazano-Brücke, hat „nur“ knapp 1300 Meter Spannweite.

Als vor 15 Jahren die technische Fata Morgana greifbare Formen annahm, schrieb die italienische Zeitung „La Stampa“: „Dank dieser Brücke ist Sizilien bald keine Insel mehr - ein Nutzen für die ganze Nation.“ Die Konjunktur in dieser nördlichen Region soll angekurbelt werden, aber die Mafia oder mafia-ähnliche Organisationen beginnen für sich mit der Verteilung des Kuchens. Zunächst fließt Blut statt Geld. Vielleicht hatte der prominente Süditalien-Politiker in Craxis sozialistische Partei, Giacomo Mancini, doch recht, als er auf Gegenkurs zum Großprojekt ging und vor einer nutzlosen „Kathedrale in der Wüste des italienischen Hinterhofs“ warzte.



### Begriff vom „europäischen Haus“ verteidigt

Die neue sowjetische Führung will nach Meinung von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) nicht nur das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten verbessern, sondern auch zu ihren wichtigsten Nachbarn. Im „Frankfurter Gespräch“ des Hessischen Rundfunks sagte Genscher, dies sei unverkennbar und ergebe sich aus der Hinwendung zu den Staaten Westeuropas. Generalsekretär Gorbatschow bringe diese Einstellung dadurch zum Ausdruck, daß er vom gemeinsamen europäischen Haus spreche.

Genscher fügte hinzu, er habe keine Probleme, den Begriff für sich zu übernehmen. Europa sei auch dann ein gemeinsames Haus, wenn sich darin gegensätzliche politische Systeme eingetragene hätten. Die Sowjetunion versuche einen neuen Ansatz ihrer Politik. „Wir sind gut Berater, wenn wir sie ernstnehmen und unterstützen, wie mit diesen Ländern des West-Ost-Verhältnisses verbessert werden kann.“

### Amtsmissbrauch der Umweltbehörde?

Nach den Warnungen des Umweltbundesamtes vor der Verwendung von Wasserentwässerungsanlagen hat der FDP-Bundestagsabgeordnete Josef Grünbeck Bundesaussenminister Walter Wallmann (CDU) in einem „Genscher Brief“ aufgefordert, die Behörden zu untersuchen. Die vom Berliner Umweltbundesamt genannten Gesundheitsrisiken durch Natriumkonzentrationen gebe es nicht, meinte Grünbeck unter Hinweis auf die vom Bundesgesundheitsamt festgelegten Grenzwerte.

Das Umweltbundesamt ignoriere auch, daß der Einsatz von Entwässerungsanlagen, die zur Entkalkung und aus hygienischen Gründen Regeneriersalz verwenden, den Einsatz von Waschmitteln stark reduziere. Die umweltschädliche Salzsäure sei wesentlich geringer als die Belastung durch Phosphate und Tenside aus der Waschmittelindustrie. Der Abgeordnete zitierte den Rechtswissenschaftler Fritz Ossenbühl, der bereits festgestellt habe, daß der Aufklärungsauftrag des Umweltbundesamtes eine pauschale Zurückweisung darstelle, zu Boykotten aufzufordern. Wallmann solle klären, ob das Amt rechtlich mit der Waschmittelindustrie zu sehr auf Tuchfühlung sei.

### Bischof ruft zum Teilen der Arbeit auf

Zur religiösen und weltanschaulichen Toleranz in den Gewerkschaften hat der Bischof von Essen, Franz Hengsbach, aufgerufen. Vor mehr als 600 Personal- und Betriebsräten aus der Diözese Essen schlug Bischof Hengsbach vor, an „des Teils der Arbeit zu denken. Zur Auseinandersetzung um die Verkürzung der Arbeitszeit müßte er den Sozialwissenschaftler Gerold von Neil-Brauring, der gesagt habe, das Angebot der Arbeitszeitverlängerung bei vollem Lohnausgleich könne man nur als Hohn empfinden. „Ein solche Haltung ist Klassenkämpferisch.“

An der Selbstregulierung zwischen Kirche und Gewerkschaften rief der Bischof von Essen fest. Allerdings sei das „W“ zu den Gewerkschaften an die Voraussetzungen geknüpft, die bei der Gründung der Einzelgewerkschaften gegeben hätten: religiöse und weltanschauliche Toleranz, parteipolitische Unabhängigkeit, Schutz der Minderheiten in der innerverbandlichen Demokratie. Sofort wandte sich der Bischof gegen den Beschluß des IG-Metall-Kongresses mit der Forderung, den Paragraphen 219/Abtretung abzuschaffen.

### „Grundgesetz deckt nicht jede Religion“

Ein Ausführungsersatz zum Artikel 4 des Grundgesetzes, der die Freiheit der Religionsausübung sichert, hält der Beauftragte für Sektens- und Weltanschauungsfragen der Evangelischen-Lutherischen Kirche in Bayern, Pfarrer Friedrich-Wilhelm Haack, für erforderlich. In seiner Stellungnahme gegenüber dem Bundestag er, es müsse geprüft werden, ob dieses Grundrecht „souveränlos“ gelte und welche Art der Religion gemeint sei. Haack hält dies für „dringend geboten“ angesichts der immer stärkeren religiösen Zersplitterung, unter der auch extreme Religionsbewegungen vordringen, und in Anbetracht des sich ständig ausbreitenden „Okkultismus“. So könnten sich satanische Gruppierungen oder „Wahnsinnsreligionen mit Menschenopfern“ als Religion bezeichnen. Solche „Bewegungen“ deckt jedoch der Artikel 4 des Grundgesetzes nicht ab.

## Ost-Berlin schweigt zum Hirtenbrief katholischer Bischöfe in der „DDR“

SED will Beziehungen zum Vatikan nicht aufs Spiel setzen / Absage an Staatspartei

MANS-R. KARUTZ, Berlin  
Die 1,5 Millionen katholischen Christen in der „DDR“ wollen sich auch in Zukunft nicht von der atheistischen SED vereinnahmen oder unterwerfen lassen. Für sie kommt weder die Unterwerfung unter ein „Weltanschauungsdiktat“ in Frage noch die Mitgliedschaft in der marxistisch geprägten SED, die Religion weiterhin als „verkehrtes Denken“ ablehnt. Diese klare, eindeutige, aber auf eine mit dem Gewissen vereinbarliche Mitarbeit in der Gesellschaft zielen Lebensstile haben jetzt die katholischen Oberhirten ihren Gläubigen an die Hand (WELT vom 27. 10.).

In einem umfangreichen Pastoralbrief, der als Gesprächsbasis in den Gemeinden dienen soll, beschrieben die elf Bischöfe und Weihbischöfe auf dem Gebiet der „DDR“ unter Führung des Gesamt-Berliner Kardinals Joachim Meisner zum erstenmal seit Gründung der „DDR“ umfassend ihr Verhältnis zu diesem Staat.

### Suche nach dem Standort

Die ausgewogene, nüchterne, aber gleichwohl zwingende Argumentation und Diktion des Hirtenbriefes (er datiert bereits vom 8. September 1986) rückt die katholische Kirche in ihrer Analyse näher an die evangelische Kirche heran: Hier wie dort wächst unter den „DDR“-Gläubigen das Bemühen, ihren Standort zu finden, eine auf dem Papier zugesagte Gleichberechtigung einzufordern, sich mit dem Staat nicht über Gebühr einzulassen, ihn aber als Ort des Lebens und unter göttlicher Ordnung gestellt hinzunehmen, ohne dabei weltanschauliche Kompromisse einzugehen.

Hier einige der wichtigsten Thesen aus dem Brief, auf den die SED bisher - im Gegensatz zu früheren Attacken, etwa auf Kardinal Meisner

(„Von Rom gelenkt“) - mit keinem Wort einging. Ost-Berlin will die seit Honeckers Visite bei Papst Johannes Paul II. verbesserten Beziehungen nicht durch Kritik gefährden.

„Es entstehen für gläubige Christen im gesellschaftlichen Bereich gerade wegen ihrer christlichen Überzeugung handfeste Konflikte, die das Leben in Familie und Beruf belasten und zu Resignation führen können. Manche sehen dann nur noch den Ausweg, für sich und die Familie den Ausreisepass zu stellen.“

„Solche konfliktgeladenen Bereiche sind besonders die weiterführende Schul- und Hochschulbildung, die Berufsausbildung, der Zugang zu beziehungsweise die Tätigkeit in höheren Leitungsfunktionen der Wirtschaft und Verwaltung aber auch der Bereich der Wehrerziehung und des Militärdienstes.“

„Die gegenwärtige Kirchenpolitik der Partei- und Staatsführung spiegelt die aufgezeigte Spannung zwischen weltanschaulicher Bewertung der Religion und politischer Behandlung der Kirchen wider. Die Kirchen sollen sich - trotz der ihnen zugestandenen Eigenständigkeit und Selbstverwaltung - dem gesellschaftlich angestrebten Gesamtziel einordnen und von daher ihre Existenzberechtigung empfangen. Doch ist nicht auszuschließen, daß ihnen das Existenzrecht streitig gemacht würde, wenn sie sich als gesellschaftlich „unnützlich“ oder gar „schädlich“ erweisen sollten. Es kann also von keiner echten Partnerschaft zwischen Staat und Kirche gesprochen werden.“

„Das unabweisbare Festhalten an ihrer Eigenständigkeit darf die Kirche auch unter sozialistischen Verhältnissen nicht zur Disposition stellen... Es muß auch jeglicher Eindruck vermieden werden, daß die Kirche im Dienst des Staates oder einer Partei steht. Wir wissen, wie solche „Dienstnahme“ kirchlicher Autorität für fremde Interessen aussehen kann.“

Der von der CDU (in der „DDR“, die Red.) und den ihr nahestehenden Gruppen verfolgten Tendenz. Priester, Diakone, Sprecher von kirchlichen Gremien, Leiter karitativer Einrichtungen und andere in partei- und gesellschaftspolitische Arbeit hineinzuwickeln, muß mit aller Entschiedenheit widerstanden werden. Das hindert nicht, daß die Kirche und ihre Vertreter sich um ein korrektes, sachliches Verhältnis zur staatlichen Autorität bemühen. Es muß freilich deutlich bleiben, daß die Kirche sich dabei von ihrem eigenen Auftrag her bestimmen und nicht für fremde Zielsetzungen, zum Beispiel propagandistischer Art, einspannen läßt.

### Unterwerfung abgelehnt

„Eine Mitarbeit in Gremien und Institutionen, deren marxistisch-weltanschaulicher Charakter wiederholt und betont herausgestellt wird, kann es für den Christen nicht geben. Das gilt insbesondere für die Mitgliedschaft in der SED. Es darf auch nicht für den Christen ein gesellschaftliches „Mitmachen“ aus dem Bestreben geben, seinen christlichen Glauben zu verbergen oder sich dem klaren Einsehen für eigene Überzeugung zu entziehen.“

Der folgende Passus faßt Stimmungslage und Lebenswirklichkeit der Christen zusammen:

„Die Christen wollen hier leben, arbeiten und wirken. Aber sie wollen sich unter einem Weltanschauungsdiktat nicht unterwerfen, das sie unter der Flagge des Sozialismus für den Aufbau einer religionsfreien, atheistischen Gesellschaft vereinnahmt. Als Christen erwarten wir nicht, daß die Grundpfeiler des Hauses Staat, in dem wir wohnen, aus christlichem Zement gegossen sind. Aber wir erwarten, daß wir zusammen mit allen anderen Bürgern in diesem Hause gleichberechtigt und geachtet leben können...“

## Forschungsstelle entwarnt: Nahrung ist kaum belastet

Auch nach Tschernobyl bleibt die Cäsiumaktivität gering

dos, Oldenburg  
Die durch den Reaktorunfall von Tschernobyl verursachte zusätzliche Belastung an Radioaktivität in Nahrungsmitteln ist sowohl kurz wie langfristig so gering, daß eine Auswahl von Lebensmitteln nach der Höhe ihrer Radioaktivität völlig überflüssig ist. Zu diesem Ergebnis kommt ein Großversuch der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt (LfUA) in Oldenburg, der auf 3000 Untersuchungen basiert.

Bei ihren Arbeiten stützte sich die LfUA auf Anbau- und Fütterungsversuche, bei denen Heu oder Silage mit Cäsiumaktivitäten verabreicht wurde, wie sie im kommenden Winter zum Einsatz kommen werden. Professor Heinz Vetter, Direktor der Anstalt, zieht folgendes Fazit: „Es ist zu erwarten, daß die Cäsiumaktivitäten in der Milch während des Winters nicht die Spitzenwerte während des Weidewegs im Juni erreichen. Im Mittel der gesamten Winterzeit werden die Cäsiumgehalte aber höher liegen als im Sommer.“

Die zu erwartende Cäsiumaktivität in der gesamten Nahrung würde auf zwei Wegen kalkuliert: Einmal bezogen auf die mittleren Verzehrsmengen und der festgestellten Cäsiumgehalte

in Nahrungsmitteln und zum anderen aufgrund von Gesamtverzehruntersuchungen. Danach sei für das Unfalljahr Mai 1986 bis April 1987 eine Gesamtzählungsaufnahme (Cäsium 137 und Cäsium 134) von 9060 Becquerel (Bq) je Erwachsenen zu erwarten, im Folgejahr 1400 Bq und 1988/89 etwa 200 Bq. Die von der Strahlenschutzkommission errechneten Werte, so Vetter, liegen nur halb so hoch.

Selbst wenn die Zufuhr an Radiozäsium so hoch angesetzt wird wie die LfUA dies tut, entsprechen das je Erwachsenen im Unfalljahr nur 10 Millirem (mrem), im Jahre 1987/88 2 mrem und 1988/89 noch 1 mrem. Für die Gesundheit des Menschen seien solche Werte ohne Bedeutung, meint Vetter. Dies gelte auch für die zusätzlichen Aufnahme von 10 mrem je erwachsener Person und Jahr. Dieser Wert mache 5 bis 7 Prozent der natürlichen Radioaktivität aus.

Das Gefährdungsmoment relativierte Vetter anhand einiger Beispiele: 10 mrem entsprechen lediglich 20 Prozent der Dosis, die eine Durchleuchtung des Brustkorbs bisher mit sich gebracht hat. Die gleiche Mehrbelastung bringe etwa ein Höhenunterschied des Wohnortes von 500 m mit sich oder ein Flug in 10 000 m Höhe über 14 Stunden.

## Paris dämpft Dieppens Reiselust nach Ost-Berlin

SPD drängt Regierenden zu Besuch jenseits der Mauer

Am Wochenende nach seiner Rückkehr aus Paris, wo der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen für eine Teilnahme am „DDR“-Staatsakt 1987 in Ost-Berlin keine Ermunterung erhält, drängte ihn bereits die Berliner SPD, die Honecker-Einladung endlich anzunehmen. „Hier muß gesprungen werden“, schrieb der ehemalige Berliner Bundesdeputierte Gerhard Heumann. Er ist der deutschlandpolitische Sprecher der Berliner SPD und Hauptinitiator eines umstrittenen Berlin- und sicherheitspolitischen Papiers der SPD, das im Sommer auch für Unruhe in der eigenen Partei sorgte.

Heumann erinnerte im Parteirat „Berliner Stimme“ daran, daß Diepgens Vorgänger Richard von Weizsäcker seine Unterredung mit Honecker im September 1983 absolut diskret vorbereitet und nicht wie Diepgen öffentlich auf einen längeren Entscheidungszeitraum hingewiesen habe.

Heumann ging auch auf die kritischen Darlegungen von Dieppens früherem Stellvertreter, Heinrich Lummer (CDU), in der WELT ein und bezeichnete sie als „innerparteiliche Kampfansage“ gegenüber Dieppens Tendenz zur Annahme.

Bedenken wegen möglicher Status-Verletzungen bei einer Teilnahme am „DDR“-Staatsakt wischte Heumann beiseite: „Die unterschiedli-

## Esser hofft auf baldiges Gespräch der Tarifpartner

AP, Köln

Der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, hat sich zuversichtlich gezeigt, daß die Spitzen von Arbeitgeber und Gewerkschaften in Kürze zu einem Gespräch zusammenzutreffen werden.

In einem Interview des Deutschlandfunks sagte Esser gestern, Themen des Gesprächs sollten die Tarif- und die Arbeitsmarktpolitik sowie Probleme der Kranken- und Rentenversicherung sein. Auch sei sachlich zu erörtern, ob es im Ganzen oder in Teilen übereinstimmende Meinungen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit gebe.

Der Arbeitgeberpräsident warnte die Sozialpartner erneut vor einer „parteilich-politischen Durchdringung“ der Zeit vor der Wahl. Eine solche Entwicklung sei geeignet, eines Tages die Verständigung zwischen den autonomen Partnern zu erschweren und sie in Bedrängnis zu bringen. Esser kritisierte die Gewerkschaften sei seien mit ihren „Wahlprüfsteinen“ inzwischen dazu übergegangen, sich scheinbar mit der Position einer Partei zu identifizieren.

Erneut forderte der Arbeitgeberpräsident, Unternehmen und Gewerkschaften sollten sich zusammen mit der Bundesanstalt in Nürnberg bemühen, Arbeitslosen durch höhere Qualifizierung eine Einstellung zu ermöglichen.

## „Koalition nur mit den Unionsparteien“

dpa, Wehl

Mit einer Kundgebung in Wehl (Kreis Soest); hat die FDP den Bundestagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen offiziell eröffnet. Dabei setzten sich die Freien Demokraten acht Prozent der Zweitstimmen zum Ziel.

Der FDP-Landesvorsitzende und Staatsminister im auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann, ließ ebenso wie der Chef der Düsseldorf-Landtagsfraktion, Achim Rohde, keinen Zweifel daran, daß die FDP beim Bundestagswahlkampf in zwei Wochen in Mainz beschließen werde. Im Falle eines rot-grünen Wahlsieges 1987 lieber in die Opposition zu gehen, als mit der SPD eine Koalition zu bilden. Zugleich wurde die Bereitschaft zu einer weiteren Zusammenarbeit mit den jetzigen Koalitionspartnern CDU und CSU bekräftigt.

Möllemann äußerte die Vermutung, daß keine der beiden großen Parteien bei den Bundestagswahlen die absolute Mehrheit erringen werde. Unter Hinweis auf das „Newsweek“-Interview des Bundeskanzlers erklärte er, hier habe sich erneut gezeigt, daß man die Außenpolitik besser Profis überlasse. Der nächste Außenminister müsse wieder Genscher und dürfe nicht Strauß heißen.

## Beim Entschwefeln sind die Schwaben die reinsten Saubermänner der Nation

Von HARALD GÜNTHER

Als Baden-Württemberg Finanzminister Guntram Palm vor zwei Wochen das Vergnügen hatte, anstelle des erkrankten Ministerpräsidenten den „sauberen“ siebten Block des Kohlekraftwerks Heilbronn einzuziehen, stand dieses Adjektiv auch im Redetext in Gänsefüßen. Zu recht: Selbst nach der „vollen“ Entschwefelung und Entstickung werden pro Kubikmeter Abluft bis zu 300 Milligramm Schwefeldioxid und rund 200 Milligramm Stickoxide durch den Schornstein geblasen. Dennoch ist das zur Zeit Weltrekord. Die Anlage, die mit einer Leistung von 700 Megawatt mehr Strom erzeugt als die sechs älteren Kraftwerksblöcke zusammen, ist unter ihrerseits die umweltfreundlichste, die es gibt. „Ein Meilenstein“, wie Palm vor Ort schwärmte, „der neue Maßstab bei der Rauchgasreinigung setzt“.



Das war nicht zu hoch gestapelt. Immerhin schafft es der 650-Tonnen-Katalysator in Heilbronn, nur ein Zehntel der Stickoxiddmenge an die Umwelt abzugeben, die der kaum größere Block B im nordrhein-westfälischen Ibbenbüren, angeblich das modernste Kohlekraftwerk der Republik, ausstößt. Und auch in Sachen Entschwefelung haben die Schwaben die Nase vorn. Ende 1986, wenn die „Dreckschleuder“ im Teutoburger Wald über die zweite Straße ihrer Rauchgasentschwefelungsanlage (REA) verfügen kann, wird dort immer noch viermal mehr Schwefeldioxid entweichen als bei der Konkurrenz am Neckar.

Erst im Laufe des nächsten Jahres wird Ibbenbüren mit seiner dritten REA-Strasse gleichziehen können. Zu diesem Zeitpunkt aber gehen in Heilbronn schon die Entschwefelungsanlagen für vier Altköcke in Betrieb. Und 1988 folgt deren katalytische Entstickung. Zugleich werden die beiden letzten und ältesten Blöcke

der Energieversorgung Schwaben (EVS) vor den Toren der Kätchenstadt Heilbronn stillgelegt. Endergebnis: Trotz einer um 50 Prozent höheren Stromerzeugung wird an diesem Kraftwerksstandort anno 1990 nur noch 15 Prozent des Schwefeldioxids und 20 Prozent des Stickoxid-Ausstoßes des Jahres 1984 freigesetzt.

Heilbronn ist zwar der größte, nicht aber der einzige Saubermann unter den Kohlekraftwerken Baden-Württembergs: Im Kreis Esslingen wurde bereits Ende 1985 der neue 420-Megawatt-Block des Heizkraftwerks Altbach mit einer bis dahin einmaligen Entstickungsanlage in Betrieb genommen. 65 Millionen Mark ließen es

der Neckarwerke, ein vergleichsweise kleines Stromversorgungsunternehmen, kosten, noch vor der EVS die magische Grenze von 200 Milligramm Stickoxid pro Kubikmeter Abluft zu unterschreiten. Dafür honorierte das Bundesumweltamt diesen Pionierdienst mit einem Investitionskostenzuschuß von 25 Prozent. Im Mai 1986 schließlich kam noch eine 120 Millionen Mark teure Entschwefelungsanlage dazu. Auch sie bleibt, wie die in Heilbronn, um gut ein Drittel unter dem vom Gesetzgeber festgelegten Abluftgrenzwert von 400 Milligramm. 1987 - zwei Jahre früher als von der Landesregierung gefordert - wollen die Neckarwerke ein zweites älteres Kohlekraftwerk in Weilheim entstickt und entschwefelt.

Weniger Glück hatte die Badenwerk AG mit ihrem Beitrag zur Luftreinhaltung im Südwesten. Zwar wird auch der neue siebte Block des Rheinlafer-Dampfkraftwerks in Karlsruhe termingerecht auf die Höhe

der Zeit gebracht. In Mannheim aber erlitt das Unternehmen mit einem in der Bundesrepublik entwickelten Entschwefelungsverfahren Schiffbruch: Die bereits vor drei Jahren in Betrieb genommene Pilotanlage der Kölner Firma Walther mußte vor einiger Zeit stillgelegt werden. Trotz zahlreicher Nachbesserungsversuche hatte sie sich, wie ein Badenwerk-Sprecher gegenüber der WELT einräumte, als „nicht so funktionsfähig erwiesen, wie wir erhofft hatten“.

Der Vorteil des hier angewandten Trockenverfahrens, bei dem als Abfallprodukt anstatt Gips ein hochwertiger Stickstoffdünger anfällt, wurde durch einen unerwartet hohen Aerosolauswurf zunichte gemacht. Außerdem entsprach der Entschwefelungseffekt nicht den hochgesteckten Erwartungen. Nun muß der Kraftwerksblock auf das anderorts bewährte REA-System japanischer Herkunft umgestellt werden. Die 66 Millionen Mark für die erste Anlage können wohl abgeschrieben werden.

So etwas passiert schon mal beim Aufbruch in wissenschaftlich-technologische Neuländer. Andererseits ist der Vorsprung Baden-Württembergs auf diesem Gebiet uneinholbar: Schon zwischen 1983 und 1985 gingen die Emissionen der Kraftwerke im Land bei den Stickoxiden von 60 150 auf 53 350 Tonnen und beim Schwefeldioxid von 75 540 auf 75 370 Tonnen zurück.

Bis zum Jahr 1990 wird der Schadstoffausstoß sogar auf 15 000 Tonnen Stickoxide und 21 000 Tonnen Schwefeldioxid absinken. Zu verdanken ist's in erster Linie zwei freiwilligen Vereinbarungen aus den Jahren 1983 und 1984, in denen die Landesregierung der Kraftwerksindustrie Zugeständnisse abgehandelt hatte, die weit über das hinausgingen, was gesetzlich vorgeschrieben war und ist.

## Nach der Kabinetts-Umbildung sind die Wogen in München noch nicht geglättet

SPD nennt weiteren Staatssekretär verfassungswidrig / Maier ertrot Zustimmung

PETER SCHMALZ, München  
Gelang Franz Josef Strauß nun ein Meisterstück, als er sein neues bayerisches Kabinett bildete und mit dem Ergebnis ergaube die eigenen Parteifreunde in erstaunen und Verwunderung stürzte, oder waren es „handstreichartige Maßnahmen“ und verfassungswidrige dazu, wie der neugewählte SPD-Fraktionsvorsitzende Karl-Heinz Hiersemann vermutet?

Fast steht jedenfalls: Auch zehn Tage nach dem Überraschungseffekt, den Strauß mit der Teilung des Kultusministeriums und dem dadurch verursachten Verzicht des bisherigen Ministers Professor Hans Maier sowie der Installation von zwei Staatssekretären im Innenministerium auslöste, sind die Wogen noch nicht geglättet.

Verfassungswidrig nennt Hiersemann die Bestellung eines zweiten Innenstaatssekretärs, muß allerdings zugeben, daß es in diesem Ressort auch schon früher auf Staatssekretärsbene Doppelseitungen gab, so auch, als der spätere SPD-Ministerpräsident Wilhelm Hoegner bis 1954 Innenminister war. Das sei aus „der damaligen Situation zu begründen“, rechtfertigt Hiersemann dieses Tun seines Partei-Ähns. Diese Argumentation lasse an Hiersemanns juristischem Sachverstand zweifeln, kon-

ter Staatsminister Edmund Stoiber. Die Aufgaben des Innenministeriums sind seiner sicher nicht weniger und einfacher geworden. Aber die Landtags-Abstimmung über die neuen Geschäftsbereiche des Schul- und des Wissenschaftsministeriums, wie von Artikel 49 der bayerischen Verfassung, stehe noch aus, rügt der sozialdemokratische Fraktionschef.

„Klimavergiftung“ und „künstliche Aufregung“, schimpft daraufhin CSU-Fraktionschef Gerold Tandler: Wie von der Verfassung vorgesehen, habe Ministerpräsident Strauß die Mitglieder der Staatsregierung berufen und die CSU-Mehrheit dem geschlossen zugestimmt. Und über die Zuständigkeitsverteilung der beiden Ministerien werde kommende Woche ein Gesetzentwurf eingereicht.

Unterdessen erfährt Hans Maier - nach 16 Ministerjahren zur eigenen Überraschung nur noch einfacher Landtagsabgeordneter - für sein plötzliches Ausscheiden aus dem Kabinett ein Welle der Sympathie. „Die Zustimmung mir gegenüber reibt von Kroat bis Ziesel“, umschreibt der Politikprofessor die ideologische Bandbreite der Zustimmung, die aus Hunderten von Briefen, Tele-

grammen und Telefonaten erkennbar wird.

In der Staatskanzlei herrscht mittlerweile jedoch Verstimmung über die Art, wie sich der Ex-Minister als Strauß-Opfer darstellt. Als er öffentlich verbreitete, man habe ihm nie ein klares Angebot gemacht, sah sich die Staatskanzlei zu dem ungewöhnlichen Schritt genötigt, das schriftliche Angebot von Strauß an Maier zu veröffentlichen. Wissenschaft und Forschung einerseits und schulische Bildung andererseits nannte Strauß die Kernstücke seiner Politik, zur Durchsetzung „unserer gemeinsamen politischen Ziele“ müsse daher in Zukunft für jeden dieser beiden Bereiche ein Mitglied der Staatsregierung ausschließlich verantwortlich sein. Nach einer detaillierten Aufzählung der beiden Geschäftsbereiche schrieb Strauß an Maier: „Ich bitte Dich herzlich, mir Dein Einverständnis mitzuteilen, daß ich Dich als Staatsminister für Wissenschaft und Kunst vorsehe.“

Ex-Minister Maier hat über seinen weiteren Berufsweg noch nicht entschieden. In CSU-Kreisen wird aber nicht ausgeschlossen, daß er sich Hoffnungen macht, im kommenden Jahr entweder als Bildungs- oder als Forschungsminister nach Bonn gerufen zu werden.

## CDU-Frauen halten nichts von einer „Quotenregelung“

Kongreß in Offenburg greift Essener Leitsätze auf

HARALD GÜNTHER, Offenburg  
Auch in der CDU kämpfen die Frauen um mehr Einfluß in Partei und Politik. Doch anders als in anderen Parteien ist das ein Kampf mit Maß und Ziel: Neben der gesellschaftlichen Emanzipation und Verwirklichung im Beruf bleibt die Rolle als Hausfrau und Mutter für sie zumindest ein gleichrangiges Gut. Quotenregelungen, wie sie SPD und Grünen für die Verteilung von Mandaten getroffen haben, fanden außerdem unter den 6000 Teilnehmerinnen eines CDU-Frauenkongresses in Offenburg wenig Verständnis, reine „Weiberzettel“ nach dem Vorbild der Hamburger GAL wurden als kontraproduktiv, „Politspektakel“ zurückgewiesen.

Nach den in Offenburg vielzitierten „Essener Leitsätzen“ sollen Frauen unter den Mandatsträgern der Partei bis zum Beginn der 90er Jahre entsprechend ihres Mitgliederanteils vertreten sein. Rita Süssmuth, Bundesfamilienministerin und Syndicofür der „neuen Weiblichkeit“ in der CDU, bezeichnete diese Vorgabe als „revolutionär“. Zugleich äußerte sie, ähnlich wie Generalsekretär Heiner Geißler, die Hoffnung, daß die an diesen Beschluß geknüpfte Berichtspflicht für den nötigen Umsetzungsdruck in den Parteigliederungen sorgen werde.

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms plädierte im Verlauf der

Tagung für eine Erweiterung des Spektrums der Ausbildungsberufe für Frauen. An die Betriebe appellierte die CDU-Politikerin, „angesehen abnehmende“ Bewerberzahlen um Lehrstellen die Chance zu nutzen, durch Einstellung von Mädchen „langfristig den notwendigen Nachwuchs zu sichern“.

Eine große Rolle spielte in den Reden und Diskussionen der Offenburg „Zielgruppenveranstaltung“ die Forderung nach mehr Hilfen für kinderreiche Familien.

Bundeskanzler Helmut Kohl selbst beklagte zum Abschluß des Kongresses, daß es in der Bundesrepublik derzeit noch eine „kinderfeindliche Gesellschaft“ gebe. Dies müsse sich ändern: „Kinder müssen wieder Vorfahrt haben“. Familien, die sich einen Kinderwunsch erfüllen, müßte der Staat „mit Schutz und Schirm“ beistehen.

Kritik wurde allerdings auch in Offenburg am derzeitigen Paragraphen 218 StGB laut, der „Kindsmord“ vielfach legalisiere.

Am Rande der Tagung wurde bekannt, daß sich Mitte November in Stuttgart, gleichsam aus Protest gegen das „Abtreibungsrecht“, unter Mitwirkung des früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger eine Initiative „Christdemokraten für das Leben“ (CDL) konstituiert wird.

## Evangelische Jugend zerstritten. „Parteinahme“

idea, Kassel

Auf schwere Kritik aus den eigenen Reihen stieß jetzt das politische Engagement der 900 000 Mitglieder zählenden Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (AEJ). Der Vorstand ihrer größten Organisation, des CVJM-Gesamtverbandes, lehnte die Verbreitung einer vor kurzem veröffentlichten „Arbeitshilfe“ der AEJ zum Bundestagswahlkampf ab. Zur Begründung hieß es, man wende sich dagegen, „daß die evangelische Jugend im Wahlkampf in einer Weise mitmischte, die vortäuscht, es gäbe in ihr in allen benannten Feldern gemeinsame getragene Positionen“.

In der 40seitigen „Arbeitshilfe“ werden unter anderem die Entwicklungspolitik der Bundesregierung und das Weltraum-Raketenabweprogramm SDI kritisch bewertet. Ferner plädiert die AEJ darin für „einseitig kalkulierte Abtreibungsschritte“ sowie eine Aberkennung der Oder-Neisse-Linie als Westgrenze Polens. Der CVJM-Generalsekretär, Pfarrer Ulrich Parzeny, sagte, die AEJ hätte deutlich machen müssen, daß das Papier umstritten sei, nachdem ihr Vorstand es mit nur einer Stimme Mehrheit verabschiedet habe. Er forderte die AEJ zur Konzentration auf die Felder auf, wo eine breite Übereinstimmung der Mitglieder erzielbar sei. Der CVJM hätte auch bei einer anderen parteipolitischen Richtung ablenkend reagiert.

سكتة من الجمل



### Für Grüne sind die Nuklearfirmen Waffenschmieden

HELMUT STEGLITZ, Grünberg. Die hessischen Grünen wollen sich in der Sicherheitspolitik gegenüber dem SPD-Koalitionspartner in Wiesbaden künftig stärker profilieren. Besondere Brisanz erhalten die Bemühungen der Alternativen dadurch, daß sie dieses Thema mit der Diskussion um die Hanauer Nuklearfirmen verknüpfen. Die zeigte sich am Wochenende auf der Landesversammlung der Grünen in Grünberg. In ihrem Wortbeitrag stellte die frühere Landtagsabgeordnete Gertrud Schilling - sie steht auf Platz eins der Landesliste für die Bundestagswahlen - einen solchen Bezug her: Für die Grünen seien die Firmen in Hanau nicht nur einfache Lieferanten für Atomkraftwerke, sondern höchst gefährliche Waffenschmieden, in denen binnen Wochen bis zu 300 Atombomben hergestellt werden könnten.

Von wem, das sei klar: von den Nuklearbetreibern in Hanau. Die ignorierte Haltung der SPD-Landesregierung sei daher ungenügend. Man dürfe aber nicht die Koalition verlassen. „Dann sind wir Grüne saft und kraftlos.“ Daß Hessen im Ernstfall besonders gefährdet sei, begründete die Grünen in Grünberg so: „Gerade hier werden Militarisierung und Kriegsvorbereitungen besonders augenfällig. Die Massierung von US- und Bundeswehrtruppen. Air-Land-Battle-Manöver, bei denen in Ostessen der Einsatz chemischer und atomarer Massenvernichtungsmittel geplant und geprobt wird. Die Frankfurter Airbase als Sprungbrett für Einsätze der US-Armee im Nahen Osten, all das zwingt uns zur Intensivierung der politischen Auseinandersetzungen und der praktischen Friedensarbeit.“

Ansätze haben die Grünen auch schon parat. Der wichtigste führt über die Auflösung des NATO-Bündnisses. Die Bundesrepublik möge erst einmal aus der NATO austreten, falls weitere Schritte dann schon ergeben. Die Diskussionen über die möglichen Formen des Widerstands dauerten bis in den späten Abend. Nur soviel stand von vornherein schon fest: Das Gewaltmonopol des Staates sei angesichts der massiven Bedrohung durch den Militarismus nicht länger anzuerkennen. Der Atomgegner Robert Jungk hatte am Vortag in Hanau gesagt: „Macht kaputt, was euch kaputtmacht.“

### Kohl: DGB kein Ersatz für Parlament und Wähler

Grundsatzrede auf dem Parteitag der neuen NRW-CDU

HELMUT BREUER, Münster. Scharfe Kritik an der jetzigen Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat Bundeskanzler Kohl am Wochenende in Münster geübt. Auf dem zweiten Parteitag der neu organisierten nordrhein-westfälischen CDU erklärte der CDU-Bundesvorsitzende, die Führung der Gewerkschaften müsse endlich begreifen, daß ihre Organisation nicht „Ersatz für Parlament und Wähler“ sei, denn auch der DGB habe sich dem Willen des obersten Souveräns, des Wählers, zu fügen.

Entscheidungen werden deswegen nicht auf Straßen und Plätzen erzwungen; wir sind nicht in der Weimarer Republik, sondern in der Bundesrepublik Deutschland. Wer jahrelang Wahlprüfsteine verbreitet und dann noch nicht einmal den Anforderungen eines Wirtschaftsprüfers genügt, der hat jedes Recht auf Kritik verloren“, sagte der Kanzler wörtlich.

In seiner fast zweistündigen Grundsatzrede, die von den rund 600 Delegierten mit Ovationen honoriert wurde, legte Kohl eine Art Rechenschaftsbericht seiner vierjährigen Amtszeit ab und nannte es die historische Aufgabe der Union, in schwierigen Zeiten Verantwortung zu übernehmen. Vor dem Regierungswechsel 1982 habe die Bundesrepublik ein Bild der Depression und Angst gegeben. Diesen Zeitgeist habe die Union gebannt, aus Mutilosigkeit wieder Zukunftshoffnung gemacht und die Jugend neu gelehrt, daß zu Rechten auch Pflichten gehörten.

Kohl appellierte an seine Partei, nie zu vergessen, daß die CDU die christlich-demokratische Union sei und bleiben müsse, was nicht „irgendeine Position“ sei, sondern ein „zeitloser Maßstab mit dem Anspruch des christlichen Sittengesetzes“, der sich gerade in einer immer mehr säkularisierten Zeit als immer notwendiger und bedeutsamer erweisen werde.

Der Parteichef rief die Delegierten dazu auf, für die Bundestagswahl im Januar um jede Stimme zu kämpfen und das Wahlziel möglichst hoch anzusetzen. Nach den Worten Kohls und des nordrhein-westfälischen CDU-Landesvorsitzenden Kurt Biedenkopfs dürfe die CDU bei der Wahl am 25. Januar keine Stimme verlieren oder verschenken, damit man mit

### Dieppen: Wannsee-Villa wird zur Gedenkstätte

Erinnerung an Prolog / Warnung vor Geschichtsfälschung

hrk Berlin. Berlin richtet im kommenden Jahr zur Erinnerung an den Ausgangspunkt des „Holocaust“, die Entscheidung über die sogenannte „Endlösung der Judenfrage“, eine internationale Gedenk- und Bildungsstätte ein. Sie soll ihren Platz in der heute als Jugendheim genutzten historischen Wannsee-Villa erhalten, in der im Januar 1942 die Ermordung von Millionen von Juden beschlossen worden war. Ein internationales Gremium angesehener Männer des jüdischen Geisteslebens soll 1987 bei einer Zusammenkunft in Berlin das endgültige Konzept für diese Begegnungsstätte festlegen.

Diese Ankündigung machte Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Dieppen gestern in einer Gedenkstunde an das Judenprogramm (sogenannte „Reichskristallnacht“) vor 48 Jahren. Er teilte mit, die internationalen Experten sollten in der nächsten Herbst eine Vorstudie veröffentlichen, die zur Zeit bereits von Historikern, Pädagogen und Museumsfachleuten formuliert wird. Dieppen meinte, mit großer Sicherheit werde an dieser Zusammenkunft auch der diesjährige amerikanische Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel teilnehmen.

In einer Ansprache setzte sich Dieppen für eine umfassende Aufarbeitung des Geschehens vom 9. November 1938 und der folgenden Vernichtungsstrategie des Nationalsozialismus gegenüber dem jüdischen Volk ein: „Wir müssen mit diesem Tag und allem, wofür er steht, leben. Wir müssen diesen Tag als Auftrag begreifen und annehmen.“ Die Deutschen müßten „gegen Intoleranz und für die Aussöhnung“ Partei ergreifen.

Der CDU-Politiker kritisierte erneut die unstrittige Entscheidung des Volksbundes Deutsche Kriegs-



Dieppen: Einladung an Nobelpreisträger Elie Wiesel

### Strauß warnt Union vor neuen Rechts-Parteien

CSU-Chef wieder auf Platz eins der Landesliste

PETER SCHMALZ, München. Die Landesliste zur Bundestagswahl wollte die CSU nur ungern vor den Augen der Öffentlichkeit aufstellen und den Journalisten womöglich noch Einblick gewähren, wenn die Junge Union vergeblich um einen sicheren Platz für einen weiteren Kandidaten kämpft oder die Frauen nur auf den 30 sicheren Listenplätzen nur drei Vertreterinnen platzieren können. Um aber den einleitenden Worten von Parteichef Franz Josef Strauß dennoch Gehör und Verbreitung zu gewährleisten, wurde geteilt: Strauß öffentlich, die Kandidatenwahl hinter verschlossenen Türen.

Der CSU-Chef griff gleich in die Vollen und lobte seine Partei „ohne Übertreibung und bei nüchternem, sachlicher Bewertung“ als die „erfolgreichste und stabilste Partei in der europäischen Parteigeschichte überhaupt“.

Dann ein kurzer Rückblick auf die Landtagswahl vor vier Wochen: Über 50 Prozent der Jungwähler zwischen 18 und 24 votierten für die CSU, worin Strauß ein großartiges Zeugnis sieht für die Stabilität dieser Partei und „eine Säule der Hoffnung dafür, daß die CSU bis Ende dieses Jahrhunderts und darüber hinaus die politischen Geschicke Bayerns gestalten und in Bonn einflußreich mitgestalten wird“. Bayern, sagt er, ist das einzige Land, in dem die Union nach dem Oktober 1982 „einwandfrei“ gewonnen hat.

Hoffen auf den Süden

Ein Hinweis auf Hamburg: Er rechnet mit einer absoluten SPD-Mehrheit, das aber sei kein Grund zur Entmutigung, „sondern im Gegenteil ein Ansporn, die Defizite die im Norden entstehen mögen, durch ein optimales Ergebnis gerade in Baden-Württemberg und Bayern auszugleichen“.

Und schließlich der Ausblick auf die Bundestagswahl: Das sei keine Richtungswahl, das habe er bei seinem letzten Besuch in Bonn auch gesagt, das sei eine Schicksalswahl, „weil zwischen zwei Richtungen entschieden wird: Das eine ist die Richtung der geschichtlichen Erfahrung, der wirtschaftlichen Vernunft, der finanziellen Solidität, der Bürgernähe, der Zukunftsaufgeschlossenheit -

und das andere ist der Rückfall in marxistische Vorstellungen, nur durch einen Chlorophyll-Kommunismus etwas abgerundet und verschönt“.

Zur Regierungsfähigkeit gehört nach den Vorstellungen von Strauß offensichtlich die Kunst des Spagats: Wer in der Bundesrepublik regieren wolle, muß sich zur Mitte hin bewegen, zugleich aber dürfe es rechts von der Union keine demokratisch legitimierte Partei geben.

„Rücksicht auf Soldaten“

Die Union rief er erneut auf, mit einer Stimme zu sprechen, Wort und Handlung in Deckungsgleichheit zu bringen, auf die kleinen und mittleren Landwirte ebenso achtzugeben wie auf den kleineren Mittelstand, die Erfolge in der Sozialpolitik „offensiv und aggressiv“ zu verkünden und das Murren älterer wie jüngerer Soldaten nicht zu überhören, die nicht „dauernd als Schurken der Weltgeschichte an der Klagemauer stehen möchten“.

Vor dem internen Wahlgang noch ein Lob für Theo Waig, den Chef der CSU-Landesgruppe. Er nennt ihn hochgeschätzt und hochverdient, ermet dafür langen Beifall und regt flugs Spekulationen an, indem er seiner hohen Bewertung über Waigs bisherige Amtsführung hinzufügt, er wolle damit nichts präjudizieren und einem „Wechsel im Amt nicht im Wege stehen“. Verdrückt sich damit das Gerücht, Waig wolle ins Kabinett wechseln?

Die Listenaufstellung hiebt dann ohne Überraschungen, der am Vorabend vom Präsidium und Vorstand ausgearbeitete Vorschlag hiebt unverändert: Strauß erhält mit 165 von 168 gültigen Stimmen Platz eins und damit das Ticket nach Bonn, gefolgt von Waig (157) und Friedrich Zimmermann, der allerdings nur 147 Stimmen bekommt und damit weniger Zustimmung erhält als Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle (mit 162 Zweitbesten dicht hinter Strauß), Verkehrsminister Werner Dollinger und Entwicklungsminister Jürgen Warnke (beide 165 Stimmen), Hans Graf Huyn, im oberbayerischen Wahlkreis nicht mehr zum Direktkandidaten aufgestellt, bleibt mit mageren 83 Stimmen dann doch noch auf dem sicheren 28. Platz.

# Das Spezial-Angebot an 65 interRent Stationen.

## In wichtigen Wirtschaftszentren und an allen Verkehrsflughäfen: Zum Beispiel

# Mercedes 300 E pro Tag 79 Mark + 0,79/km\*

## bei Anmietung und Rückgabe an einer dieser 65 Stationen. Auch im One-way.

# interRent IR

Autovermietung · rent a car

\*Übrigens: Wir berechnen Ihnen maximal 230 Mark pro Tag inkl. aller gefahrenen km.



### Neuer GdP-Chef soll Welle von Austritten stoppen

DW, Mannheim/Königswinter Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) wird bei ihrem morgen beginnenden Bundeskongress in Mannheim voraussichtlich den 48-jährigen Hermann Lutz zum neuen Vorsitzenden wählen. Mit Lutz, bisher stellvertretender Vorsitzender und Chef der Organisation in Rheinland-Pfalz, würde erstmals ein Gewerkschafter aus dem christlich-sozialen Lager an der Spitze einer DGB-Gewerkschaft stehen.

Der bisherige Vorsitzende Schäfer hatte auf eine erneute Kandidatur verzichtet, nachdem sein Auftritt

Anzeige  
**Die berufliche Zukunft beginnt heute.**  
Was Sie tun müssen, die Chancen zu nutzen, die Ihnen die BERUFS-WELT bietet - mit dem großen überregionalen Stellenmarkt für Fach- und Führungskräfte. Jeden Samstag mit BERUFS-WELT.

beim Gewerkschaftstag der IG Metall vor drei Wochen zu einer Austrittswelle in der GdP geführt hatte. Die Arbeitsgemeinschaft Christlich-Demokratischer DGB-Gewerkschafter hat sich gegen jeden Versuch gewandt, die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft zu verändern. Sie kritisierte am Wochenende bei ihrer Bundestagung den Bescheid des IG-Metall-Kongresses, in dem es heißt: „Die Einheitsgewerkschaft ist der Zusammenschluss aller arbeitenden Menschen zur Verteidigung ihrer Interessen als Arbeitnehmer unter Hirtenstellung parteipolitischer und konfessioneller Bindungen.“

DIE WELT (USPS 505-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 170,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 360 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 360 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

## Bangemann will in Mainz einen „Kronzeugen-Parteitag“ verhindern

Sorge um Geschlossenheit / Grünbeck-Papier sorgt in der FDP für Zündstoff

DIETHART GOOS, Bonn Wenn sich heute vormittag im Bonner Thomas-Dehler-Haus die Führungsgremien der Freien Demokraten versammeln, geht es ihnen nicht nur um die erste Analyse der Hamburger Bürgerschaftswahl und organisatorische Vorbereitungen des Bundestagswahlkampfes. Die Kronzeugenregelung als wichtigster Bestandteil des Anti-Terror-Paketes macht der FDP immer mehr zu schaffen. Außerdem hat der mittelständische Sprecher der Bundestagsfraktion, Josef Grünbeck, mit einem fünfseitigen Klagebrief über den CDU-CSU-Koalitionspartner, den er am Wochenende Parteichef Martin Bangemann präsentierte, weiteren brisanten Diskussionsstoff geliefert.

### Gefahr für Bangemann?

Bangemann und sein Generalsekretär Helmut Haussmann müssen alles daran setzen, sich trotz wachsender Kronzeugenvorbehalte in der FDP den bevorstehenden Bundestagsparteitag am 21. und 22. November nicht aus den Händen gleiten zu lassen. Denn es gibt genug liberale Heißsporne, denen ein Kronzeugen-Schritt in der Mainzer Rheingoldhalle wichtiger ist als ein überzeugender, geschlossener und sachbezogener FDP-Wahlkampfauftritt.

Auch Bundesjustizminister Hans Engelhard sieht Gefahr für seinen Parteivorsitzenden Bangemann her-

aufziehen. In der gestrigen „Berliner Morgenpost“ warnte der liberale Rechtspolitiker davor, aus dem Mainzer Kongress einen „Kronzeugen-Parteitag“ zu machen. „Die Partei wäre gut beraten, dies mit jener engagierter Bedachtsamkeit und Überlegenheit anzugehen, die der Sache und der Partei guttut. Engelhard erinnerte daran, daß sich die FDP-Bundestagsfraktion mit überzeugender Mehrheit für die Einbringung der Anti-Terror-Gesetze eingesetzt habe, und sie steht dazu.“ Auf die Experten-Anhörung im Rechtsausschuß am 14. November eingehend, sagte Engelhard: „Für Anregungen und Verbesserungen ist dieser Entwurf offen, bei aller Entschlossenheit, ihn über die Runden zu bringen.“

Generalsekretär Haussmann nimmt kein Blatt vor den Mund: „Wir wollen keinen waffenstarenden Rambo-Staat, der das Messer zwischen den Zähnen trägt und nur Sicherheit, aber keine Freiheit garantiert. Genausowenig sind wir Anhänger eines Staatsapparates, der terroristischer Skrupellosigkeit mit Sorglosigkeit und Schwäche begegnet.“ Die FDP habe sich immer dafür eingesetzt, dem Staat zu geben, was er zum Schutz der Bürger benötige.

Martin Bangemann ist Realist und weiß, daß in seiner Partei nicht nur zwischen der Kronzeugenregelung und dem Mainzer Parteitag eine Verbindung hergestellt wird. Man redet auch über den Mann in der Spitze und das nicht nur im positiven Sinne.

Fragen nach seinem möglichen Rücktritt für den Fall, daß ihn der Parteitag bei der Kronzeugenregelung im Stich läßt, wischt Bangemann barsch als „Spekulationen und Blödsinn“ zur Seite. „Wir werden uns einigen“, lautet sein Motto für Mainz.

Bleibt das dringende Mahnschreiben des bayerischen Schwaben Grünbeck an seinen Vorsitzenden. Darin beklagt der Mittelständler die „Rücksichtslosigkeit und Hinterhältigkeit“ der Union und besonders der CSU gegenüber dem kleinen Koalitionspartner. „Ich wollte die Wende 1982 und habe sie auch mit betrieben“, versicherte Grünbeck gestern der WELT. Aber inzwischen habe sich ein solches „Sündenregister“ der Union im Verhalten gegenüber der FDP angesammelt, daß er nicht länger schweigen könne.

### Frage nach Korpsgeist

Nach den ständigen Attacken der CSU auf führende Liberale „muß man sich überlegen, ob das noch ein Koalitionspartner für uns ist“. Offensichtlich verfolgt die Unionspartei eine Strategie zur „endgültigen Ausschaltung der Liberalen“. Grünbeck steht mit dieser Kritik nicht allein. Er könne diese Klage Grünbecks verstehen, sagte der stellvertretende FDP-Sprecher Hans-Rolf Goebel der WELT. Es sei bedauerlich, daß die CSU so wenig Korpsgeist in die Arbeit der Koalition einbringe und überall Schwierigkeiten mache.

## Hat die Gewerkschaft ein Steuergesetz verhindert?

Der Zeugenaufruf von Lappas soll neue Vorwürfe klären

DIETHART GOOS, Bonn Nach monatelangem Tauziehen kann der Untersuchungsausschuß Neue Heimat des Bundestages am Donnerstag dieser Woche endlich den Vorstandsvorsitzenden der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft (BGAG), Alfons Lappas, als Zeugen vernehmen. Damit erreicht die Ermittlungstätigkeit der elf Bundestagsabgeordneten von CDU/CSU und FDP sowie der Opposition von SPD und Grünen ihr wichtigstes Stadium. Denn der 54-jährige Spitzenmanager des Deutschen Gewerkschaftsbundes gilt als Dreh- und Angelpunkt der Vorgeschichte des Neue-Heimat-Skandals und auch der weiterhin undurchsichtigen Transaktion des Wohnungsbaubereiches zum Preis für eine Mark an den Berliner Fabrikanten Horst Schießer.

### Genügend Fragestoff

Schon jetzt ist der Ausschußvorsitzende Hans Günther Hüsch überzeugt, daß ein Tag für die Vernehmung von Alfons Lappas nicht ausreichen wird. Vorsorglich ist daher auch der Freitag für die Befragung des „Finanzministers“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes eingeplant. Trotz der strikten Auflagen des Bundesverfassungsgerichtes, die genaue Studien des Geschäftsgebahrens der BGAG als bisheriger Eigentümerin der Neue Heimat erheblich erschweren, bleibt dem Ausschuß genügend Fragestoff. So soll Lappas darüber Auskunft geben, ob sein Unternehmen 1982 gemeinsam mit führenden DGB-Vertretern Einfluß auf die Steuergesetzgebung der damaligen Bundesregierung unter Kanzler Schmidt genommen hat.

Wie aus geheimen Aufsichtsratsprotokollen der BGAG nach Meldung der „WELT am Sonntag“ hervorgeht, plante Schmidt Finanzminister Matthöfer eine Novellierung des Körperschaftsteuergesetzes. Der SPD-Politiker wollte eine Gesetzeslücke schließen, die den Gewerkschaftsunternehmen beträchtliche Steuervorteile ermöglichte. So gewährten die Gewerkschaften ihren gemeinschaftlichen Unternehmen statt üblicher Kapitalerhöhungen Gesellschafterdarlehen. Die DGB-Firmen zahlten dafür Zinsen an die Gewerkschaften, die infolge des ihnen gewährten Steuerprivilegs steuerfrei

blieben. Auf Intervention der BGAG unterblieb - wie aus den von der „WELT am Sonntag“ zitierten Aufsichtsratsprotokollen hervorgeht - das Vorhaben des Finanzministers, diese Steuerlücke zu schließen.

Der Zeuge Lappas soll dem Untersuchungsausschuß aber auch Rede und Antwort stehen über Vermögensverschiebungen zwischen dem gemeinnützigen und damit von der Steuer befreiten Teil des Neue-Heimat-Konzerns und der nichtgemeinnützigen Neue Heimat Städtebau. Bei seiner Zeugenvernehmung am letzten Freitag hatte DGB-Chef Ernst Breit, der lange Jahre dem Aufsichtsrat der Neue Heimat angehörte und von 1982 bis Oktober diesen Jahres Aufsichtsratsvorsitzender war, keine Angaben gemacht. Breit erklärte den Parlamentariern immer wieder, davon sei ihm nichts bekannt. Als der CDU-Abgeordnete Gerster jedoch entsprechende Passagen aus BGAG-Aufsichtsratsprotokollen in die Zeugenvernehmung einführte, intervenierte Breits Rechtsbeistand Dahren-dorf unter Hinweis auf die vom Bundesverfassungsgericht verfügten Geheimhaltungsaufgaben bezüglich der BGAG-Aufsichtsratsprotokolle.

### „Überraschungen“ erwartet

In Kreisen des Untersuchungsausschusses wird es für möglich gehalten, daß der Zeuge Lappas am Donnerstag trotz seiner anfänglichen Aussageverweigerung, die ihm sogar kurzfristige Beugehaft eintrug, noch mit Überraschungen aufwartet. Offensichtlich fühlt er sich zu Unrecht für das ganze Debakel um die Neue Heimat verantwortlich gemacht. Zur eigenen Verteidigung hat Lappas in einem Schreiben an die DGB-Führung daran erinnert, daß der Aufsichtsrat der BGAG fortlaufend über alle entscheidenden unternehmenspolitischen Transaktionen informiert worden ist. Das gilt nicht nur für den Aufsichtsratsvorsitzenden und DGB-Chef Breit, sondern auch für weitere führende Gewerkschaftsfunktionäre. Vom Ergebnis der Aussage des BGAG-Vorstandsvorsitzenden will der Untersuchungsausschuß den Ablauf seiner weiteren Tätigkeit abhängig machen. Bis Mitte Dezember soll dem Bundestag ein Bericht vorgelegt werden.

## Vogel (CDU) denkt an Gang nach Karlsruhe

HEINZ HECK, Bonn

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) ist „sauer“ über immer neue Forderungen einiger Länderkollegen. Im Gespräch mit der WELT schloß er die abermalige Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes zur Regelung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern nicht aus. Rheinland-Pfalz habe sich bisher mit Forderungen an den Bund zurückgehalten und auch an dem Verfahren in Karlsruhe nicht beteiligt, sagte der Mainzer Regierungschef.

„Doch sogar die rheinland-pfälzische Langmut hat Grenzen“, fügte Vogel hinzu. Wenn Rheinland-Pfalz sich nach dem Ausgleich schlechter stelle als vorher, bleibe Mainz nur der Weg nach Karlsruhe. Die am vergangenen Freitag im Bundesrat beschlossene Sonderhilfe für die Küstenländer (WELT vom 8. November) hält Vogel für berechtigt. Sollten weitere Forderungen erhoben werden, wie bereits von Nordrhein-Westfalen für die Steinkohlelasten, so werde auch Mainz seine Forderungen stellen. Um die Hilfe nicht nur des Bundes, sondern auch der Länder für den Steinkohlebergbau zu verdeutlichen, betonte Vogel: „Ich bin ein Anhänger des Jahrhundertvertrags.“

Auch Rheinland-Pfalz habe mit Strukturproblemen zu kämpfen. Was für die Küstenländer die Werften sei für sein Bundesland die Schuhandindustrie (Pirmasens). Auf der Sorgenliste stünden auch der Fremdenverkehr, die Belastung des Fremdenverkehrs durch militärische Einrichtungen (Auswirkungen der NATO-Lasten) und Wein. Allerdings ließ Vogel keinen Zweifel daran, daß er es vorziehe, wenn alle Länder nach Abschluß des Finanzausgleichs auf die Durchsetzung von Sonderforderungen verzichteten.

Wenig Verständnis zeigte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident für die harte Haltung von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg in der Frage des Nachteilsausgleichs für Bremen und Nordrhein-Westfalen. Die Länder hatten den Bund einhellig aufgefordert, den Betrag von 175 Millionen Mark vorzufinanzieren; Stoltenberg hatte kategorisch abgelehnt. Nach Meinung Vogels entstünden dem Bund dadurch lediglich Zinskosten in Höhe von etwa drei Millionen Mark.

### NPD-Parteitag verlief friedlich

dpa, Willingen

Der 20. NPD-Bundestagsparteitag ist gestern in Willingen (Kreis Waldeck-Frankenberg) ohne nennenswerte Zwischenfälle zu Ende gegangen. Am Samstag hatten rund 500 Demonstranten gegen die Veranstaltung protestiert. Die rund 300 Delegierten der NPD diskutierten über die Chancen der Partei bei der Bundestagswahl am 23. Januar. Schwerpunkte der Wahlkampfaussagen der NPD sollen die Forderungen nach Neutralität und Wiedervereinigung Deutschlands sowie nach schärferen Ausländer- und Asylgesetzen sein.

### „Verweigerung ethisch geboten“

KNA, Bamberg

Die katholische deutsche Friedensbewegung Pax Christi hat sich dafür ausgesprochen, das Nein zum System der militärischen Abschreckung politisch werden zu lassen und „Schritte der Verweigerung“ zu entwickeln. Bei ihrer Delegiertenversammlung verabschiedete gestern Pax Christi bei Bamberg eine Erklärung, in der die Kriegsdienstverweigerung von Pax Christi als eine „heute ethisch gebotene Handlungsweise“ bezeichnet wird. Der Bundeswehrsoldat sollte über den Sinn seines Dienstes verstärkt nachdenken.

### Blüm unterstützt DAG-Forderung

VVD, Bonn

Arbeitsminister Norbert Blüm hat die Forderung der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) unterstützt, die Konzentrierte Aktion zur Bewältigung der Arbeitsmarktprobleme wiederzubeleben. Die Arbeitsmarktprobleme, so Blüm, erforderten Dialog und Kooperation von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Regierung. Mit solchen Gesprächsrunden solle die alte Konzentrierte Aktion aber nicht einfach kopiert werden. Auf EG-Ebene gebe es einen Ansatz, der bei einer Verwirklichung in der Bundesrepublik von Vorteil wäre.

An Deutschlands Fach- und Führungskräfte

# Jetzt gibt es die WELT jeden Samstag mit der BERUFS-WELT.

## Für alle, die vorankommen wollen.



Die BERUFS-WELT bietet jeden Samstag den großen überregionalen Stellenteil für Fach- und Führungskräfte plus wertvolle und praktische Informationen für mehr Erfolg im Beruf.

Der erste Schritt in Ihre berufliche Zukunft ist jetzt einfacher denn je:

## Nutzen Sie die BERUFS-WELT. Jeden Samstag in der WELT.

NEU Die BERUFS-WELT in der WELT. Mit dem großen Stellenmarkt. Und vielen praktischen Tipps für mehr Erfolg im Beruf.

Wichtiger denn je DIE WELT





Nicht viele deutsche Ärzte sind zugleich so hoch gerühmt und so heftig geschmäht worden wie Professor Emil Bücherl, Chef-Chirurg des Klinikums in Berlin-Charlottenburg. Der Spezialist für Organ-Verpflanzungen hat sich als Kunstherz-Pionier weltweit einen Namen gemacht. Nach jahrzehntelanger Forschung war es dann im März dieses Jahres so weit: Bücherl setzte das von ihm entwickelte Ersatzorgan erstmals einem Patienten ein. Hat das Kunstherz eine Zukunft, kann es eine Alternative zum Spenderorgan sein? Das Gespräch mit Prof. Bücherl führte Dr. med. Vera Zylka, Medizin-Redakteurin der WELT.

## Herz, Lunge, Niere - was will man noch verpflanzen?

**WELT:** Man hat nun schon eine Anzahl von Herzen transplantiert. Sie selber haben als erster in der Bundesrepublik ein Kunstherz eingesetzt. Der Schwerpunkt Ihrer Arbeit im Charlottenburger Klinikum gilt ja seit langem der Entwicklung einer solchen künstlichen Blutpumpe. Glauben Sie, daß die Implantation eines Kunstherzens einmal so selbstverständlich wird, wie die eines Herzschrittmachers?

**Bücherl:** Was wir heute können, ist zeitlich befristet. Aber wenn ich nicht fest daran glauben würde, daß man am Ende ein Kunstherz wie einen Schrittmacher implantiert, hätte ich wahrscheinlich nicht so lange daran gearbeitet. Ich bin überzeugt, daß das möglich sein wird, das wird kommen. Aber das ist leider auch eine Frage der Ökonomie. Für die Kunstherzforschung wurde bislang auf der ganzen Welt nur unwesentlich mehr Geld ausgegeben, als das Krebsforschungsinstitut in Heidelberg in einem einzigen Jahr zur Verfügung hat. Wir haben hier in Berlin von 1973 bis 1983 für die gesamte Kunstherzforschung einschließlich der Kunststoffknapp sieben Millionen Mark bekommen.

**WELT:** Man hat Ihnen nun sogar die Mittel verkürzt?

**Bücherl:** Die Förderung der Forschung ist immer etwas Unregelmäßiges gewesen. Ich bin mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft jetzt seit 1952 eingegangen. Man hat einiges eingesehen. Aber es ist oft so viel Administration dabei, daß man schließlich davonlaufen könnte. Das Unglückliche unseres Systems liegt zum Teil in der Begünstigung, die ich werde ja ganz selten dafür herangezogen. Erstens weil sie wissen, daß ich eine ganze Menge verstehe, und zweitens weil ich sehr kritisch bin. Es ist mir mehrfach passiert, daß meine Arbeitsblätter, die keine Forschung betreiben, als Gutachter tätig waren. Dann sitzen sie da und sollen mehr oder weniger meinen Antrag verteidigen. Was dabei herauskommt, ist oft häßlich.

**WELT:** Stört es Sie nicht, kostbare Zeit darauf zu verwenden, bei Stellungen und Behörden zu antworten, um an Gelder für das Kunstherz heranzukommen?

**Bücherl:** Am besten ist es, wenn sie jemanden operieren, der sich in einer verantwortlichen Position befindet, also irgendwo am Hebel sitzt. Wer

einmal selbst betroffen ist, sieht die Notwendigkeit finanzieller Hilfe ein und wird tätig. Ich habe mal einen Berliner Bausenator operiert, und auf einmal klappte alles, was oauliche Belange anbetrifft.

**WELT:** Würden Sie sich im Notfall selbst ein solches Kunstherz aus Ihrer Eigenproduktion einpflanzen lassen?

**Bücherl:** Wenn es keinen anderen Weg gäbe - aber selbstverständlich.

**WELT:** Wo würden Sie die Grenzen des Mach- und Vertretbaren ziehen?

**Bücherl:** Natürlich gibt es überall Sinn und Unsinn, aber primär glaube ich an die Biologie. Und wenn man sich die Verhaltensweise der Biologie betrachtet, dann wird man erstaunlicherweise häufig sehen, daß dort Unsinniges verschwindet. Was die Medizin angeht, da muß man differenzieren von Mensch zu Mensch. Wenn man, beispielsweise, einem Blinden mit Hilfe eines künstlichen Systems gewisse optische Eindrücke vermitteln könnte, dann würde ich das bejahen. Wenn man aber den Menschen (ähnlich der Tierzüchtung) verändern wollte, daß man ihn entsetzlich groß machte oder ihm sechs statt fünf Finger verpaßte, dann wäre für mich die Grenze überschritten.

Es ist mir wichtig, den Patienten als Mensch in seiner Gesamtheit zu sehen. Daher halte ich meine Kollegen auf der Wachstation an, daß sie nicht nur Lungenfunktions- oder Nierenfunktionswerte kennen. Ich möchte auch wissen, was hat dieser Mensch für eine Familie, hat er Kinder und wie lebt er mit denen. Insofern trifft man als Arzt Entscheidungen, die ein großes Spektrum umfassen.

So ist dem einen Menschen ein Kunstorgan noch dienlich, dem anderen nicht. Also nicht in dem Sinne, daß jeder, der nicht schnell laufen kann, ein Kunstherz braucht. Das würde ich für Biösinn halten. Aber wenn ein Mensch sein Kunstherz-Schicksal annimmt und Substanz mitbringt, die ihm ein solches Leben wünschenswert erscheinen läßt, und wenn er dafür in seinem Umfeld genügend Platz und Möglichkeiten hat, dann bejahen ich das uneingeschränkt. Also wenn die normale menschliche Biologie erhalten bleibt und der Mensch mit seinen implantierten Kunstteilen gut fertig wird - und auch seine Familie.

## 20 Jahre für die Forschung - aus Ehrgeiz oder Neugier?

**WELT:** War die Entwicklung des Kunstherzens eigentlich eine Art Lebensziel? Oder hatten Sie einmal andere Pläne?

**Bücherl:** So einfach kann ich das eigentlich gar nicht beantworten. Eigentlich wollte ich ja gar kein Mediziner, sondern Bühnenbildner werden. Nach dem Krieg habe ich dann überlegt, ob ich Medizin studieren sollte oder nicht. Ab 1945 habe ich mich dann für das Medizinstudium entschieden. Mir den damals üblichen Trimestern und mit Auslandsaufenthalten habe ich knapp drei Jahre Medizin studiert. Und danach mein Examen in Heidelberg abgelegt.

Als Student habe ich nicht nur Bücher gelesen sondern habe auch in Kunst gemacht, war ständig auf Achse. Ich zeichnete sehr viel. Auch heute noch. Sehen Sie, bis vor drei Jahren konnte man ja noch vernünftige Medizinprüfungen durchführen. Heute aber sieht das alles anders aus. Es sind drei Prüfer, drei Fächer, und man sitzt da mehr oder weniger zwei Stunden sinnlos daneben, weil vor mir der Gynäkologe und der Internist prüft. In diesen zwei Stunden habe ich angefangen alle Prüfungs-Kandidaten zu zeichnen. (Prof. Bücherl hält strahlend eine Kladde aus dem Regal, die auf jeder Seite einen skizzierten Kopf, den Namen des Prüflings und das Datum trägt.) Außerdem gebe ich jedes Jahr einen von mir gezeichneten Jahresbericht heraus. (Rennt wieder zum Regal, zieht eine Anzahl von Heften heraus, die er mir in die Hand drückt.) Das hier ist eine Zeichen-Colleage aller meiner Mitarbeiter. (Er selbst thront über allen als griechi-

scher oder vielleicht eher römischer Gott).

**WELT:** Wie findet man denn von der Kunst den Weg wieder zurück zur Medizin?

**Bücherl:** Ich habe nach dem Krieg überlegt, ob ich wirklich Medizin machen wollte oder ob ich es aufgeben sollte. Meine erste Station war dann in der Chirurgie in Amberg. Man kann sagen ab August 1945 habe ich dann angefangen, mit System zu arbeiten, und das drei Jahre lang, und zwar in der Chirurgie. Ich hatte da einen Tagesrhythmus von morgens 6.45 Uhr bis nachts um 01.00 Uhr. Täglich, Samstagmorgens habe ich aufgehört und habe dann Belletristik gelesen, gezeichnet oder modelliert. Ich habe eine ganze Menge Plastiken hergestellt. Ich war schließlich so weit, daß ich eine ganze Menge Bilder verkauft habe. Ich war ganz überrascht, daß die Leute meine Bilder gekauft haben. Tennis habe ich früher auch sehr gerne und intensiv gespielt. Das mache ich aber heute nicht mehr. Dafür spielen jetzt mein Sohn und meine Tochter Tennis. Tja, und Sonntagmorgens habe ich wieder angefangen zu arbeiten.

**WELT:** Was trieb Sie dazu, mehr als 20 Jahre zu forschen und wie ein Besessener zu arbeiten? Neugier, Ehrgeiz?

**Bücherl:** Es ähneln der Kunst. Es ist sonderbar, gerade damals in Amberg: Es war zum Beispiel Samstagmorgens. In meiner Freizeit hatte ich mir vorgenommen zu malen, zu lesen oder zu modellieren. Auch wenn mir das an dem Tag gerade keinen Spaß machte,



Ein Mensch muß sein Kunstherz-Schicksal annehmen: Organ-Verpflanzler Emil Bücherl

FOTOS: JOCHEN CLAUS

## Prof. Bücherl: Notfalls lebe ich mit einem Kunstherz weiter

ich tat es, weil ich es mir vorgenommen hatte. Ich würde von mir sagen: Wenn ich etwas mache, dann mache ich es immer gründlich - sei es meine Arbeit oder mein Hobby. Aber zu Ihrer eigentlichen Frage, ich habe Spaß an meinem Beruf und somit Spaß an der Forschung. Es ist eine Menge was da zusammenkommt: Disziplin, Spaß am Beruf, meiner Meinung nach hat jeder eine gewisse Verpflichtung seiner Substanz gegenüber. Man muß und sollte sein Können - wenn die Fähigkeiten vorhanden sind - demonstrieren. Da ich nun einmal Professor der Universität bin, fühle ich mich ihr gegenüber auch verpflichtet.

**WELT:** Apropos: Wie ist denn Ihr Bild von der heutigen deutschen Universität?

**Bücherl:** Wenn ich mich so erinnere, dann war nach dem Krieg ein Teil der wirklich Exzellenten gefallen, ein anderer Teil „etwas braun angehaucht“, die also keinen Lehrstuhl bekommen konnten. Und so gibt es an deutschen Universitäten Professoren, die völlig am falschen Platz sind, ich kannte zum Beispiel einen Professor, er war ein interessanter Mann. Er war belesen, er war sehr musikalisch. Aber als Universitätsprofessor eine Katastrophe. Seine Forschung bestand im Sammeln von Röntgenbildern; er betrieb eine sogenannte Schablottenwissenschaft. Wenn er einige Röntgenbilder zusammen hatte, hat er das veröffentlicht. Das ist eben keine kreative Forschung.

**WELT:** Sind Sie der Meinung, daß an den Universitäten ein Qualitätsabfall stattgefunden hat?

**Bücherl:** Auf jeden Fall. Zweitklassige Chefs suchen ja keine erstklassigen Mitarbeiter. Insofern konnte man ja sagen, wenn an allen Kliniken solche Figuren sitzen, die eben übrig geblieben sind, dann ist es logisch, daß diese nur wieder zweitklassige Leute nachziehen. Das ist wie eine Maña. Denn wenn da ein Lehrstuhl frei würde, dann hieß es: Da muß der

oder der hin, obwohl man den Betroffenen gar nicht kannte und dieser dafür gar nicht qualifiziert war. Und wenn ich mein Fach sehe, würde ich sagen - bis auf ein oder zwei hat, meiner Ansicht nach, keiner meiner Amtsbrüder die Qualifikation zu dem, was ich als Universitätsprofessor im Sinne des Kreativen und des wirklich Universitären sehe.

**WELT:** Und das Spezialistentum?

**Bücherl:** Das tut mir noch den Rest.

**WELT:** Ist ein in Grenzbereichen tätiger Forscher nicht besonders Mißverständnissen ausgesetzt?

**Bücherl:** Man muß mit solchen Dingen fertig werden. Und natürlich ist die Presse etwas Besonderes. Ich habe da viel Negatives mitgemacht, allerdings auch einiges Positive. Mein negativstes Erlebnis, nun: Wir haben ja sehr früh mit Organtransplantationen angefangen, sorderrbarerweise, nicht mit Kunstherzen. Wir hatten als einzige Langzeit-überlebende Tiere nach Lungentransplantationen. Und da kam ein Nachrichtenmagazin („Stern“) begeistert zu uns und wollte die Story veröffentlichen, obwohl das vom Tierem her sehr schwierig sei. Ein Fotoreporter machte dann sehr gute Bilder - übrigens die besten Bilder, die je von meiner Forschung gemacht worden sind. Es war alles völlig korrekt, die Bilder und der Text. Ich gab aber zu bedenken, daß mir eine solche Reportage enormen Schaden würde. Dann entschied der Chefredakteur, daß diese Reportage trotzdem gebracht würde, da es sich um ein mit öffentlichen Mitteln geförder-tes Projekt handelte.

Aber dann trat die Medizinische Fakultät der hiesigen Uni zusammen und hat sich überlegt, ob ich nicht entlassen werden müßte. Das hat mich damals schon einige Nerven gekostet. Aber damit nicht genug. Schließlich sollte ich in den USA einen phantastischen Preis bekommen mit einer hohen Auszeichnung für

Forschung. Einige Zeit später wurde mir bedeutet, daß ich diesen Preis nun doch nicht bekomme. Warum? Eine Voraussetzung für die Erlangung des Preises war gewesen, daß die nationale, also die Deutsche Gesellschaft für Chirurgie, zustimmte. Die befand jedoch, daß ich zwar wissenschaftlich wirklich außergewöhnlich gut sei aber eine sehr eigenartige Beziehung zur Laienpresse hätte.

**WELT:** Sie wurden - der Tierversuche wegen - als Tierquäler beschimpft und Menschenschänder genannt. Was ist denn ihre persönliche Position, wie rechtfertigen Sie Ihr Handeln?

**Bücherl:** Was Tierexperimente angeht bin ich der Meinung, daß unsere Tiere bei jedem Versuch mindestens so gut behandelt werden wie kranke Menschen. Wenn von einem Assistenten ein Tierversuch unternommen wird und der entspricht nicht meinen Erwartungen, so war dies sein letzter Versuch. Erstens erfordert ein Tierexperiment eine saubere Planung, so daß man es rechtfertigen kann, und zweitens einen zusätzlichen Einsatz. So habe ich mit unseren Kontrolltieren nie Schwierigkeiten. Wir geben uns tierexperimentell sehr große Mühe. Ich kann für unsere Experimente behaupten, daß ich sie von der Dokumentation bis zur Vor- und Nachsorge voll verantwortlich kann. Ich bin der einzige Ordinarius, der alle Tiere selbst forschungsbeurteilt. Alle Tiere mit Kunstherz habe ich persönlich operiert.

**WELT:** Sind Ihre Erfolge nicht zu teuer erkauft, mit einem Übermaß an Arbeit, mit persönlichem Verzicht?

**Bücherl:** Das letzte auf keinen Fall. Ich sage, wenn ich Erfolg habe, das kann ich immer am besten eigentlich an meinem Forschungszentrum hier im Klinikum klar machen, wo die Versuchstiere stehen und wo wir das Kunstherz über viele Studien hinweg

bis zu seiner heutigen, schon sehr weitgehenden Reife entwickelt haben. Wenn wir zwei, drei Versuche gemacht hatten und das klappte nicht, dann war die gesamte Mannschaft (so ein Team zählt ja an die 25 Mann) deprimiert. In solchen Momenten ist es notwendig, seine Leute in ihrem Optimismus zu bestärken und durch den Mißerfolg nicht gleich in Panik geraten zu lassen. Erfolg ist wenn wir sagen können, daß wir operativ eine unglaublich gute Statistik haben mit guten Erfolgen. So etwas

## Schmerz einer Mutter: Aber mein Sohn lebt doch noch

**WELT:** Nach all dem, was Sie als Arzt, Forscher und akademischer Lehrer in diesen Jahrzehnten erlebt und gesehen haben - staunen Sie noch, sind Sie noch zu beeindruckt?

**Bücherl:** Ja, Gernem, z.B. als wir bei einer Patientin zum 10ten Male probierten, von der Blutpumpe abgehoben und hofften, daß sie endlich ohne maschinelle Hilfe auskame... das sind doch schon Stunden, wo eine dicke Atmosphäre herrscht, wo alle die Sache gespannt verfolgen. Sie sehen auf die Frau, sie sehen auf die Maßwaage. Das ist eine Atmosphäre - mehr als nur ein Klinikum. Das ist Leben. Alle fühlen sich beteiligt. Man sieht es daran, daß plötzlich Leute kommen, die mit diesem Fall nicht direkt zu tun haben, sich aber zur Klinik gebögen fühlen. Dann die Faszination zu sehen, was sich am Patienten abspielt und wie das Ganze plötzlich auch die Mitarbeiter stimuliert, das ist schon was Besonderes Ausgezeichnetes - auch heute noch.

**WELT:** Wie sehen Sie die Entwicklung des Kunstherzens international?

**Bücherl:** Was die Herztransplantation angeht, Sie haben mich vorhin gefragt, was für mich eindrücklichste Negativerlebnisse sind. Nichts ist für mich beängstigender als ein Patient, der kurzzeitig auf Station liegt, sich nach und nach gesprochenen Sätzen erst wieder erheben muß um wieder zu stehen und der tagelang auf ein Spenderherz wartet. Wenn man auf einen solchen Patienten zukommt, so sieht auf seinem Gesicht die Frage ob nicht jemand bei einem Verkehrsunfall totgefallen worden sei.

macht mich dann nicht gescheiden, es macht mich stärker. Erfolg macht auch stolz - im guten Sinne.

**WELT:** In einem Forscherleben reihen sich Erfolge und Niederlagen. Gibt es etwas, was Sie womöglich mehr beeindruckt hat als die spektakuläre Implantation des Kunstherzens. Vielleicht Ihre erste selbstständige Blinddarm-Operation?

**Bücherl:** Wenn ich zurückblicke, dann schätze ich die Dinge heute ganz anders ein als zu damaliger Zeit. Es ist natürlich, 1957 die erste Operation am offenen Herzen. Die finde ich netter, aufregender als damals. Denn wenn ich bedenke, unter welchen doch viel einfacheren, primitiveren Voraussetzungen ich operieren habe, das war doch ganz schön mutig.

Die Kunstherz-Implantation vom März bleibt mir aus einem ganz anderen Grund in Erinnerung. Ich werde nie vergessen, als man bei dem Patienten nun wirklich alles, bis dahin Mögliche gemacht hatte, um sein Leben zu retten. Ich werde mich sicher mein ganzes Leben daran erinnern, als ich nach Anschluß des Linksherz-Bypasses allein vom CP auf die Wachstation gegangen bin und mir auf dem Weg dorthin überlegt habe, was für eine Entscheidung trifft ich. Das war ein besonderes Gefühl, wo man noch einmal alles Revue passieren läßt. Was hat man an Vorbereiten geleistet, von den Anfängen vom Material, von der Sicherheit, von der Testung. Um dann zu sagen, ja, du bist dir im Innern klar, daß du es verantworten kannst, und daß du es bei deinen Kenntnissen sogar tun kannst.

Bei solchen Entscheidungen ist man immer allein. Selbst Leute, die man nicht wohlgeronnen sind, sagen, daß die Konsequenz in diesem Ablauf eben doch unglücklich und gegeben war.

**WELT:** Fachkreise warteten ja damals geradezu darauf, daß der Bücherl seine Kunstherz-Implantation unternimmt.

**Bücherl:** An sich trafen alle Voraussetzungen gut zusammen. Da habe ich mir gesagt, was die Amerikaner können, das können wir auch. Und für den Patienten war dies die einzige Chance des Überlebens, die letzte Konsequenz. Da haben wir es gemacht.

**WELT:** Hat sich denn an diesem Tag ein Chirurg-Traum erfüllt?

**Bücherl:** Ich komme wieder zurück auf vorher Gesagtes. Meine Vorstellung war immer, daß ich diesen Posten als Ordinarius einer deutschen Universität ausfülle. Mit allen Möglichkeiten, die sich mir in Klinik, Lehre und Forschung bieten. Und ich bin ziemlich stolz, daß ich das eigentlich ganz gut zusammen realisiert habe.

nal? Für die Amerikaner steht wohl das transplantierte Herz im Vordergrund.

**Bücherl:** Was die Herztransplantation angeht, Sie haben mich vorhin gefragt, was für mich eindrücklichste Negativerlebnisse sind. Nichts ist für mich beängstigender als ein Patient, der kurzzeitig auf Station liegt, sich nach und nach gesprochenen Sätzen erst wieder erheben muß um wieder zu stehen und der tagelang auf ein Spenderherz wartet. Wenn man auf einen solchen Patienten zukommt, so sieht auf seinem Gesicht die Frage ob nicht jemand bei einem Verkehrsunfall totgefallen worden sei.

Das geht mir und geht jedem unter die Haut, zu sehen, daß ein Mensch hofft, ein anderer, der jung ist und sonst gesund, möge tödlich verunglücken, damit er das Herz dieses Menschen bekommen kann.

Noch ein Beispiel: Vor einiger Zeit hatten wir einen Idealspenden-Herz. Aber dann die kinder dieser Spender zu sehen, wie ihr so langsam die Tränen herunterkullern, weil ich das Herz ihres Kindes, ihres Sohnes haben will - um einen anderen, einen Fremden zu retten. Und wie es dann aus ihr herauskommt: „Ja, aber mein Sohn lebt doch noch!“ Das Kind war tot, aber sein Herz schlug. Stellen Sie sich vor, sie haben vor sich eine Mutter, wo sie das gesunde Herz ihres verunglückten Sohnes für einen Patienten haben möchten... Das ist schon schwer. Das sind ein bisschen viele, aber auch bittere Augenblicke.

Außer für Empfänger, die unter 50 Jahre alt sind und ansonsten organisch gesund, brauchen wir pro Jahr in der Bundesrepublik rund 2000 Herztransplantate. Bis jetzt sind aber auf der ganzen Welt seit 1967 erst etwa 2300 Herztransplantationen gemacht worden. Dieser Bedarf kann gar nicht nur mit Spenderherzen gedeckt werden. Ich habe viele Jahre ausschließlich Transplantationsforschung betrieben. Aber von der Quantität her betrachtet habe ich mir damals gesagt, daß es wichtiger sei auf dem Gebiet Kunstorgan zu investieren.

**WELT:** Übrigens: Wie hält denn ein Herz-Spezialist sein eigenes Herz fit?

**Bücherl:** Das ist einfach zu beantworten: Ich mache jeden Morgen Gymnastik, ich rauche nicht, ich halte mein Gewicht, ich passe auf, was ich esse. Außerdem kann ich auch gut abschalten. Manchmal setze ich mich mitte mal fünf Minuten hin und entspanne mich.

## Problem der Spender wäre gelöst

Emil Sebastian Bücherl wurde am 6. November 1919 in Furth (i. W.) als Sohn eines Beamten geboren. Er studierte in München, Rom und Heidelberg, wo er 1944 das medizinische Staatsexamen ablegte. Über Stationen in Amberg, München, Göttingen und Stockholm kam Bücherl an die Chirurgische Universitätsklinik in Göttingen, wo er 1955 als Privatdozent seine Hochschullaufbahn begann. 1957 ging er an die Freie Universität Berlin, wo er 1962 außerplanmäßiger Professor und 1968 Ordinarius und Klinikdirektor wurde. 1964 bis 1968 war Bücherl zugleich Ärztlicher Direktor des Städtischen Krankenhauses in Neukölln (Chefarzt der Chirurgischen Abteilung).

Bücherl spezialisierte sich als Chirurg vor allem auf extracorporelle Zirkulation (Herz-Lungen-Maschine), Organtransplantationen, Sepock und künstliches Herz. Er nahm 1957 die erste Operation am



offenen Herzen in Deutschland vor. Mit mehreren Organverpflanzungen (Niere, Lunge, Herz) gilt er als einer der hervorragendsten deutschen Experten auf dem Gebiet der Herz- und Kreislaufchirurgie.

Seit 1962 arbeitet er an der Entwicklung eines künstlichen Herzens und gilt mit seiner Abteilung als einer der Pioniere auf diesem

Gebiet. Bücherls Forschungen, die vom Bundeswissenschaftsministerium und der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützt werden, zielen auf die Miniaturisierung des Kunstherzens unter Mitarbeit von deutschen Firmen wie AEG, Siemens und MBB. Nach seiner Meinung könnte das Kunstherz nach einer Vervollkommnung

Was die Amerikaner können, das können wir auch: Prof. Emil Bücherl im Gespräch mit WELT-Redakteurin Dr. med. Vera Zylka.

der Methode in Serie hergestellt werden, damit wäre das Problem der Organspenden gelöst. Selbst wenn nur fünf Prozent von rund 160 000 Herztransplantaten in der Bundesrepublik jährlich operiert werden könnten, so hätte dies den Einsatz von 8000 Organspendern erfordert. Aber die

gibt es nicht. Im Laborversuch überlebte bereits 1976 ein Versuchstier, das Kalb Barbara, mehrere Monate mit einer künstlichen Blutpumpe.

Besondere Arbeiten finden in seinen Laboren auf dem Gebiet der Biomaterialien statt, wobei es neben der Blutverträglichkeit um die Dauerbelastbarkeit geht.



### Tokio und Peking legen Disput bei

Der japanische Ministerpräsident Nakasone hat bei einem zweitägigen Besuch in Peking über das Wochenende die in letzter Zeit von Unstimmigkeiten belasteten Beziehungen zwischen China und Japan verbessern können. Bei seinen Gesprächen mit den Parteiführern Deng Xiaoping und Hu Yaobang sowie Premier Zhao Ziyang wurden die Spannungen über die Bemerkungen des ehemaligen japanischen Kultusministers Fujio, der die Verbrechen Japans gegen China während des Zweiten Weltkriegs verharlost hatte, heruntergespielt.

Hu Yaobang erklärte, daß einige Personen in Japan die Gefühle des chinesischen Volks nicht verstanden, daß dadurch aber die im allgemeinen guten Beziehungen zwischen beiden Ländern nicht beeinträchtigt werden könnten. Auf neue rechtskonservative Strömungen in Japan anspielend, warnte Hu auch vor einem engstirnigen Nationalismus.

Zu den wichtigsten Themen anläßlich der Visite gehörte der Kurs beider Nationen gegenüber Moskau. Dem japanischen Premier gelang es, die Zustimmung Pekings für seine Verhandlungsposition anläßlich des erwarteten Japan-Besuchs von Parteichef Gorbatschow zu bekommen. Die Japaner hoffen, daß Gorbatschow im Januar zu seiner prinzipiell zugesagten Visite kommen wird.

Nakasone versicherte seinen chinesischen Gesprächspartnern, daß er während des Gorbatschow-Besuchs politische und wirtschaftliche Fragen nicht voneinander trennen werde. Er werde unbeirrt an dem japanischen Territorialanspruch auf die vier Inselgebiete nördlich von Hokkaido festhalten, die von den Sowjets seit 1945 besetzt gehalten werden. Moskau will diese Frage ausklammern und die Frage der Wirtschaftsbeziehungen in den Vordergrund stellen. Der sowjetische Botschafter in Tokio deutete jetzt an, daß sein Land wirtschaftlich enger mit den westeuropäischen Ländern zusammenarbeiten werde, wenn Japan auf seinen Gebietsansprüchen bestände. Parteichef Hu Yaobang versicherte Nakasone, daß es trotz vermehrter Kontakte keine substantiellen Fortschritte in den Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion gegeben habe. (SAD)

## „Die KP lebt nur noch von ihrer revolutionären Rente“

Auszüge aus einem unveröffentlichten Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften über die politische Situation in Jugoslawien

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien  
Ein „Memorandum“ über aktuelle Probleme der gegenwärtigen Gesellschaft, Wirtschaft und Politik Jugoslawiens, das von der Serbischen Akademie der Wissenschaften vorbereitet wurde, hat zu heftigen Reaktionen der regierenden jugoslawischen Kommunisten geführt. Die Partei spricht von „Konterrevolution“, von „Nationalismus“, „Antikommunismus“ und beschuldigt die Akademie – in der die prominentesten Wissenschaftler, bildenden Künstler und Schriftsteller des Landes vertreten sind – im Auftrag einer „bürgerlichen Rechte“ den Sturz des kommunistischen Systems vorzubereiten. Die WELT veröffentlicht nachfolgend Auszüge aus diesem brisanten und in jeder Beziehung sensationellen Papier, das bereits dazu führte, daß die für November anberaumte große Hundertjahrfeier dieser Institution verschoben werden mußte.

**1. Die Krise der Wirtschaft und Gesellschaft**  
Die Wirtschaftskrise dauert bereits fünf Jahre und ein Ausweg ist nicht in Sicht. Mit einer Wachstumsrate von 0,8 Prozent im Zeitraum 1981-1985 steht Jugoslawien in einer Reihe mit den wirtschaftlich am wenigsten erfolgreichen Ländern der Welt. Auch die anderen Indikatoren der Entwicklung bieten keinen Trost. Eine Arbeitslosigkeit von mehr als einer Million verschleißt der jungen Generation die Perspektive, in absehbarer Zeit ihre Existenzfrage lösen zu können. Brutto-Akkumulation und Reallohn sind um ein Drittel gesunken. Der dank der Politik des realen Wechselkurses und durch die Einschränkung aller Formen des Verbrauchs endlich erreichte Zahlungsbilanzüberschuß ist das einzige positive Resultat der Bemühungen zur Überwindung der Krise. Aber die Aufrechterhaltung der außenwirtschaftlichen Liquidität muß im Lichte der hohen Verschuldung, des Verlustes der ökonomischen Selbstständigkeit des Landes in der Führung der Wirtschaftspolitik wie auch im immer ungeordneteren Zustand der Wirtschaft geschehen werden, der es nicht gelingen will, auf den Weg der Effizienz zu gelangen. Aus einem solchen Zustand schießt die Inflation empor, die alle ökonomischen Kriterien und Motive zerstört und gleich-

zeitig die Ohnmacht der Gesellschaft beweist. Je mehr Zeit vergeht, umso deutlicher wird, daß ein Ausweg aus der Krise ohne grundlegende Veränderungen im wirtschaftlichen und politischen System nicht möglich ist.  
**2. Das politische System und seine Träger**  
Während in der heutigen zivilisierten Gesellschaft sich die integrativen Funktionen intensivieren – unter gleichzeitiger Stärkung der Bürger- und Menschenrechte, bei Überwindung autoritärer Formen der Macht und einer Demokratisierung des Entscheidungsprozesses – verstärken sich in unserem (jugoslawischen) System die desintegrierenden Kräfte, wie der lokale, regionale und nationale Egoismus sowie das autoritäre Selbstbewußtsein der Macht, die massenhaft und auf allen Ebenen die allgemein anerkannten Menschenrechte verletzt... Der Zustand der Geister läßt befürchten, daß die politische Krise sich dem kritischen Punkt der vollkommenen Destabilisierung Jugoslawiens nähert. Kosovo ist hierfür das augenfälligste Zeichen.

Das stalinistische und Komintern-Erbe (der KP - Arm.d.Red) wirken noch immer stark fort. Tiefe Spuren haben die Beziehungen hinterlassen, wie sie innerhalb der illegalen (kommunistischen) Bewegung herrschen: Konspiration, innere Hierarchie, Beteiligung einer kleinen Zahl von Personen an der Beschlussfassung, Insistieren auf ideeller Einheit... Wenn man hier noch die Tendenz hinzufügt, die einmal eroberte Macht zu verteidigen – und zwar sowohl durch Repression wie durch die Pflege von Untertanengehorsam, dann wird verständlich, warum die Wege zu wahrer Demokratie so schwer zu finden waren...

Das heutige jugoslawische System hat nicht einen der Vorzüge der zeitgenössischen politischen Systeme. Es ist weder eine liberale Demokratie noch eine Räte Demokratie – und es ist auch kein aufgeklärtes bürokratisches System. Ihm fehlen sowohl die politischen Freiheiten wie auch die unmittelbare Beteiligung der Bürger am politischen Leben und auch das Funktionieren des Systems nach im Voraus festgelegten Regeln und Normen. Das gesamte (jugoslawische) System ist nach dem Prinzip der Aktivität der Spitzen der politischen Hierarchie und der hoffnungslosen



Führender Kopf der 16 Verfasser des Memorandums: Schriftsteller Antonije Izakovic

politischen Passivität des Volkes konstruiert... Ein undemokratisches Wahlsystem bringt die Wähler in die Lage, nicht zu wissen, für wen sie stimmen, und die Abgeordneten (Delegierten) haben niemanden, dem sie für ihre Arbeit Rechenschaft schuldig wären.  
In Wirklichkeit ist das jugoslawische politische System eine Mischung der Überreste des alten politischen Staates und des autoritären Staates, der aus der Geschichte des sogenannten „realen Sozialismus“ im Osten geerbt wurde. Ein solcher gemischter Staat ist unfähig, die notwendigen Veränderungen und Anpassungen seiner Institutionen und Ziele an eine sich ständig wandelnde Gesellschaft vorzunehmen. Die blockierte politische Organisation wird

zu einer Organisation der Bewahrung des status quo, zur Aufrechterhaltung einer unproduktiven, nicht-inventiven professionellen Politik und einer negativen Selektion loyaler und inkompetenter Kader.  
**3. Die kommunistische Partei**  
Die Demokratisierung ist eine wesentliche Bedingung sowohl für den Ausweg aus der tiefen Krise wie auch für die unbedingt notwendige gesellschaftliche Wiedergeburt Jugoslawiens braucht keine Demokratisierung in Worten, die nichts verändert, sondern eine Demokratisierung des Bewußtseins und der gesellschaftlichen Beziehungen... Eine wahre Demokratie läßt sich schwer ohne alternative Entwicklungskonzepte vorstellen... Viele Schwierigkeiten haben ihre Ursache im Fehlen eines gut organisierten und demokratisch kontrollierten Staates mit einer fachlich kompetenten und gesellschaftlich verantwortlichen Verwaltung... Der „Bund der Kommunisten“ (KP) lebt von seiner revolutionären Rente und ist in hohem Maße privatisiert. In ihm besteht eine hierarchische Struktur professioneller Kader, die sich durch persönliche Loyalität gegenüber den Vorgesetzten und durch widerspruchsvollen Gehorsam an der Macht hält. Der demokratische Zentralismus beschränkt sich darauf, daß die Führer entscheiden, die Mitglieder aber diese Beschlüsse widerspruchsvoll durchzuführen. Der „Bund der Kommunisten“ Jugoslawiens“ ist mit dem Staat verschmolzen. Dieses Fehlen von Demokratie innerhalb des Bundes der Kommunisten überträgt sich auf die Gesellschaft im Ganzen. Der Anspruch des Bundes (der Kommunisten), die gesellschaftliche Avantgarde zu sein, stimmt offenbar nicht mit dem ungeordneten Zustand in seinem Innern überein.

**4. Demokratische Reformen**  
Gemeinsam mit der ökonomischen und politischen Krise drückt auch die moralische Krise schwer auf die jugoslawische Gesellschaft. In ihrem Wesen wird die moralische Krise in einer ideologisierten Gesellschaft wie der unseren durch die ideologische Krise verursacht – durch die Niederlagen des ideologischen Programms der Revolution, durch das Abweichen von den proklamierten sozialistischen Zielen und Prinzipien, durch die Nichtübereinstimmung von Worten und Taten der politischen Führung, durch die nicht ausgehaute Rechtsordnung, durch ein schlechtes und abhängiges Gerichtswesen, durch bürokratische Willkür und Privilegien, moralischen Konformismus und das Anspornen des Karrierismus, durch das Fehlen freier und offener Kritik von Erscheinungen, Ideen und Trägern der Macht und der öffentlichen Funktionen – das heißt durch das Fehlen einer demokratischen öffentlichen Meinung als wirksames moralisches Gewissen der Gesellschaft...  
Die offizielle Ideologie, die anstatt eines wirklich sozialistischen Programms leere politische Proklamationen anbietet, hat in hohem Maße ihre mobilisatorischen Möglichkeiten erschöpft. Die Kluft zwischen den sozialistischen Prinzipien und einer verknöcherten Wirklichkeit ist so tief, daß sie zu einer massenhaft auftretenden Apathie, zum Rückzug ins Privatleben und einer immer größer werdenden Erbitterung führt.

Es gibt weder moralische noch rechtliche Grundlagen, daß irgendeine Elite (sei es von Gottes Gnaden, aus ihrer hlutsmäßigen Abstammung, aus Religion, Rasse, Klasse, ideologischer Zugehörigkeit, historischen Verdiensten oder aus irgendeiner anderen Rechtfertigung) sich das Recht aneignet, im Namen des Volkes zu sprechen, zu entscheiden und Gewalt anzuwenden. Das Volk kann die politische Macht nur auf bestimmte Zeit an seine Vertreter übertragen – mit dem Recht, diese zu wählen, zu kontrollieren und abzusetzen, und sie bei Bedarf auch mit Gewalt zu stürzen – sofern diese den „Gesellschaftsvertrag“ verletzen und anstelle der Volksinteressen ihre eigenen Interessen zu verfolgen beginnen.“

### Wo drückt die Schweizer der Schuh?

Zunehmend konservative Tendenzen zeichnen sich in einer Schweizer Umfrage ab, die jedes zweite Jahr vom Forschungsinstitut Isopublic vorgenommen wird. Die Erhebung vermittelt gewöhnlich ein gutes Bild von der Stimmung im Lande.  
Wo drückt die Schweizer der Schuh? Gefragt wurde nach den fünf wichtigsten Problemen. An der Spitze der Sorgenliste steht mit 73 Prozent die Umwelt. Hier spiegelt sich die Debatte über das Waldsterben und die Nachwirkungen von Tschernobyl wider. Fast jeder Schweizer bekennt sich heute zum Umweltschutz.  
An die zweite Stelle ist das Drogenproblem gerückt. Zwei Drittel nennen die Rauschgiftbekämpfung als eine der dringendsten Aufgaben. Tatsächlich gehört die Schweiz zu den Ländern mit den meisten Drogentoten in Europa. Rund 50 Prozent der Befragten zählen die Altersvorsorge und 45 Prozent Jugendfragen zu den Hauptproblemen.

**Furcht vor Überfremdung**  
Stark gestiegen ist die Zahl jener Schweizer, denen die „Überfremdung“ ihres Landes Sorgen bereitet. 1984 waren es nur 28, heute sind es 43 Prozent. Der vermehrte Zustrom von Asylanträgen, vor allem von Wirtschaftsflüchtlingen aus Asien und Afrika, hat die „Ausländerfeindlichkeit“ wieder aufleben lassen. Inzwischen versuchen die Behörden den Zustrom zu begrenzen, doch ein zentrales Thema, besonders in der deutschsprachigen Schweiz.

Wirtschaftsfragen hingegen bereiten heute – bei guter Konjunktur und sehr niedriger Arbeitslosigkeit – weniger Sorgen als noch vor zwei Jahren. So unterstützen nur 14 Prozent die von den sozialistischen Parteien vertretene These, daß die Macht der Banken zu groß sei. Jedoch nimmt der Widerstand gegen neue Fiskalmaßnahmen zu. Nur acht Prozent sind bereit, zusätzliche staatliche Leistungen mit höheren Steuern zu bezahlen. 83 Prozent meinen dagegen, neue Staatsaufgaben müßten in jedem Fall durch Einsparungen in anderen Bereichen ausgeglichen werden.

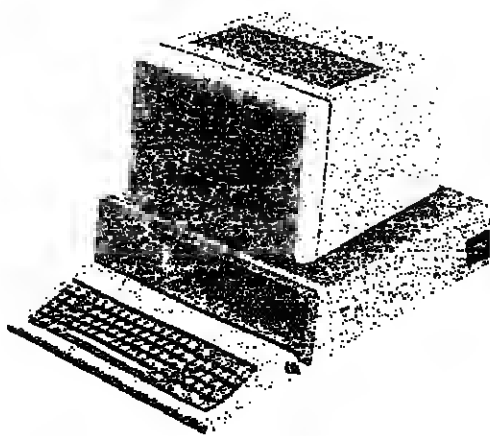
### Starker Verteidigungswille

Bemerkenswert ist auch der „intakte Verteidigungswille“ der Eidgenossen, der in scharfem Gegensatz zu einer kürzlich von links-extremen und pazifistischen Kreisen lancierten Volksabstimmung zur Abschaffung der Armee steht. Nur einer von vier Befragten glaubt gegenwärtig an Kriegsgefahr. Aber 58 Prozent wollen die Schweiz bei kriegerischer Bedrohung „mit den bestmöglichen Waffen“ verteidigen.  
Hungersnöte und Terrorismus gehören für mehr als die Hälfte der Schweizer zu den „Wetsorgen“. Insgesamt jedoch hält nur noch knapp ein Drittel (1984 waren es 40 Prozent) die Lage der Dritten Welt für ein brennendes Problem. Das Interesse des Durchschnittsschweizers richtet sich also heute vor allem auf die Probleme im eigenen Lande.

→ Bürokommunikation von IBM

## Das neue Büro.

Im dritten Teil der Führung durch das neue Büro zeigen wir Ihnen heute, welche zusätzlichen Talente Sie mit den Programmen für die IBM Bürokommunikation bei Ihren IBM Computern, Bildschirmen und Druckern entdecken können. Zum Beispiel, wenn es darum geht, Mitteilungen zu verschicken, Daten aufzubereiten oder Dokumente elektronisch zu archivieren. Lesen Sie selbst, wie gut man so auch die vielen Kleinigkeiten beim Abschluß von Großaufträgen in den Griff bekommt. **IBM**



Fortsetzung →

### „Friedenspastorin“ in Schweden

idea, Stockholm  
Erstmals hat die lutherische Staatskirche Schwedens eine hauptamtliche „Friedenspastorin“ angestellt. Erzbischof Bertil Werkström führte jetzt Pfarrerin Elisabeth Gerle in das neue Amt ein. Gleichzeitig wurde bekannt, daß voraussichtlich 1987 die erste Militärpfarrerin in der schwedischen Armee ihren Dienst aufnimmt.  
Bei der Einführung der Friedenspastorin betonte der Erzbischof die Bedeutung der Friedensarbeit in den Kirchengemeinden. Er regte an, „Friedenskästen“ an Kirchenportalen aufzustellen, in die die Bürger Vorschläge zur Friedenssicherung einwerfen könnten.

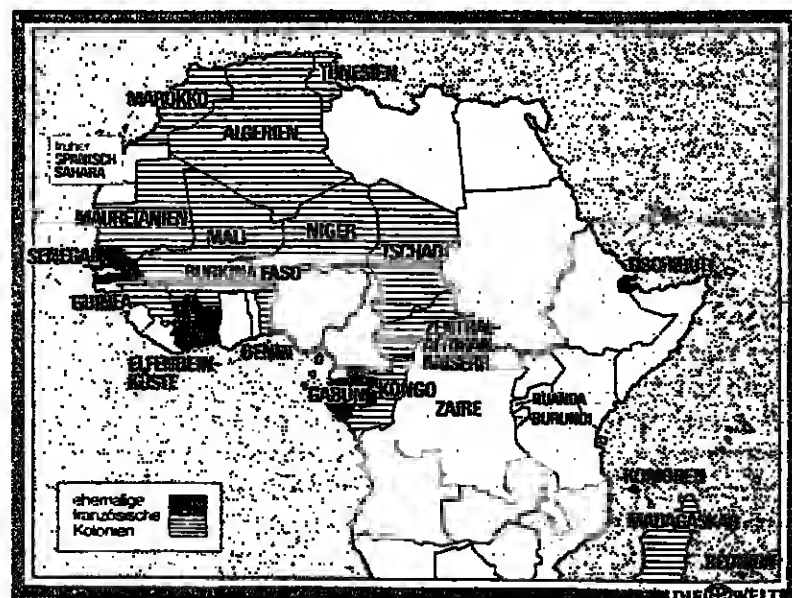
### Militärparade der Sandinisten

AFF, Managua  
Mit der bisher größten Militärparade seit dem Sturz der Somoza-Diktatur hat die in Nicaragua regierende „Sandinistische Nationale Befreiungsfront“ (FSLN) am Wochenende den 25. Jahrestag ihrer Gründung begangen und zugleich ihre Kampfbereitschaft demonstriert. Präsident Daniel Ortega nutzte die Veranstaltung zu einem scharfen Angriff auf die USA, die er vor einer Invasion warnte. Die Feier zeigte zugleich die Isolation, in der sich Nicaragua derzeit befindet. Als einziger ausländischer Staatschef war der Präsident von Burkina Faso, Thomas Sankara, erschienen.

## Geschicht spielt Paris die Afrika-Karte

Handfeste Interessen hinter Engagement in ehemaligen Kolonien / 13. Gipfelkonferenz

KLAUS JONAS, Bonn  
Zwei Ereignisse – der Konflikt im zentralafrikanischen Tschad und der 13. franko-afrikanische Gipfel am kommenden Wochenende in Lomé (Togo) – haben das fortbestehende französische Engagement der Franzosen in Afrika wieder in Erinnerung gerufen. Sie ist ein Anachronismus, aber die Franzosen halten sich daran fest – an der „mission civilisatrice“ in Afrika. Allerdings: Früher mag es zivilisatorischer Eifer gewesen sein, heute sind es handfeste wirtschaftliche und machtpolitische Gründe.  
Das Engagement in den Ex-Kolonien tut der französischen Wirtschaft gut. Die 14 Länder der sogenannten Franc-Zone wickeln zwischen 40 und 60 Prozent ihres Außenhandels über Frankreich ab. Und sie ziehen dabei noch Neider an: Beim 12. franko-afrikanischen Gipfel Ende 1985 konnte Präsident Mitterrand nicht nur die Führer der ehemals 16 französischen Kolonien in Paris begrüßen, sondern auch Emisäre von 19 anderen afrikanischen Staaten – summa summarum waren zwei Drittel der Mitgliedsstaaten der Organisation für afrikanische Einheit präsent.  
Die Mitgliedschaft in der Franc-Zone – die Währung der CFA-Franc ist an den französischen Franc gekoppelt und frei konvertierbar, mindestens 65 Prozent der Devisen des jeweiligen Landes müssen in Paris deponiert werden – hat sich in einer Umgebung stetigen wirtschaftlichen Niedergangs für die Mitglieder als Bonus erwiesen. Zwar ist es schwierig, Vor- und Nachteile genau zu quantifizieren. Doch allein schon das Interesse anderer afrikanischer Länder an der Zonen-Mitgliedschaft zeigt, daß die Vorteile generell als überwiegend angesehen werden.  
Die Pflege der Freundschaft zu Afrika hat Paris sich viel kosten lassen und von Anbeginn der nachkolo-



nialen Zeit militärische Muskeln gezeigt. Bei Toulouse steht eine schlagkräftige Eingreiftruppe von 47 000 Mann zum Einsatz überall und jederzeit bereit. In Afrika selbst sind mehr als 7000 Militärs stationiert, auf Stützpunkten in Senegal, Elfenbeinküste, Gabun, Djibouti und in der Zentralafrikanischen Republik. Die Regimes in den meisten der ehemaligen französischen Kolonien können sich bei Gefahr auf Verteidigungsabkommen mit Paris berufen.  
Ihre Schlagkraft bewiesen die französischen Fallschirmjäger, als Rebellen von Angola aus 1977 und 1978 die für Zaire lebenswichtige Kupferregion Shaba abzuschneiden drohten. Den Paras verdankt Präsident Mobutu de Sésé Séko, daß er heute noch an der Macht ist. Und auch der Regierung des Tschad, die wieder einmal durch die von Libyen unterstützten Rebellen von Gukuni Weddeye bedroht wird, sprangen sie schon ein-

mal zu Seite. 1983, als der Fall der Hauptstadt N'Djamena drohte.  
Würde Frankreich sich aus dem von de Gaulle konzipierten post-kolonialen Engagement in Afrika zurückziehen, würde eine Neueinschätzung der gesamten Region nördlich des Sambesi durch die Supermächte erfolgen müssen. Und daran ist weder dem Westen noch den meisten afrikanischen Ländern gelegen.  
Frankreich ist das einzige westliche Land, auf das wir uns in Krisenzeiten verlassen können“, hat einst Präsident Houphouët-Boigny von der Elfenbeinküste gesagt. Frankreichs Staatschef, gleich welcher Couleur, haben die Afrika-Karte immer geschickt zu spielen gewußt. Sie konnten sich stets auf das Patrognativ berufen, ohne vorherige Unterrichtung oder Einwilligung des Parlaments. Militäreinsätze in Afrika anordnen zu können. Denn immerhin: noch sind 300 000 Franzosen in Afrika tätig.

Handwritten note in Arabic script: 50 من الهم



# Der Papst und die stillen Avancen des Kreml-Chefs

### Warum ein Besuch in der UdSSR unwahrscheinlich ist

**GERNOT FACIUS, Bonn**  
 Wenn Kreml-Chef Michail Gorbatschow im Januar nächsten Jahres nach Rom kommt, wird er auch an die Türen des Vatikans klopfen. Der sowjetische Generalsekretär braucht zur Abmilderung seiner Offensivität des Lächelns die publicityträchtige Begegnung mit dem Papst. Von der Öffentlichkeit ist unbenutzt hat der russisch-orthodoxe Metropolit von Kiew, Filaret, für Gorbatschow den Pfadfinder gespielt. Filaret, als Vertreter des Patriarchen Pimen beim Friedensgespräch in Assisi zugegen, weckte nach einer Privataudienz bei Johannes Paul II. mit der Bemerkung, für eine Papst-Reise 1988 in die UdSSR beständen zwar Hindernisse

Litauen ist gerade unter Gorbatschow einem verschärften Druck ausgesetzt; die 600-Jahr-Feier der Christianisierung Litauens 1987 soll ganz unter Ausschluss ausländischer Besucher verlaufen. Nicht einmal die Delegation der Deutschen Bischofskonferenz, die im Sommer in der UdSSR war, durfte die baltische Republik besuchen. Litauen grenzt an Polen und der „polnische Bazillus“ könnte leicht überspringen. Deshalb wäre eine Einladung an den Papst ein Wunder. Johannes Paul II. muß aber, wie im Vatikan betont wird, eine Litauen-Visite zur Bedingung für eine Reise in die UdSSR machen. So erklären sich die „politischen und technischen Probleme“, von denen Metropolit Filaret sprach.

## Die Analyse

aber „es ist alles möglich“, die Spekulationslust. Der Papst auf dem Roten Platz?

Daß Filaret sich so exponiert, kommt nicht von ungefähr. Er ist der Chef des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, als solcher auch ein kirchliches Sprachrohr des Kreml gegen Westen. Sein Vorgesetzter, Patriarch Pimen, hat erst kürzlich in einem Schreiben an Gorbatschow die Abrüstungspolitik der UdSSR begrüßt und den USA vorgeworfen, in Reykjavik eine „für den Frieden gefährliche Position“ vertreten zu haben. Die Sowjetunion, so lobte Pimen, ermögliche Vereinbarungen, die die Interessen der ganzen Welt in Rechnung stellen. Eine Einladung an den Papst könnte die „Friedenspolitik“ Moskaus in einem noch günstigeren Licht erscheinen lassen. Gorbatschow würde dann als der Kreml-Führer „präsentiert“ werden, der eine „liberale“ Religionspolitik praktiziert. Dabei hat das für Ideologien zuständige Politbüromitglied Jigor Ligatschow erst im Oktober eine „konsequente“ Atheismuskampagne verlangt.

Von Johannes Paul II. ist wohl kaum zu erwarten, daß er sich für so durchsichtige Manöver einprägt. Der Papst aus Polen weiß wie kein zweites, was das „sowjetische Versprechen der „Religionsfreiheit“ wert ist. Die katholische Kirche, in

Von den objektiven Schwierigkeiten, die aus der Sicht des Papstes eine Reise unwahrscheinlich machen, wird weit weniger geredet. Zwischen ihm und der Orthodoxie steht das Problem der mit Rom verbundenen, in der Sowjetunion aber verbotenen katholischen ukrainischen Kirche. Eine „schmerzliche Geschichte“, so der Münchener Erzbischof Kardinal Friedrich Wetter nach seiner UdSSR-Reise. 1988 jährte sich zum 40. Mal der Jahrestag des sogenannten Lemberger Konzils. Auf Veranlassung Stalins hatten in Lemberg von der Geheimpolizei drangsaliertere Gläubiger der ukrainischen katholischen Kirche der „Selbstauflösung“ ihrer Kirche und der „Rückkehr in den Mutterchoß der russisch-orthodoxen Kirche“ zugestimmt. Hunderttausende von Gläubigen wurden damals nach Sibirien und Kasakstan deportiert. Metropolit Josef Slipyi wurde verhaftet, mehr als 1000 Geistliche wurden verurteilt, weil sie sich dieser „Rückkehr“ in den Weg stellten. Heute hat die ukrainische katholische Kirche sich nach Informationen des „Hilfswerks Kirche in Not“ von diesem Schlag erholt. Sie verfüge über mehrere Millionen Anhänger. Die enge Zusammenarbeit zwischen Regierung und russisch-orthodoxer Kirche wurde offensichtlich als Teil der Russifizierungskampagne der erkannt. Diese Kampagne ist historisch keineswegs neu, sondern gleicht bis ins Detail den Maßnahmen des zaristischen Rußland, die Ukraine zu unterwerfen und zu demütigen.

## WELT-Gespräch mit dem Präsident von Bolivien / Putsch-Vergangenheit, Rauschgift, Wirtschaftslage

# „Die USA und Europa sollten und könnten mehr für uns tun“

**WERNER THOMAS, La Paz**  
 Auf dem kleinen Platz herrscht eine idyllische Atmosphäre. Menschen aller Altersstufen füllen die Bänke. Tauben besetzen das Denkmal des Freiheitskämpfers Pedro D. Murillo. Vor dem Präsidentenpalast stehen farbenprächtigt gekleidete Wachsoldaten, daneben die Kathedrale, wo gerade eine Messe zelebriert wird. Orgeklänge dringen durch die offene Tür ins Freie.

Die „Plaza Murillo“ in La Paz (Friede) war nicht immer so friedlich wie in diesen Tagen. Sie kann eine bewegte und blutige Geschichte bezeugen, denn Bolivien ist bekannt für gewalttätigen Kabinett auf dem Murillo-Platz. Der damalige Wirtschaftsminister Victor Paz Estenssoro konnte rechtzeitig nach Buenos Aires fliehen.

Dieser Politiker, mittlerweile 79 Jahre alt, regiert wieder einmal Bolivien. Anfang August 1985 übernahm er zum vierten Mal das Präsidentenamt. Der unterste Mann mit dem dichten grauen Haar schätzt eine einfache, asketische Lebensweise. Er wirkt nicht wie ein Caudillo, eher wie ein Professor.

Jedes Gespräch mit Victor Paz Estenssoro wird von der Frage beherrscht, ob diese unruhige Nation nun endlich zur Ruhe findet. Der Präsident zieht eine zufriedene Zwischenbilanz der ersten 14 Monate seiner Amtszeit. Paz Estenssoro: „Wir haben schon einiges erreicht. Wir haben die Inflation unter Kontrolle gebracht und die Währungssituation stabilisiert. Das Land erholt sich von der traumatischen Vergangenheit. Es gibt keine politische Gewalt. Die Militärs werden nicht putschen.“

Wie beurteilen Sie diese Amtsperiode im Vergleich zu Ihren anderen Präsidentschaften?

Paz Estenssoro: „Dies ist zweifellos die schwierigste. Schauen Sie, was wir übernehmen mußten: eine Inflationsrate von 25 000 Prozent (sie beträgt heute zwischen 30 und 50 Prozent); einen Korruptionsskandal; eine polarisierte und demoralisierte Bevölkerung. Ich hätte nicht gedacht, daß wir in dieser relativ kurzen Zeit die Kurve nehmen.“

Der studierte Wirtschaftswissenschaftler sieht jedoch kein baldiges Ende der Durststrecke. Er erwartet auch im nächsten Jahr kein Wirtschaftswachstum, frühestens „in den nächsten Jahren“.

Ihre Gegner werfen Ihnen vor, Sie seien ein fortschreitender Alter nach rechts gerückt. Manche nennen Sie reaktionär.

Paz Estenssoro: „Ich bin kein Reaktionär. Ich bin ein Realist. Anfang der fünfziger Jahre waren Verstaatlichungen notwendig, um ungerechte soziale Strukturen abzubauen. Heute lassen sich die Probleme nur mit einem liberalen Wirtschaftskurs lösen.“

Paz Estenssoro hat von seinem Amtsvorgänger und ehemaligen Revolutionsführer Hernan Siles Zuaso nicht nur ein wirtschaftliches Trümmerfeld geerbt. Die Krise der bolivianischen Bergbaubranche, hervorgerufen durch den Kollaps der Zinnpreise, und das Rauschgiftproblem sind derzeit die meistdiskutierten Themen.

Paz Estenssoro: „Es bleibt beim Umstrukturierungsprogramm der Bergbaubranche. Wir müssen weg vom Zinn und uns statt dessen auf andere Metalle konzentrieren, Gold und Blei beispielsweise. Wir müssen die arbeitslos gewordenen Bergarbeiter umsiedeln. Der Anfang ist gemacht, viele können in der Landwirtschaft tätig werden.“

Gewerkschaftskreise kritisieren die Umsiedlungen. Überhaupt wird Ihnen von dieser Seite vorgeworfen, Sie seien ein Feind der Arbeiter und wollten deren Organisationen zerstören.

Paz Estenssoro: „Ich will den Gewerkschaften kein Waterloo bereiten.“



**Victor Paz Estenssoro, seit vierzig Jahren mischt der 79jährige in der Politik seines Landes mit. Der frühere Sozialist hat manchen Putsch überlebt. Sein Credo heute: Liberale Marktwirtschaft, Diversifizierung der Industrie, Kampf dem Rauschgift, Warnung vor einer neuen Chance für den Marxismus in Lateinamerika.**

FOTO: CAMERA PRESS

Wir brauchen Gewerkschaften. Aber diese Leute sollen nicht vergessen, daß sie mit ihren pausenlosen Streiks mitverantwortlich waren für das wirtschaftliche Chaos.“

Wir lenken über zum „Kokainkrieg“, der Mitte Juli mit Hilfe von 160 amerikanischen Soldaten eröffnet wurde.

Paz Estenssoro: „Wir mußten handeln. Das Problem wäre uns sonst über den Kopf gewachsen. Die Rauschgifthändler waren bald in der Lage gewesen, das Land zu kontrollieren. Und dann werden immer mehr Bolivianer drogenabhängig. Das Rauschgiftproblem ist ein internationales Problem. Alle müssen an einem Strang ziehen. Ein Land allein kann nichts ausrichten.“

Der Präsident bedauert, daß unter den lateinamerikanischen Staaten keine intensivere Zusammenarbeit existiert. Er will die Kooperation mit der Reagan-Regierung auch nach dem Abzug der US-Soldaten fortsetzen und hofft, daß Bolivien vom Ausland eine Zahlungsbilanzausgleichshilfe für die durch die Rauschgiftbekämpfung entstandenen Devisenverluste erhält. Pro Jahr seien etwa 350 Millionen Dollar notwendig.

Zu den Konfliktherden Lateinamerikas will der bolivianische Staatschef nicht Stellung nehmen. Er teilt jedoch die Meinung des mexikanischen Dichters Octavio Paz, daß auf dem Subkontinent ein Machtkampf zwischen der Demokratie und der marxistischen Revolution droht, nachdem die Ära rechter Militärdiktaturen zu Ende geht.

Paz Estenssoro: „Entscheidend für das Überleben der Demokratie ist die wirtschaftliche Entwicklung. Wenn es weiterhin abwärts geht mit Lateinamerika, haben die Marxisten eine Chance. Die USA und Westeuropa müssen diese Gefahr erkennen. Sie können und sollten mehr für uns tun.“

In Bolivien schätzt Victor Paz Estenssoro die Bedrohung von links gering ein. Die linken Extremisten hätten sich in den letzten Jahren diskreditiert. „Die Leute sehnen sich nach Ruhe. Sie wollen endlich eine Aufwärtsentwicklung sehen.“

Wird das tatsächlich Ihre letzte Präsidentschaft sein?

Paz Estenssoro: „Wenn 1989 meine Amtszeit endet, werde ich mich zurückziehen.“

## Zweifel der Polen an Gerechtigkeit ihrer Justiz

JGG. Köln

Die Polen haben kein Vertrauen zu ihrer Justiz. Das geht aus einer jüngst veröffentlichten Umfrage der Zeitschrift „Odrodzenie“ (Erneuerung) in Warschau hervor, die der nationalen Front Pron nahesteht. Danach sind rund achtzig Prozent der Polen fest davon überzeugt, daß Mitglieder der Regierung, des Parteiapparates, Polizei und auch Sicherheitsbeamte von den Gerichten besser behandelt werden als der polnische „Otto Normalverbraucher“. Die genannten Grup-

Anzeige

# Jahrgang 1916

Schlagzeilen aus einem Jahr, das unser Jahrhundert prägte: Der Weltkrieg tobt im dritten Jahr - Hunderttausende fallen im Kampf um Verdun, an der Somme und in der Schlacht im Skagerrak - Hindenburg wird Stabschef - Deutsche Zeppe über Paris - Der österreichische Kaiser Franz Joseph stirbt - Lenin im Schweizer Exil - Woodrow Wilson bleibt Präsident der USA - Jack London begehrt Selbstmord - Rätsel um Rasputin Asta Nielsen als Diva des Stummfilms gefeiert. Fakten, Bilder und Erinnerungen im Jahrgangsband „Chronik 1916“

pen kommen in der Regel mit „aller-mildesten“ Urteilen davon, wenn sie vor polnischen Gerichten stehen, heißt es. Außerdem hat die polnische neue nationale Front festgestellt: Nur 18,7 Prozent der Polen sind der Auffassung, daß die Staatsanwälte des Landes alle Bürger gleich und korrekt behandeln. So wissen viele Menschen in Polen auch, daß sie von ihrer Justiz gegenwärtig vergeblich eine allgemeine Gerechtigkeit erwarten können.

## Orlow verlangt mehr Druck auf Sowjetunion

DW. Genf

Der am 5. Oktober dieses Jahres in den Westen ausgewiesene sowjetische Dissident Jurij Orlow hat die westlichen Länder aufgefordert, bei ihren Forderungen nach Einhaltung der Menschenrechte gegenüber der Sowjetunion mehr Härte zu zeigen. Vor Journalisten erklärte Orlow am Wochenende in Genf, in der Menschenrechtsfrage würden immer noch zu viele „Höflichkeiten“ zwischen den Großmächten ausgetauscht. Das sei zu wenig. Der Westen, sagte Orlow, müsse jetzt seinen Druck auf den sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow verstärken, um die Freilassung weiterer politischer Gefangener und die Achtung der Menschenrechte zu erreichen.

Der Physiker Orlow, der nach sieben Jahren Haft und drei Jahren Verbannung aus der Sowjetunion ausreisen durfte, hatte in Genf die Physiker des Europäischen Kernforschungszentrums CERN und mehrere Organisationen besucht, die sich für seine Freilassung eingesetzt hatten. Orlow wies daraufhin, die gegenwärtige Regierung in Moskau sei zu Zugeständnissen in der Menschenrechtsfrage bereit, wenn sie nur mit genügend Nachdruck darauf angesprochen würde. Es liege ihr daran, ihr Ansehen im Ausland zu verbessern.

## „Prawda“ spricht von Korrekturen in Tschernobyl

ru. Moskau

Der Block Eins des Atomkraftwerks Tschernobyl ist Mitte Oktober für einige Zeit abgeschaltet worden, nachdem er am 29. September dieses Jahres wieder in Betrieb gegangen war. In der sowjetischen Parteizeitung „Prawda“ hieß es gestern, nach zwei Wochen Testbetrieb seien „Korrekturen“ nötig geworden. Danach sei der Reaktor wieder in Gang gebracht worden.

Block Zwei sei inzwischen ebenfalls in Betrieb, nachdem die Folgen der Reaktor Katastrophe im vierten Block völlig beseitigt seien. Die beiden ersten Reaktoren waren bei der Explosion vom 26. April unbeschädigt geblieben.

Nach einer Meldung der Zeitung „Prawda Ukraini“ war der zweite Block am Mittwoch wieder in Betrieb genommen worden. Die verbleibenden Blöcke Drei und Vier, der Unglücksreaktor, hatten Wand an Wand gestanden. Reaktor Nummer Drei soll zwar ebenfalls wieder Strom produzieren, doch dürfte die Inbetriebnahme noch einige Zeit dauern, da die Versiegelung des zerstörten Nachbarreaktors noch nicht abgeschlossen ist. Dessen strahlende Trümmer sollen unter einer Betonschale mit eingebautem Kühlsystem begraben werden.

## Kreml publiziert Bedingungen für Ausreise

AP. Moskau

Die Sowjetunion hat eine Ankündigung von Außenminister Eduard Schewardnadse auf dem Wiener Folgetreffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wahrgemacht und die Bedingungen veröffentlicht, unter denen Auswanderungswillige die UdSSR verlassen dürfen.

Während Schewardnadse von neuen Bestimmungen sprach, die dazu dienen, das Antragsverfahren zu beschleunigen, internationale Kontakte auszuweiten und Probleme der Familienzusammenführung im Geist der Menschlichkeit zu lösen, konnten Beobachter zunächst keine wesentlichen Neuerungen erblicken.

Wie es in dem Amtsblatt heißt, ist die Auswanderung unter anderem in folgenden Fällen möglich: Übersiedlung zu Familienangehörigen, standesamtliche Heirat im Ausland, Besuch naher oder schwer erkrankter Verwandter, oder bei anderen triftigen Gründen.

Auswanderungswillige müssen nach der Verordnung die Einladung eines nahen Angehörigen aus dem Ausland vorlegen. Dazu zählen die Ehefrau oder der Ehemann, Eltern, Kinder oder Geschwister des Antragstellers. Über den Antrag soll innerhalb eines Monats entschieden werden.

## Surinams „Robin Hood“ im Vormarsch

WERNER THOMAS, Miami

Der Bürgerkrieg im südamerikanischen Surinam weitet sich zusehends aus. Während die Regierung des linksgerichteten Militärdiktators Oberst Desi Bouterse die Rebellen des Ronny Brunswijk als „Brunswijk-Bande“ abtut, glauben diplomatische Beobachter in der Hauptstadt Paramaribo mittlerweile, daß die kleine pro-westliche Partisanenarmee durchaus die Macht erkämpfen kann.

Die Rebellen des erst 25jährigen Brunswijk, ein ehemaliger Soldat und Leibwächter Bouterse, sollen bereits ein Drittel der östlichen Dschungelregion kontrollieren.

### Persönlicher Streit

Die Guerilla-Gruppe ist in den letzten drei Monaten von 40 auf 200 Mann gewachsen. Auch Deserteure der Streitkräfte füllen ihre Reihen. Die Bouterse-Armee, die aus 2000 schlecht bewaffneten Soldaten besteht, konnte den Vormarsch der Partisanen bisher nicht stoppen.

Bouterse, Anfang 1980 durch einen Militärputsch gegen eine demokratische Regierung an die Macht gekommen, behauptet, die „Brunswijk-Ban-

de“ erhalte ausländische Unterstützung. Er nennt das frühere Mutterland Holland und die USA. In Paramaribo kursieren Gerüchte, daß die Rebellen von der Hilfe surinamesischer Exilkreise in Holland profitieren. Sie besitzen jedoch auch die Sympathien eines großen Teils der Bevölkerung. Dabei handelt es sich vorwiegend um Buschneger, ehemalige Sklaven, die etwa zehn Prozent der gesamten Bevölkerung von 400 000 Menschen ausmachen. Brunswijk ist auch Buschneger.

Bouterse Rival, der gern eine blaue Mütze und eine Sonnenbrille trägt sowie Zigaretten raucht, verspricht eine Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen. Seine ursprünglichen Differenzen mit dem Putschisten waren allerdings persönlicher Natur: Als ihn Bouterse nach einer militärischen Ausbildung in Kuba nicht befördern wollte, tauchte er unter. Die Regierung läßt eine andere Version verbreiten: Brunswijk sei wegen Diebstahls aus der Armee entlassen worden.

Zunächst machte Brunswijk durch Banküberfälle von sich reden. Da er einen Teil der Beute an die entlassenen Bevölkerung verteilte, verdiente er

sich ein Robin-Hood-Image. Am 21. Juli dieses Jahres begannen dann die militärischen Aktionen. Der bisher spektakulärste Schlag war ein Angriff auf ein Kasernengelände. Anfang Oktober besetzten die Rebellen die Minenmetropole Moengo - nur 130 Kilometer von Paramaribo.

### Düstere Schatten

Ausländische Beobachter gewinnen den Eindruck, daß viele Leute Bouterse keine Träne nachweinen würden. Der exzentrische Diktator ist noch immer von der Ermordung von 15 prominenten Oppositionellen im Dezember 1982 stigmatisiert. Auch seine Distanzierung von Castro und sein Versprechen, zu demokratischen Zuständen zurückzukehren, konnten ihn nicht von den düsteren Schatten der Vergangenheit befreien.

Der Name Ronny Brunswijk verbreitet jedoch nicht überall das Gefühl einer hoffnungsvolleren Zukunft. Nicht nur sein Alter stimmt manchen Surinamesen skeptisch. Es könnte auch sein, daß der junge Mann seine schönen Vorsätze vergißt, wenn es ihm gelingt, in Paramaribo einzumarschieren.

## Bürokommunikation von IBM:

# Der neue Einkauf.

Die Konstruktionsabteilung hat über den IBM PC noch eine dringende Anforderung geschickt. Am Bildschirm des Computers im Einkauf werden Lieferantenanschrift, Preis und Konditionen direkt elektronisch ergänzt und im gleichen Arbeitsgang auf dem Bestellformular ausgedruckt. Denn für die IBM Bürokommunikation arbeiten alle IBM Systeme mit gemeinsamen Regeln, nach denen sie Informationen nicht nur anzeigen, sondern auch austauschen und drucken können.



Fortsetzung →



Personen

BERUFUNG

Das Fraunhofer Institut für Südcatorforschung in Würzburg hat einen neuen Leiter. Helmut Schmidt wurde Nachfolger von Horst Scholze, der nach 15jähriger Tätigkeit an der Spitze des Instituts aus Altersgründen ausschied. Schmidt begann 1975 seine Tätigkeit im Haus als wissenschaftlicher Mitarbeiter und war seit 1979 Stellvertreter von Scholze. Im Fraunhofer Institut für Südcatorforschung werden nichtmetallische anorganische Werkstoffe erforscht, die etwa in der Bindemittelindustrie oder Mikroelektronik Verwendung finden.

VERANSTALTUNGEN

Die Preisträger des Deutschen Musikwettbewerbs 1986 werden am Mittwoch im Bundeskanzleramt in Bonn ein Konzert geben. Wie Regierungssprecher Friedhelm Ost mitteilte, folgen die Künstler einer Einladung von Bundeskanzler Helmut Kohl und seiner Frau. Es spielen der Pianist Rolf Prauge (Hannover), die Geigerin Ulrike-Anima Mathe (Bonn), der Cellist Gustav Rivinius (Bous-Saar) und der Gitarrist Jürgen Rück (Freiburg) sowie das ARCIS-Bläserquintett (München) Werke von Bach, Beethoven, Rachmaninow und anderen. Der Deutsche Musikwettbewerb ist der ranghöchste nationale Wettbewerb für junge hervorragende deutsche Musiker. Er wird seit 1975 vom Deutschen Musikrat veranstaltet und vom Bundesinnenministerium, den Kultusministern der Länder und der Stadt Bonn finanziert sowie durch Zuwendungen privater Stiftungen unterstützt. Bundeskanzler Kohl hat zu dieser Begegnung sämtliche 16 Preisträger des Musikwettbewerbs 1986 eingeladen. Er will vor der Veranstaltung mit den Künstlern kulturelle Fragen erörtern.

tag in der Bad Godesberger Stadthalle wollen der heutige Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, und sein Haus das Vierteljahrhundert-Ereignis feiern. Eingeladene sind natürlich Walter Scheel und Bundeskanzler Helmut Kohl, der die Festansprache halten wird. Unter den mehr als tausend Gästen sind die Botschafter Afrikas, Lateinamerikas und Asiens. Für die Dritte Welt will Senegals Botschafter Chelkh Léye zur Entwicklungspolitik aus der Sicht der Dritten Welt Stellung nehmen.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. Reiner Horst, bisher Professor für Mathematik an der Universität Oldenburg, ist auf den Lehrstuhl für Operations Research an der Universität Trier berufen worden.

EHRUNGEN

Die Philosophische Fakultät der Universität Köln hat Kardinal Alfons Stickler die Würde eines Ehrendoktors verliehen. Die Universität würdigt damit die Verdienste des Bibliothekars und Archivars der römisch-katholischen Kirche um die Geisteswissenschaften im deutschsprachigen Raum. Der 70jährige österreichische Kardinal hat vor



Alfons Stickler

dem die Kanonistik in ganz einzigartiger Weise als historische Wissenschaft gefördert. Unter seiner Leitung ist die Vatikan-Bibliothek zu einer Institution geworden, die den Aufgaben der geisteswissenschaftlichen Forschung unter allen Aspekten gerecht wird.

Der Große Romanpreis der Académie Française ist in Paris dem

Schriftsteller und Diplomaten Pierre Jean Remy für „Une ville immortelle“ (Eine unsterbliche Stadt) zugesprochen worden. Das Werk erschien im Verlag Albin Michel. Die mit 50 000 Francs (etwa 16 000 Mark) dotierte Auszeichnung eröffnet die



Pierre Jean Remy

französische Herbstsaison der Literaturpreise. Der mit 300 000 Francs (fast 100 000 Mark) ausgestattete „Prix Paul Morand“ ging an Jean Orioux für sein Gesamtwerk. Die begehrteste Auszeichnung, der „Goncourt“, wird am 17. November vergeben.

Heute wird die Hamburger Autorenvereinigung zum sechsten Mal ihren von der Hamburger Spielbank gestifteten Literaturpreis für Kurzprosa verliehen. Erste Preisträgerin ist diesmal die Fotografin und Schriftstellerin Ronnith Neumann, die den mit 12 500 Mark dotierten Preis für ihre Erzählung „Die Tür“ erhält. Die 1948 in Haifa (Israel) geborene Autorin lebt seit 1970 in Hamburg. Den zweiten Preis der Autorenvereinigung (je 3000 Mark) teilen sich WELT-Mitarbeiter Valentin Polencia, der für seine Erzählung „Jagen 7“ ausgezeichnet wird, und Hans Eppendorfer („Nur ein Pörr“, beide aus Hamburg. Den dritten Preis (2500 Mark) erhält Jens S. Putschies (Kiel).

Der Münchner Privatdozent für Chirurgie, Dr. Ekkehard Pratschke, erhielt den mit 10 000 Mark dotierten Ferdinand-Sauerbruch-Preis der Berliner Chirurgischen Gesellschaft.

ERNENNUNG

Professor Dr. Ernst-Günter Afting (44), Forschungsleiter der Beh-

ring-Werke in Marburg, ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied des mit rund 2700 Mitarbeitern größten Industrieunternehmens im Marburger Land ernannt worden.

KIRCHE

Dr. Gerhard Bauer (45) wurde von Bischof Dr. Josef Stimpfle ab 1. Januar 1987 zum Sekretär der Augsburger Diözesansynode ernannt. Zuletzt war der 1977 zum Priester geweihte Augsburger Diözesanseelsorger Dr. Bauer als Rektor im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken in Bonn tätig. Ehe er 1980 nach Bonn berufen wurde, war er im Dienst des Heiligen Stuhls in Brüssel tätig.

DIPLOMATIE

Schweden wird einen neuen Honorarkonsul in Stuttgart erhalten. Die Bundesregierung erteilte Michael Klett das Exequatur. Sein Konsularbezirk umfaßt das Land Baden-Württemberg. Die Vertretung ist dem schwedischen Generalkonsulat in München unterstellt.

GESTORBEN

Die Bosch-Vertretung in Bonn wird ihren großen Empfang am 26. November in der Landesvertretung von Baden-Württemberg nicht absagen, obwohl Direktor Ulrich von Roehl, der Leiter des Bonner Bosch-Büros, in diesen Tagen völlig unerwartet starb. Eingeladen hatte noch von Roehl die Bonner Gäste, um das hundertjährige Bestehen des Hauses Bosch zu feiern. Ulrich von Roehl gehörte der Firma seit 1969 an. Der Berliner, Jahrgang 1925, war zunächst Leiter und dann Direktor des Frankfurter Verkaufshauses von Bosch gewesen. 1984 hatte er die Leitung der Bonner Verbindungsstelle übernommen. In der Bundeshauptstadt wurde Ulrich von Roehl schnell ein sehr beliebter und hochgeschätzter Gesprächspartner der Bundesregierung, der Wirtschaft, der hiesigen Firmenrepräsentanten. Der Berliner mit dem ihm eigenen besonderen Charme und der großen Sachkompetenz war bald auch gesuchter Partner und Berater für das Diplomatische Korps, in dem die Nachricht von seinem plötzlichen Tod große Bestürzung und Trauer auslösten.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/58 41, Telex 8 85 714

„Innerparteiliche Kampfansage“ Newsweek

„Berlin kann ohne Dieppens Besuch im Osten leben“: WELT vom 28. Oktober

Wahrscheinlich glaubte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Dieppens, besonders klug zu sein, als er sehr ausdrücklich erklärte, er werde sich bei der Entscheidung, ob er die Einladungen zur 750-Jahr-Feier nach Ost-Berlin annehme, Zeit lassen. Nun kann er über Ratschläge - erbetene und unerbetene, gute und weniger gute, nichtöffentliche und öffentliche - nicht klagen. Häme Richard von Weizsäcker als damaliger Regierender Bürgermeister seinen Besuch bei Erich Honecker so vorbereiten, wäre wohl nichts daraus geworden.

Über die Sache selbst läßt sich trefflich streiten. Aus meiner Sicht als Oppositionspolitiker ist allerdings die Art und Weise, wie Heinrich Lummer seinem Regierenden Bürgermeister rät, eine Anmerkung wert. Will er ihm heißen, dann hätte er, so darf man annehmen, Gelegenheit gefunden, ihm seine Gründe unter vier Augen vorzutragen. Die öffentliche Kritik in der WELT kann nur als innerparteiliche Kampfansage gemeint sein. Das ist allerdings das einzig Bemerkenswerte an diesem Vorgang. Die Argumente sind so alt wie die alte CDU, mit der Heinrich Lummer verbiene über Jahrzehnte gegen die Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition angerannt ist.

Eberhard Dieppens ist nicht zu beneiden. Vermutlich gibt es keine einheimischen bedeutende Tat in Politik und Geschichte, die nicht gegen eine ganze Reihe von Bedenken durchgesetzt werden mußte. Wie er sich endgültig entscheiden wird, das wird mehr über ihn aussagen als vieles, was er zuvor getan hat. Die Maßstäbe für ihn ist in Berlin durch Ernst Reuter, Willy Brandt und auch Richard von Weizsäcker sehr hoch. So hoch wie nötig zu springen, ist schwer mit

der ganzen alten Berliner CDU und einem großen Teil der veröffentlichten Meinung als Klotz am Bein. Nicht im feinen Überseeclub in Hamburg mit feinen Reden ist Rhodus, sondern hier und jetzt; hier muß gesprungen werden.

In der Sache steht viel auf dem Spiel. Gewinnen wir in West-Berlin die kommunale Ebene mit Ost-Berlin, um die wir so lange gerungen haben? Wird die Tatsache, daß zum ersten Mal, soweit ich mich erinnere, der Oberbürgermeister von Ost-Berlin einläßt, unter diesem Gesichtspunkt richtig bewertet? Was bedeutet der Umstand, daß der Generalsekretär und Staatsratsvorsitzende sich noch einen dritten Hut aufgesetzt hat, nämlich den eines „Vorsitzenden des Komitees zur Vorbereitung des 750. Jubiläums von Berlin“? Kann er nicht als Angebot verstanden werden, sich den passenden auszusuchen? Die unterschiedlichen Rechtspositionen zum Status von Berlin könnten nicht einmal im Viermächteabkommen ausgeräumt werden; und zwar unter denen, die es wirklich angehen, den vier Siegermächten als den Statusmächten. Man müßte ziemlich naiv sein zu meinen, dies könnte den Deutschen so nebenbei aus Anlaß eines Stadtjubiläums gelingen. Das einzige, was jetzt gefragt ist, unbeschadet unterschiedlicher Rechtspositionen, ist pragmatisch im Geiste guter Nachbarschaft zu handeln. Der gegenwärtige Senat von Berlin hat noch einiges zu tun, damit die laufend besseren Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik nicht an Berlin vorbeigehen. Das würde West-Berlin stärker treffen als Ost-Berlin, das, was immer auch der Status im übrigen besagen mag, faktisch Hauptstadt ist und bleiben wird.

Prof. Gerhard Heimann, MdB/SPD Berlin

Ich finde es sehr befremdend, daß jetzt seitens der Bundesregierung versucht wird, die Panne mit der schlimmen verbalen Entgleisung Bundeskanzler Kohls (Goebbels-Gorbatschow) zumindest teilweise den Kollegen von „Newsweek“ in die Schuhe zu schieben und damit gar noch verbale Ausfälle gegen ausländische Journalisten allgemein zu verbinden, wie dies Herr Ost getan hat. „Newsweek“ hat ja schließlich den Text Herrn Ost vorher vorgelegt und sein O. K. erhalten. Selbst wenn der halbe Satz über Goebbels, der ja nur als Erläuterung für nicht so geschichtsbewanderte amerikanische Leser gedacht sein konnte, nachträglich hinzugefügt wurde, hat dies doch in keiner Weise den groben Schnitzer Kohls noch verschlimmert. Alle spitzfindigen Demenstis und Erläuterungen ändern doch nichts an der Tatsache, daß Kohl eben doch Goebbels und Gorbatschow verglichen hat.

Robert H. Lochner, Korrespondent der ABC in Berlin

Der Bundeskanzler sollte den „Newsweek“-Bürochef in die Wüste schicken lassen. Hans-P. Feisker, Köln 41

Propaganda

„Anschließend Schluß“: WELT vom 5. November

Jedem, der die Dinge durchschaut, ist doch klar, daß das Sowjet-System in der - vor allem westlichen - Welt seit Jahrzehnten ein geradezu einmündiges Propaganda- und Infiltrations- und Destinationsystem zielbewußt aufgebaut hat. Der NS-Propagandaminister Dr. Goebbels würde hinsichtlich der weitverbreiteten Wirksamkeit dieses PR-Systems sogar vor Neid erblassen.

W. v. Koerber, Eckernförde

„Alles vergessen“: Gilt hier: „Wenn zwei dasselbe tun, dann ist es nicht das Gleiche“? Ursula Grosshans, Bad Nenndorf

ARD und ZDF

„Kartusche nicht den Rahmen für private Rundfunk ab“: WELT vom 5. November

Welche Konsequenzen ziehen die Intendanten von ARD und ZDF aus dem Urteil? Heißt es dort doch eindeutig: „...maßgebend ist ein Grundstandard, der die wesentlichen Voraussetzungen von Meinungspluralität umfaßt (nämlich auch) ... den Ausschluß einseitiger im hohen Maße ungleichgewichtigen Einflusses einzelner Veranstalter oder Programme auf die öffentliche Meinung, namentlich die Verhinderung des Entstehens vorherrschender Meinungsmacht.“ Sie müßten die Phalanx von einseitigen Redakteuren entlassen. Tun sie das nicht, verstoßen sie auch gegen ihre eigenen Dienstverträge, in denen sie sich verpflichtet haben, wahre, objektive und ausgewogene Berichterstattung zu gewährleisten.

Hubert R. Wochl, Geiselbullach

„R“ für „G“

Wenn eine Rentnerin sich auf Sex-Appeal schmilzt und durch das „R“ auf dem Krankenschein so schandbar entlarvt wird, dann ist das seelisch grausam, zumal darüber hinaus die heutige Devisen „mehr scheinen als sein“ verletzt wird. Den meisten Männern, die sich dieses „R“ redlich verdient haben, ist es meines Erachtens schnuppe; ganz sicher werden sie nicht ihre Wahlentscheidung davon abhängig machen, ob eine Partei die Löschung des „R“ in ihr Programm aufgenommen hat (für statistische Zwecke zur Kostenermittlung ist dieses „R“ nämlich sehr wesentlich).

Arme angesprochene FDP, die Stimmengang mit solchen „wettbewerblichen Fakten“ machen soll. Nächster Programmpunkt wäre dann vielleicht eine Stellungnahme gegen die Medien, die meist nur von „mündigen Bürgern“ sprechen und unsere Bürgerinnen dann wohl als unmündig ansehen und so weiter und so fort. Ein ganzes Buch könnte man mit dererlei Unsinn - pardon - mit solchen Programmpunkten füllen.

„Ein Mensch, erst 20 Jahre alt, betrachtet Greise ziemlich kalt. Und hält sie für verkalkte Deppen, die nutzlos sich durchs Leben schleppen.“ Freuen wir uns, daß nicht ein „G“ (für Greise) auf dem Krankenschein steht, aber das wäre - da bin ich ganz beruhigt - nicht ohne Hering im Bundestag und schwere Wahlkämpfe durchzusetzen.

Dr. Splittgerber, Medingen

Die Redaktion beißt sich, das heißt, Leserbriefe sinnessprechend kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

99 Die Politik erinnert an die Spinne der Fabel. Sie verschlingt alle, die ihre Rätsel nicht lösen können. Antoine de Rivarol, französischer Moralist (1733-1801)

→ Bürokommunikation von IBM

Die neue Rechtsabteilung.

Großaufträge verlangen oft Sonderkonditionen. Aber im neuen Büro muß nicht jedes Vertragsdetail jedesmal neu formuliert werden. Mit den Programmen für die IBM Bürokommunikation werden vergleichbare Verträge aus dem elektronischen Archiv herangezogen und so weit wie möglich in das neue Dokument übernommen. Und weil die Zeit wieder knapp ist, geht alles sofort elektronisch in den Verkauf und nach der Prüfung über Teletex raus. Und der Liefertermin?



Fortsetzung →

سنة من العمل



„Levins Mühle“: Ein historischer Kriminalfall als Lehrstück für unsere Zeit

Bobrowski, ein deutsches Schicksal

Am 2. September 1965 starb in einem Berliner Krankenhaus der 43-jährige Dichter Johannes Bobrowski. Er war gerade 43 Jahre alt und stand mitten in der Blüte seines literarischen Schaffens.

druckte ihn in Zeitungen und Zeitschriften, und 1961, endlich, erschien in Stuttgart und kurz danach in Ost-Berlin der erste Gedichtband des genialen Lyrikers aus Tilsit: „Sarmatische Zeit“.

eines ihrer unverwechselbarsten Werke reicher. In „Levins Mühle“ erzählt ein Enkel auf witzige, ironische und elegische Weise, in partiell lyrischer Verdichtung und mit fast musikalisch strukturierter Rhetorik die Geschichte seines Großvaters Johann, der der reichste Mann eines Dorfes ist, das am Ufer der Weichsel, an einem ihrer kleinen Nebenflüsse, liegt.

Der erste wirkliche Förderer dieses Dichters war der politisch höchst gefährtete Chefredakteur der Zeitschrift der Akademie der Künste, „Sinn und Form“, Peter Huchel. Er druckte 1955 fünf Gedichte des schwermütigen und zugleich lebenslustigen Ostpreußen und hielt ihm, selber einer der ganz großen deutschen Dichter, für die Texte, wie dies auch umgekehrt der Fall war.

West gewählt und im selben Jahr erhielt er den ersten und einzigen Literaturpreis aus der „DDR“: den Heinrich-Mann-Preis der Deutschen Akademie der Künste. Kein Jahr später ist der neben Bert Brecht am meisten stützende Autor der modernen deutschen Literatur nach 1945 tot.

Bobrowski nimmt einen historischen Kriminalfall zum Anlaß, ein überlängtes deutsches Vergangene zu schreiben, die zum Verlust von Heimat geführt hat. Es ist ein Roman, in dem es um moralische Schuld, um tragische Verstrickungen, um Liebe und historische Verhängnisse geht.

Doch in Westdeutschland war man auf die wenigen Gedichte Bobrowskis aufmerksam geworden,

West gewählt und im selben Jahr erhielt er den ersten und einzigen Literaturpreis aus der „DDR“: den Heinrich-Mann-Preis der Deutschen Akademie der Künste.

Bobrowski nimmt einen historischen Kriminalfall zum Anlaß, ein überlängtes deutsches Vergangene zu schreiben, die zum Verlust von Heimat geführt hat.

Fellhauer aussichtsreicher Intendanten-Kandidat

Der bisherige stellvertretende Intendant der „Deutschen Welle“, Heinz Fellhauer, wird wahrscheinlich heute zum Chef des für die deutschsprachigen Hörer im Ausland arbeitenden Senders gewählt.

desregierung, die durch vier von ihr zu benennende Mitglieder im Rundfunk vertreten ist, sieht in der Wahl des CDU-Mitglieds Fellhauer einen „Akt der Gerechtigkeit“, wie der WELT gestern aus der Umgebung des Bundeskanzlers bestätigt wurde.

Schütz vertrauensvoll zusammen und trug bisher Verantwortung für die Finanzen, die Transkriptionsdienste und den Ausbau der „Deutschen Welle“ vor allem in der Dritten Welt und in Ostasien.



Lasless Nachfolger greift auf Anweisung des Trainers den Kameramann an

Oscar-verdächtig: Mike, der neurotische Hund

Der neue Star wurde im Januar geboren - mehr oder minder „über Nacht“, wie sich so etwas für Hollywood gehört. „Oscaraktiver“, jubelte die New York Times nach einer Pressevorführung.

„entdeckt“ und dann mit nach Hollywood genommen. Heute beherrscht der Hund rund 150 verschiedene Tricks - wobei sein „Gesichtsausdruck“ unter anderem davon abhängt, welche Gegenstände Trainer Rowe hinter der Kamera hochhält.

Bei dem Neuling handelt es sich um einen siebenmonatigen kleinen, schwarzweiß gefleckten Collie namens Mike, den drolligsten Hund, der je in einem amerikanischen Film mitgewirkt hat.

„Eigentlich wollten wir zuerst für „Zoff in Beverly Hills“ einen kleineren Hund haben“, verriet der Regisseur des Films, Paul Mazursky, „aber als ich diese Augen sah, war ich sofort hin und hergerissen.“

Treffpunkt Kino - ARD, 21.45 Uhr charly Dreyfuss) Unterschlupf findet - spielt er einen neurotischen Kötter namens Malise, der Menschen auf verblüffende Weise nachhakt und dabei auf die Schippe zu nehmen scheint.

Im Anschluß an den Film durchlebte Mike, der bereits auf eine sechsjährige Karriere als Werbemodell für Toyota, französischen Senf und Doublemint-Kaugummi zurückblickt, mehrere hektische Wochen.

Mike, der mit einem blauen und einem braunen Auge gesegnet ist, verankert seine Filmkarriere dem Tiertrainer Clint Rowe. Er wurde von diesem im Alter von sieben Wochen auf einer Farm in Nordkalifornien

„entdeckt“ und dann mit nach Hollywood genommen. Heute beherrscht der Hund rund 150 verschiedene Tricks - wobei sein „Gesichtsausdruck“ unter anderem davon abhängt, welche Gegenstände Trainer Rowe hinter der Kamera hochhält.

Radio Antilles, ein deutscher Sender in der Karibik

Geehrt von britischer Post

Für Radio Moskau, den größten Auslands-Rundfunkdienst der Welt, und für Fidel Castros Radio Habana ist ein rotes Tuch - für Millionen Menschen in der Karibik aber eine Quelle freier Information: der kommerzielle Sender-Riese „Radio Antilles“ in Plymouth auf Montserrat.

Geburtsstag beging, kamen Glückwünsche aus der ganzen Karibik, darunter von zahlreichen Premiers der Insel-Republiken. Das Ansehen dieses ausschließlich durch Werbung finanzierten Station ist groß. Welt-Nachrichten-Agenturen zitieren ihn oft als Quelle.

Als der im April 1963 von dem Franzosen J. Tremoulet als „Radio Interamerica“ gegründete Sender in den deutschen Besitz seit 1972 seinen 20.

Viel Ehre hat dem Sender vor einigen Tagen die britische Post angetan in der Kronkolonie Montserrat brachte sie eine Briefmarke heraus, die ihn abbildet. Dies wird wohl das erste Mal sein, daß ein deutscher Sender auf einer britischen Briefmarke erscheint.

Fritz Klein (NDR) wird ARD-Sportkoordinator

Mehr Sport am Sonntag?

Auf einen „immer härteren Machtkampf“ mit den privaten Fernsehveranstaltern richtet sich Fritz Klein (49) ein, der im April ARD-Sportkoordinator und damit Nachfolger Hans-Heinrich Isenbarts (63) wird, der sich zur Ruhe setzt.

acht Kollegen in den anderen Anstalten überredet, die neue Aufgabe zu übernehmen - „ohne ihr Vertrauen kann ich nicht bestehen“, Klein denkt an die Möglichkeit, ein großes Wochenend-Sportmagazin anzubieten, ohne deshalb auf die samstäglichen Sportschau in ihrer bisherigen Form zu verzichten.

Der frühere Leichtathlet und Eisschnellläufer Klein leitete seit zehn Jahren die Sport-Abteilung beim NDR. Er wurde, so sagt er, von seinen

Absehung vom Bildschirm will der Hamburger, der zur ARD-Zentrale nach München wechselt, allerdings nicht nehmen. Nur auf seine - nicht immer sprühenden - Fußball-Kommentare wird der Zuschauer verzichten müssen. Vom Golf, seinem besten Fachgebiet, will Klein aber weiterhin berichten, „damit ich nicht ganz aus dem Journalismus herauskomme“.

Table with TV program listings for various channels including ARD, SAT 1, and others. Includes times and program titles like '7.45 Rotlieben Touristik', '16.00 heute', '17.45 Mein Tag im Dunkeln'.

Table with TV program listings for SAT 1. Includes times and program titles like '15.55 Indian River', '16.00 heute', '17.45 Mein Tag im Dunkeln'.

Table with TV program listings for WEST, SÜDWEST, NORD, and HESSEN. Includes times and program titles like '18.00 Telekolleg', '19.00 Abendschau', '20.00 Tagesschau'.

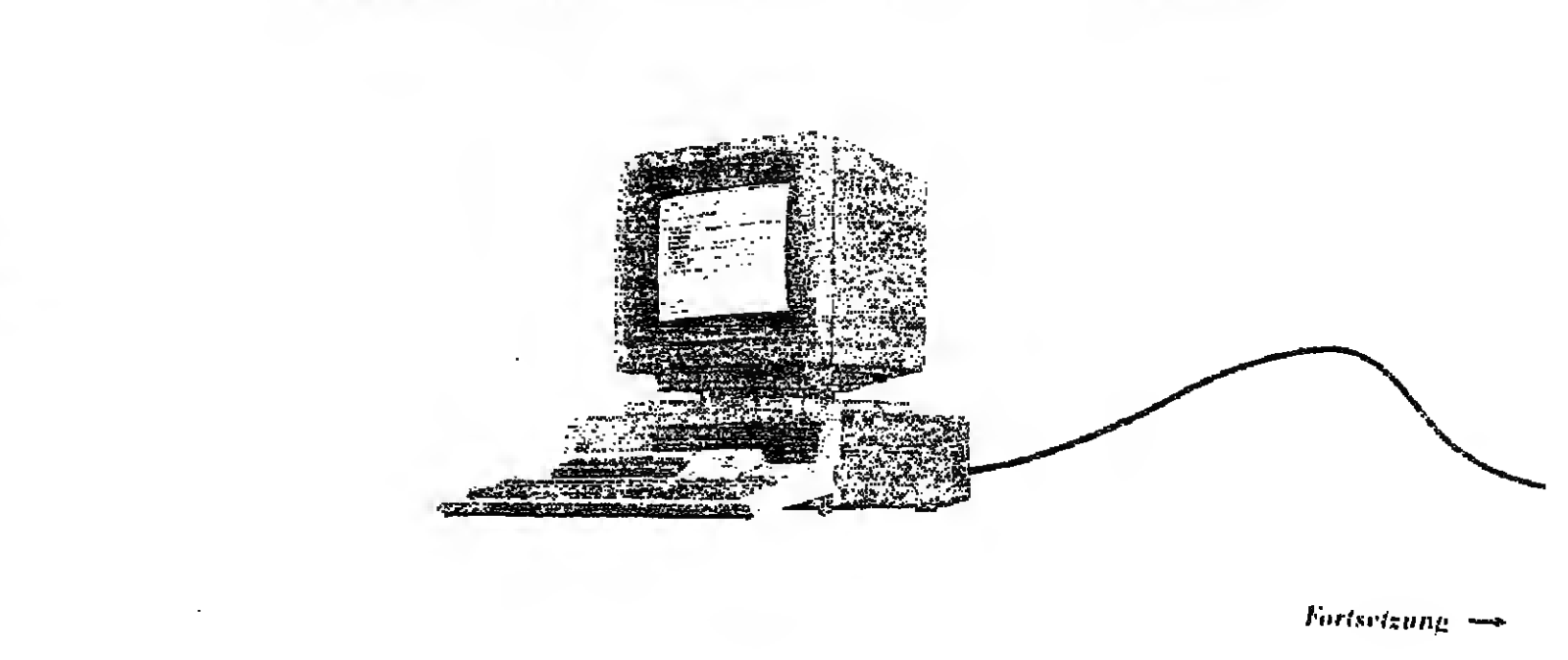
Table with TV program listings for SAT 1, RTL, and others. Includes times and program titles like '19.00 Topfgeckers Abenteuer', '19.30 Europa - Dalmatiner', '20.00 Tagesschau'.

Bürokommunikation von IBM

Hier laufen die elektronischen Fäden zusammen: Kaufmännische und technische Daten liegen vor, Maschinenbelegung o.k., die Verträge klar. Mit einem Wort, der Termin steht. Der Versand wird per Bildschirm informiert, und die Niederlassung in New York erfährt durch die elektronische Post, daß alles läuft.

Die neue Auftragsbearbeitung.

Hier laufen die elektronischen Fäden zusammen: Kaufmännische und technische Daten liegen vor, Maschinenbelegung o.k., die Verträge klar. Mit einem Wort, der Termin steht. Der Versand wird per Bildschirm informiert, und die Niederlassung in New York erfährt durch die elektronische Post, daß alles läuft. Denn die Programme für die IBM Bürokommunikation machen aus einem weltweiten Netz für die Datenfernverarbeitung auch ein weltweites Netz für Bürokommunikation. Aber noch etwas!





# China steigt verstärkt ins Waffengeschäft ein

Regierungschef Zhao: Folge der Öffnung zum Ausland

APLEI, Peking. Die Volksrepublik China wird künftig mehr Waffen ins Ausland exportieren. Mit dieser Ankündigung auf der internationalen Waffenausstellung „Asiadex 86“ in Peking bestätigte Regierungschef Zhao Ziyang damit erstmals offiziell, daß China verstärkt ins Waffengeschäft einsteigt.

Der erhöhte Export von Waffen und Technologie sei eine Folge der Öffnung Chinas zum Ausland, sagte Zhao vor rund 50 Vertretern aus 21 Ländern. Der Ministerpräsident betonte, China wolle gleichzeitig die Militärausgaben stabil halten. Seit dem Amtsantritt 1973 des starken Mannes der Volksrepublik, Deng Xiaoping, ist der Anteil der Militärausgaben am Haushalt stetig zurückgegangen. Gegenüber 12 Prozent im Vorjahr machte der Verteidigungsetat 1986 nur noch 10 Prozent aus.

China betonte, trotz des verstärkten Waffenexports werde sich China nie mehr am Waffrennen beteiligen. Gleichzeitig teilte er mit, die Streitkräfte würden derzeit rund eine Million Soldaten, um die schrittweise stärkste Armee der Welt auf 82 Millionen Mann schrumpfen zu lassen. Zum Ausgleich müsse jedoch die technische Ausrüstung der Armee weiter verbessert werden.

## „Wettkrieg vermeidbar“

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die Nachrichtenagentur „New China“ am Wochenende die Meldung verbreitete, der chinesische Verteidigungsminister General Chang Juying habe erklärt, die Volksrepublik habe ihre Konzeption des unvermeidlichen Wettkrieges modifiziert. Die von den beiden Supermächten ausgehende Kriegesgefahr könne durch eine Stärkung der Wirtschaft und militärischen Schlagkraft der anderen Länder gebannt werden.

Die „Asiadex 86“, an der sich Aussteller aus 12 Ländern einschließlich Hongkong beteiligen, geht morgen zu Ende. Ihr war eine internationale Rüstungsmesse im Januar dieses Jahres vorausgegangen. Damals ging es den Chinesern in erster Linie darum, mit den führenden internationalen Rüstungsproduzenten in direkten Kontakt zu kommen.

Westliche Experten schätzen, daß die Volksrepublik bereits heute unter den ersten zehn waffenportierenden Ländern rangiert. Einige Berechnungen weisen China als größten Waffenlieferanten in der Dritten Welt aus. Zum Teil wurden Waffen kostenlos an Entwicklungsländer geliefert.

Erst im August hatten vor allem amerikanische Presseberichte die Lieferung von Kampfflugzeugen, Panzern, Raketenwerfern und Boden-Luft-Raketen im Werte von 1,6 Milliarden Dollar an Iran stark herausgehoben. Militärexperten in Brüssel wiesen jedoch darauf hin, daß der chinesische MiG-21-Nachbau als veraltet angesehen werden muß und den Kriegsverlauf am Golf kaum beeinflussen könnte.

## Modell einer Raumfähre

Auch in der Raumfahrt ist China sichlich um Fortschritte bemüht. Ende August hatte die „Volkszeitung“ gemeldet, die Volksrepublik habe das erste Modell einer eigenen Raumfähre fertiggestellt und werde eine Auswahl seiner zukünftigen Astronauten. Über den Zeitpunkt des Baues der Raumfähre machte das Parteiblatt allerdings keine Angaben. Im April hatte Peking bekanntgegeben, China wolle vor dem Jahr 2000 eine eigene Raumfähre starten.

China verfügt über zwei Typen von Interkontinentalraketen, die über Reichweiten von 7000 und von 13 000 Kilometern verfügen. Dazu kommen etwa 80 Mittelstreckenbomber, die nukleare Sprengköpfe befördern können. 1982 war den Chinesern erstmals der Abschub einer Mittelstreckenrakete von einem U-Boot aus gelungen.

Die japanische Tageszeitung „Sankei Shimbun“ teilte am Samstag mit, China habe kürzlich großangelegte Boden-Luft-Manöver in der Nähe der Grenze zur Mongolischen Volksrepublik durchgeführt. Die Zeitung, die sich auf Militärs berief, die ungenannt bleiben wollten, berichtete weiter, rund 80 000 Mann und mehr als 100 Flugzeuge und Hubschrauber hätten an den Manövern teilgenommen, die vom chinesischen Militär gegenüber dem sowjetischen Vorschlag über einen Truppenabzug aus der Mongolei zeugten.

# Ein Bruch mit Damaskus kommt für Londons Partner nicht in Frage

Kohl und Chirac schweigen zur Zeitungsaffäre / Assad und die Struktur der Geheimdienste

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn. Bundeskanzler Helmut Kohl und Frankreichs Premierminister Jacques Chirac erwarten, daß die Beratungen der EG-Außenminister heute in London über die syrische Urheberschaft am in letzter Minute verteilten Terroranschlag gegen einen El-Al-Jumbo im April zu „einer vernünftigen Lösung“ und auch zu einer solidarischen Haltung der Europäer mit Großbritannien in dieser Frage führen werden. Anlässlich des Privatbesuchs von Chirac und seiner Frau im Haus des Kanzlers in Oggersheim betonten beide gemeinsam vor Journalisten, es sei notwendig, die europäische Position „sehr sorgfältig“ abzustimmen. Mehr sagten sie über die syrische Affäre nicht.

Schon vorher verlautete aus Paris, daß man die vier Vorschläge Londons akzeptiere und dementsprechend vorerst keine Waffen an Syrien verkaufen, keine hochrangigen syrischen Politiker empfangen, die syrische Botschaft streng überwachen und verstärkte Kontrollen für die syrische Fluggesellschaft einführen wolle. Dem dürften sich die anderen Europäer anschließen. Weitergehende Sanktionen, etwa ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Damaskus, sind in der Tat nicht zu erwarten.

Über die Fragen, die besonders in der französischen und angelsächsischen Presse nach einem Gespräch Chiracs mit dem amerikanischen Journalisten Arnaud de Borchgrave aufgetaucht waren, schweigen sich Kohl und sein Gast aus. In diesem Gespräch soll Chirac, so Borchgrave in der „Washington Times“, mit Berufung auf Informationen und Einschätzungen von Kohl und Bundesaußenminister Genscher den verminderten Anschlag in London als Komplott und Provokation des israelischen Geheimdienstes Mossad und syrischer Oppositioneller dargestellt haben. Das ist im übrigen die offizielle syrische Version des Falles Händawi. Bonn und Paris dementierten. Für beide Politiker sind diese Darstellungen offensichtlich gegenstandslos und somit nicht weiter erwähnenswert.

Die „Washington Times“ hat inzwischen die Veröffentlichung eines

Tonbandes mit den angeblichen Chirac-Passagen angekündigt. Dadurch erhält die syrische Affäre einen internationalen Krisengeruch, den vor allem der syrische Präsident Assad goutieren dürfte. Denn seit dem Abbruch der Beziehungen Londons mit Damaskus am 24. Oktober sind die Medien Syriens und der mit Damaskus verbündeten Sowjetunion angestrengt bemüht, den Verdacht des Terrorismus von Assad abzuschleifen und den Israelis die Affäre anzulasten. Angesichts der offenkundigen



Über alles untermittelt: Assad

Wahrscheinlichkeit dieser These – keine israelische Regierung könnte und würde es wagen, das Leben von fast vierhundert unschuldigen Passagieren aufs Spiel zu setzen – wird in letzter Zeit zunehmend die Version von Machtkämpfen innerhalb der syrischen Geheimdienste gestreut. Assad könne deren Aktivitäten nicht mehr kontrollieren. Das französische Wochenmagazin „Valeurs Actuelles“ hält dies für „Desinformation“ und beruft sich auf französische Geheimdienstquellen.

Die Erklärung ist plausibel. Dafür spricht auch die Struktur der syrischen Nachrichtendienste. Diese gliedern sich in drei große Zweige, den allgemeinen Nachrichtendienst, den militärischen Geheimdienst und den Geheimdienst der Luftwaffe. Die Köpfe dieser Dienste sind bekannt. Es handelt sich um Fuad Abbasi (allgemeiner Dienst), General Ali Daba

militärischer Dienst) und General Mohamed Kuly. In einem totalitären Polizeistaat kommen solchen Diensten nicht nur regimerehaltende Funktionen zu. Sie sind wegen der Informationskonzentration und der mangelnden demokratischen Kontrolle auch ein gefährlicher Herd für Umsturzpläne. Aus diesem Grund unterhält Präsident Assad direkte Verbindung zu allen Diensten. Außerdem hat er die Kompetenzbereiche nicht genau abgegrenzt, so daß die Arbeit der einzelnen Dienste sich vielfach überschneidet. Auf diese Weise kann er die Qualität seiner Geheimdienste miteinander vergleichen und rechtzeitig Gefahrenmomente ausmachen. Das hat ihm auch geholfen, sich so lange an der Macht zu halten.

Assad hat außerdem noch eine weitere Sicherung in das System eingebaut. Es ist die Nationale Sicherheitsbüro unter der Leitung von Achmad Diab. Das Büro ist für die Verbindung des Präsidialamtes mit den Geheimdiensten zuständig, eigentlich über eine Koordinationsstelle für die Überwachung derselben.

Da alle drei Dienste direkt mit Assad in Verbindung stehen und keiner der drei Geheimdienste es sich leisten könnte – schon wegen der Konkurrenz untereinander – am Präsidenten vorbei Operationen von großer Tragweite zu starten, ist es nach Ansicht politischer Beobachter in Beirut und Paris höchst unwahrscheinlich, daß Assad von dem geplanten Anschlag in London nichts wußte, zumal er sich schon über relativ kleine Aktionen in Libanon unterrichten lasse und gern über die diversen Aktivitäten seiner Geheimdienste auf dem laufenden gehalten werden möchte. Er wisse, daß sich Daba und Kuly Chancen auf seine Nachfolge ausrechnen und föroere die Konkurrenz. Das umso mehr, als die interne Opposition mit mehreren Anschlägen in Syrien selbst das Regime wieder bedrohe. Bisher ist noch keinem Dienst gelungen, einen entscheidenden Schlag gegen die Attentäter und ihre Hintermänner zu führen. Nach Angaben der in Beirut erscheinenden Zeitschrift Al Massira soll Assad erst vor drei Wochen einem Attentat entgangen sein.

# NATO ändert Alarmplan für die Nuklearverbände

Extrem hoher Bereitschaftsgrad ist nicht erforderlich

RÜDIGER MONIAC, Bonn. Die NATO hat die Alarmverfahren für ihre in Westeuropa stationierten Nuklearverbände geändert und deren Bereitschaftsgrad wesentlich reduziert. Künftig wird keine der Atomwaffen für Einsatz-Reichweiten zwischen 2500 und 500 Kilometer mehr in der sogenannten „QRA“-Bereitschaft gehalten. Die Abkürzung steht für Quick Reaction Alert und besagt, daß die in dieser Bereitschaft gehaltenen Verbände zur „schnellen Reaktion“ fähig sein müssen. Für Flugzeuge mit Atomöomben hieß das bisher Start innerhalb weniger Minuten. Für die mit ballistischen Raketen und Marschflugkörpern ausgerüsteten Verbände mußte die Feuerbereitschaft nach der Alarmierung innerhalb einer Viertelstunde hergestellt sein.

In unterrichteten Kreisen der Allianz hieß es dazu, diese Art von Alarmbereitschaft spreche weder den heutigen politischen noch militärischen Bedingungen der NATO-Länder Westeuropas im Verhältnis zum Warschauer Pakt. Schon in der Vergangenheit habe die „QRA“-Bereitschaft nicht widerspiegelt, daß der Einsatz von Atomwaffen erst nach politischen Konsultationen innerhalb der Allianz möglich sei. Schon deswegen sei eine Minuten-Bereitschaft nicht realistisch gewesen.

Als zweiter Aspekt für die Veränderung der Alarmbereitschaft wird angeführt, die NATO rechne nicht mit einem Überraschungsschlag des Warschauer Paktes gegen die westlichen, in Europa stationierten, Eskalationsmittel der Allianz in Gestalt der Atomverbände. Ein solches „Szenario“ sei überholt.

## In neun Stunden bereit

Außerdem verfüge die NATO über eine inzwischen zuverlässigere Fähigkeit zu frühzeitigen Erkennung von Angriffsvorbereitungen der anderen Seite. Dies sei die Voraussetzung dafür, die eigenen Atomwaffen dem überraschenden Zugriff des Ostens zu entziehen.

Die jetzt in Kraft gesetzte neue Form der Alarmbereitschaft für die Nuklearverbände ist so angelegt, daß diese Zeit haben, im Falle sich verschärfender politischer Spannungen

den Marsch aus den Kasernen anzutreten und in Auflockerungsräumen unterzuziehen, so daß sie einem Überraschungsangriff weitgehend entzogen sind.

Das gilt für die ballistischen Raketen der Typen Pershing 1 A, die bei der deutschen Luftwaffe bereitgehalten werden, sowie für die Pershing 3 des amerikanischen Heeres und die Marschflugkörper der amerikanischen Luftwaffe in Großbritannien, Belgien, den Niederlanden, der Bundesrepublik Deutschland und Italien. Für die nuklearfähigen Flugzeuge in einigen NATO-Luftwaffen in Westeuropa ist ebenfalls die Alarmbereitschaft so herabgesetzt worden, und zwar so, daß die Waffenträger nun innerhalb von neun Stunden einsatzbereit gemacht werden sollen. Diese Stundenangabe ist allerdings von offizieller Seite nicht bestätigt worden.

## Weniger Belastungen

In einer Pressemitteilung des Bundesverteidigungsministeriums heißt es dazu lediglich: „Die Möglichkeit zu rascher Auflockerung und Verlegung läßt diese Veränderung der Bereitschaftsregelung zu, ohne daß dadurch Reaktions- und Abwehrfähigkeit gemindert werden.“

Als Vorteil für die in den Verbänden Dienst tuenden Soldaten ergibt sich mit der Lockerung der Alarmbereitschaft eine Entlastung in ihrem über sehr strengen Arbeitsrhythmus. Der Dienst in den Flugkörper-Geschwadern ging in der Vergangenheit rund um die Uhr; die Flugzeugführer der „QRA“-Waffenträger waren zur „Sitzbereitschaft“ in unmittelbarer Nähe ihrer Maschinen gezwungen. Wie das Bonner Verteidigungsministerium im übrigen hervorhob, bleiben die bisherigen ausgeübten Stellungen der nuklearen Raketenverbände (die deutsche Luftwaffe hat sie in Gellenkirchen und Landsberg) außerhalb der Kasernen für Ausübung und Übungszwecke erhalten. Sie sollen die Ausbildung des Personals auch weiterhin militärischer Anlagen ermöglichen und so dazu beitragen, daß die Bevölkerung und die Region, in der die Verbände stationiert sind, nicht durch die Benutzung nicht ausgeübter zusätzlicher Einsatz-Stellungen noch mehr Belastungen zu ertragen haben.

# Ägypten droht Teheran

Kairo schließt direkte Teilnahme am Golfkrieg nicht aus

PETER M. RANKE, Kairo. Ägypten würde zunächst mit der Luftwaffe und dann mit Truppen in den Golfkrieg auf arabischer Seite eingreifen, wenn Iran etwa Kuwait oder andere arabische Golfstaaten angreifen sollte. Diese Warnung ist in den letzten Tagen von Kairo nach Teheran überbracht worden und soll die befürchtete Ausweitung des Golfkrieges verhindern, heißt es in militärischen Kreisen.

Frühere Beistandsabkommen der Arabischen Liga und Ägyptens mit Jordanien würden es Kairo ermöglichen, vor allem von Jordanien und von Irak aus zu operieren. Außerdem entspräche es amerikanischen Absichten, wenn die Ägypter sich nach der Neuaufrüstung ihrer Streitkräfte durch amerikanische Waffensysteme stärker am Kampf gegen das Ayatollah-Regime engagierten. In diesem Fall wäre eine Entsendung der amerikanischen Eingreiftruppe in die Golfregion vermeidbar.

Schon heute nimmt Ägypten indirekt am Golfkrieg teil, und zwar durch massive Waffenlieferungen an Irak, die jährlich rund eine Milliarde Dollar erreichen und von den Ölstäaten bezahlt werden. Seit 1980 setzt Irak auch ägyptische Freiwillige ein, die nach Ableistung der Wehrpflicht

in Irak Land, Häuser und die Staatsbürgerschaft erhalten können. Auch Jordanien hilft Irak im Golfkrieg durch die Bereitstellung von Transportmitteln für den Nachschub.

Ein ägyptischer Einsatz am Golf würde die Lage grundsätzlich zu Gunsten der arabischen Seite wenden, da die ägyptischen Militärs moderne Kriegserfahrung besitzen. Dieser Ansicht sind auch die Regierungen in Kuwait und in Saudi Arabien, die eine direkte ägyptische Militärhilfe zur Kriegsende mit einer Finanzhilfe beantworten würden, die Ägypten von drängenden finanziellen Sorgen befreien könnte.

In diesem Zusammenhang verzeichnen politische Beobachter eine auffällige Verbesserung des politischen Klimas zwischen Kairo und Riad. So hat der Kleinstaat Dschibuti mit saudisch-französischer Zustimmung Ende Oktober wieder diplomatische Beziehungen zu Kairo aufgenommen, die nach dem Friedensschluß Ägyptens mit Israel 1979 abgebrochen worden waren. Dschibuti ist Mitglied der Arabischen Liga.

Schon im Juni hatten die Saudis als Freundeschaftsgeste dem Ägypten 300 000 Tonnen Weizen geschenkt. Im Oktober weite eine Delegation saudischer Geschäftsleute in Kairo.

# Polens Bischöfe zensiert

Warschau geht gegen Forderung nach Versammlungsfreiheit vor

AFF, Warschau. Die polnischen Zensurbehörden haben einen Artikel des Sprechers des Episkopats, Alojzy Orszulik, mit einem Veröffentlichungsverbot belegt. In dem Aufsatz bezeichnet Orszulik das Grundrecht der Versammlungsfreiheit als Mindestvoraussetzung für die Wiederaufnahme eines echten Dialogs zwischen Regierung und Gesellschaft in Polen.

Orszulik vertritt die Auffassung, keine Behörde könne den katholischen Laien das Recht auf Vereinigung verweigern. Versammlungsfreiheit sei die unerlässliche Bedingung für die Teilnahme am öffentlichen Leben. Die derzeit bestehenden katholischen Vereinigungen reichten nicht aus.

Die Bildung von Vereinigungen der Arbeiter, Bauern, Jugendlichen und Studenten innerhalb der Diözesen stelle eine Chance für die nationale Verständigung und die Verbesserung der Beziehungen zwischen Regierung und Gesellschaft sowie zwischen Staat und Kirche dar.

Orszulik Stellungnahme ist eine Antwort der katholischen Kirche auf die Vorschläge des polnischen Staats- und Parteichefs Jaruzelski, Gremien wie einen „Konsultativrat“ beim Staatsrat zu schaffen. Darin sollen

katholische Persönlichkeiten aufgenommen werden, die keine Kirchenämter innehaben.

Nach der Amnestie für politische Häftlinge im vergangenen September hatte die Kirche Gespräche mit Vertretern der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ aufgenommen. In einem Gespräch zwischen Bronislaw Dabrowski, Sekretär der polnischen Bischofskonferenz, und Arbeiterführer Lech Walesa ging es offenbar auch um die von Jaruzelski geplante Beratungskommission. Grundsätzlich soll Walesa einer Mitarbeit der „Solidarität“ in diesem Forum positiv gegenüber gestanden haben. Als Voraussetzung sei jedoch genannt worden, daß das Gremium strikt von der Regierung getrennt wird. So wolle „Solidarität“ der Gefahr entgegenwirken, sich vom Staat inhaltlich und organisatorisch einbinden zu lassen. Wie die katholische Nachrichtenagentur seinerzeit berichtete, wurde die Vorbehalte der Gewerkschaft schon damals von den katholischen Bischöfen geäußert.

Jaruzelski hatte nach der Amnestie eine „Öffnung“ angekündigt, aber jegliche Verhandlungen mit der „Solidarität“ und Arbeiterführer Lech Walesa abgelehnt.

# Die neue Form.

Zum Schluss sind Sie noch zu einem kleinen Fest eingeladen. Herr Müller feiert sein 25-jähriges Firmenjubiläum. Schon heute früh fand er auf seinem Schreibtisch einen Blumenstrauß der Geschäftsleitung und auf seinem Bildschirm einen Glückwunsch aus Übersee. Den hatte ihm sein früherer Chef in alter Herzlichkeit, aber in neuer Form, mit elektronischer Post geschickt. Mehr über das neue Büro bitte telefonisch zum Ortstarif bei Hallo IBM 0130-45 67 anfordern.

IBM



Auf Wiedersehen.

سكنا من اجل



## Der Immobilienmarkt blickt gebannt auf die Neue Heimat

Rudolf Hübenal, Präsident des Makler-Rings, zur WELT: Die Bürger sind verunsichert

HANS BAUMANN, Bonn  
„Netürlich bleiben die Probleme einer Institution wie der Neuen Heimat mit der Gefahr eines Konkurses nicht ohne Auswirkungen auf den Markt für Immobilien.“ Nicht nur potentielle Käufer von Häusern oder Wohnungen und Eigentümer solcher Objekte seien verunsichert. Selbst die Profis in der Immobilienbranche fragten sich, ob ein kaum wieder reparierbarer Einbruch des Marktes vermieden werden kann.

Rudolf Hübenal, Präsident des Rings Deutscher Makler (1700 Mitglieder) und Inhaber der Hanseatischen Immobilien-Gesellschaft, Bremerhaven, verweist auf das Dankschreiben von 190 000 Wohnungen, die zum Konzern der Neuen Heimat gehören. In einem Gespräch mit der WELT konzentriert er sich beispielhaft auf den Hamburger Markt. Rund 8000 Wohnungen werden dort in diesem Jahr angeboten werden, bei einem Potential von 40 000 Wohnungen der Neuen Heimat. Kämen davon bei einem Finanzsturz auch nur zehn Prozent kurzfristig auf den Markt, so würde sich das Angebot schlagartig um 50 Prozent erhöhen.

### Undifferenzierte Sparförderung bringt nichts

cd. Frankfurt

Das erklärte Ziel der Bundesregierung, die Eigenkapitalausstattung deutscher Unternehmen durch die Förderung von Produktivkapital in Arbeitnehmerhand zu stärken, wird als absurdum geführt, wenn bei Einführung der zweiten Stufe des Vermögensbildungsgesetzes auch andere Sparformen in die Maximalförderung einbezogen werden, kritisiert Wolfgang Deml, Sprecher der Geschäftsführung der Union Investment-Gesellschaft. Dann bliebe praktisch alles beim alten, nur würde es für Bundesregierung und damit für den Steuerzahler teurer, und das angestrebte Ziel bleibe auf der Strecke.

Bei nahezu gleichrangiger Förderung aller Sparformen fehle den börsenabstinenten Deutschen einfach der Anreiz zu verstärkten Engagements in Aktien. Für vernünftiger hält Deml nach ausländischen Vorbildern die direkte steuerliche Begünstigung des Aktienkaufs. Ferner bezweifelt er, daß es sinnvoll ist, Sparrer, die freiwillig nicht einmal börsengängige Aktien oder Investmentzertifikate kaufen, mit Anteilen an Vermögensbildungsgesellschaften zu beglücken, die das Geld in praktisch unbekannten oder noch nicht börsenfähigen Unternehmen anlegen sollen.

Interessenten „erschwinglicher“ „Theoretisch ganz sicher“, sagt Hübenal. Eine solche Betrachtung übersehe aber, daß die Immobilienbesitzer schwere finanzielle Rückschläge erleiden, daß Finanzierungen notwendig und neue Zwangsversteigerungen unabwendbar würden.

„Wer sagt denn, daß bei vertallenden Immobilienpreisen die neu an den Markt kommenden Objekte, etwa aus Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, Absatz finden?“, fragt Hübenal. Tatsache sei doch, daß der Immobilienmarkt verunsichert sei durch die Probleme der Neuen Heimat, kaum daß er sich nach dem Abwärtstrend der letzten drei Jahre allmählich konsolidiert habe.

Wer sich für eine so lange Zeit an eine Immobilie binde (durchschnittliche Eigentumszeit 28 Jahre) und in der Regel zu erheblichen Teilen fremdfinanziere, brauche sichere Perspektiven für sein Immobilien-Engagement. Und genau diese Sicherheit, Kalkulierbarkeit der Zukunft, sei abhanden gekommen. „Viele Bürger sind nach dem Zinsschock, der tief in die Eigentumsgehirne verankert“, sagt Hübenal. Da aber privates Eigentum die Idee der sozialen Marktwirtschaft stütze, sieht er die Politik in der Verantwortung beim Deobabel der Neuen Heimat. Ein Lawineneffekt müsse verhindert werden.

Sind die involvierten Banken nicht auch daran interessiert? „Natürlich“, antwortet Hübenal. Die Banken versuchten mit allen Mitteln, ihr finanzielles Engagement zu sichern, etwa mit Umschuldung und Streikungssaktionen für die Kredite der betroffenen Kunden. Übersehen werde immer wieder, daß nicht nur die Mittel der Banken auf dem Spiel stehen, sondern auch das Geld der Bankkunden, der Einleger. „Bei übermäßigem Angebot und daraus resultierendem Preisverfall am Immobilienmarkt können auch die Banken Schaden nehmen“, fürchtet Hübenal.

Die Psychologie beginne nun auch im Bereich der Immobilienwirtschaft eine Rolle zu spielen, bei den Profis ebenso wie bei den privaten Kunden. „Die Bürger verstehen die komplizierten Zusammenhänge um die Neue Heimat nicht mehr. Und was sie nicht verstehen, das verunsichert sie“, meint der Präsident des Rings Deutscher Makler. Der unmittelbare Rückschlag auf den Immobilienmarkt dürfe daher niemanden verwundern.

## Rabatt für die Großen

ed. - Im Großhandel sind die Preise niedriger als im Einzelhandel, und wer als Endverbraucher von irgendeiner Ware große Posten abnimmt, kann auf einen Rabatt rechnen, zumindest, wenn er geschickt verhandelt. Nicht anders ist es im Wertpapiergeschäft. So bekommen zum Beispiel Versicherungen, die von neu emittierten Bundesanleihen Millionenbeträge abnehmen, einen Rabatt von fünf bis acht Prozent, Bonifikation genannt.

Der private Sparer, der vielleicht nur einige hundert oder tausend Mark von diesem Papier kauft, mag das als ungerecht empfinden und sich benachteiligt fühlen. Aber man kann es den Banken nicht verdenken, daß sie die Großbetriebe besser bedienen. Schließlich verur-

sacht der Verkauf von Großposten ja auch bedeutend weniger Arbeit und Kosten.

Etwas besser als die „Normalaktionäre“ sind dieser Tage bei der Platzierung der Massen-Staatsanleihen auch jene Interessenten bedient worden, die der Familie des oisherigen Großaktionärs nahesteht. Auch dafür gab es, wie berichtet, einen Grund: Sie haben sich verpflichtet, ihre Aktien eine bestimmte Zeit nicht zu verkaufen. Als Parallele dazu könnte man die Vorgänge an den Börsen betrachten, die von neu emittierten Bundesanleihen Millionenbeträge abnehmen, einen Rabatt von fünf bis acht Prozent, Bonifikation genannt.

So schwindet, bei Lichte besehen, der Verdacht, daß die Kleinen zugunsten der Großen benachteiligt werden. Auf einem anderen Blatt steht freilich, daß Kleinkunden im Wertpapiergeschäft relativ höhere Gebühren besorgen müssen oder gar abgewiesen werden.

## Wieder in Turbulenzen

Von ERWIN SCHNEIDER

Nachdem die internationale Zivilluftfahrt zwei Jahre lang beschlossene Gewinne eingeflogen und ihre Umsatzrendite auf mageren 1,5 Prozent gebracht hat, steht sie wieder vor härteren Zeiten. Per saldo wird die Statistik der IATA, der International Air Transport Association, einen erwarteten Verlust für 1986 von über 600 Millionen Dollar oder 1,239 Milliarden Mark ausweisen. Bei einem Umsatz von rund 44 Milliarden Dollar der nunmehr 144 Mitglieder ist dies eine traurige Bilanz, zumal sich seit 1978 mehr als 5,5 Milliarden Dollar Verluste angehäuft haben.

Natürlich stehen dabei einige Carrier auf der Sonnenseite, die sich in diesen Jahren schon für kommende Kraftakte vorbereiten konnten. Dazu gehören neben großen europäischen Gesellschaften auch einige asiatische Airlines, die (noch) nicht IATA-Mitglieder sind. Aber die meisten anderen Wettbewerber - auch große und renommierte Namen der Branche - müssen um ihre Existenz kämpfen. Dies zeigen nicht zuletzt die Fusionen und Übernahmehänge, aber auch die Verkäufe von Streckenrechten oder Immobilien vor allem in den USA.

Dabei ist dieser neue Einbruch hausgemacht. Denn nachdem sich die Weltkonjunktur in den letzten Jahren wieder erholt hatte, stiegen parallel dazu die Passagierzahlen überdurchschnittlich auf über 154 Millionen an. Und die Prognosen bis zur Jahrtausendwende versprechen ebenfalls weitere schöne Zuwachsraten.

Aber in diesem Jahr werden nur drei Prozent mehr Tickets verkauft als 1985. Einer der Gründe wird sicherlich der internationale Terrorismus sein, der besonders amerikanische Fluggäste beeinflusst hat und das Aufkommen der wichtigsten Route der Welt - über dem Nordatlantik - sogar sinken ließ. IATA-Generaldirektor Günter O. Eser, der seit zwei Jahren der Vereinigung vorsteht, sieht auch negative Einflüsse durch das Kernkraftwerkunglück von Tschernobyl. Dazu kommt der freie Fall des Dollar in den letzten Monaten.

Vorbereitet hatten sich die Fluggesellschaften aber auf ungehindertes Wachstum, und dementsprechend wurden die Kapazitäten hoch erhöht. Allein in diesem Jahr boten die Gesellschaften rund sieben Prozent mehr Sitzplätze an. Da aber die Passagiere nicht so reichlich buchten, um dieses Angebot zu füllen, sank der Ladefaktor um gut zwei Prozentpunkte unter den Wert, der der Branche Gewinn verspricht. Deshalb betzen sie nun wieder, wie schon zu Beginn der achtziger Jah-

re, als der Ladefaktor mit knapp 59 Prozent über dem Break-Even-Point von damals fast 62 Prozent lag, der Kapazitätsauslastung hinterher.

Dem Fluggast kann es nur recht sein. Denn schon lange ist die IATA nicht mehr das Preiskartell, als das sie lange Zeit verfallen war. Spätestens seit Mitte der siebziger Jahre begann das System aufzuweichen, und mit dem freien Marktzuwachs in den USA seit 1978, als Präsident Carter den Deregulations Act erließ, war die Welt der festen Tarife nicht mehr heil. Wobei der Markt aber die schlimmsten Auswüchse nach unten selbst korrigiert hat, wie etwa sich in diesen Jahren schon für kommende Kraftakte vorbereiten konnten.

Dabei brauchen die Gesellschaften auskömmliche Preise, sollen ihnen die Kosten nicht davonfliegen. Und ausreichende Finanzen sind auch nötig, um die anstehenden Investitionen bestreiten zu können. Denn in den nächsten zehn Jahren müssen rund 4000 neue Flugzeuge gekauft werden - mit einer Investitionssumme bis zu 200 Milliarden Dollar. Zwar hat die alternative Leasing in den letzten Jahren bei einigen spektakulären Anschaffungen von sich reden gemacht, aber der Anteil liegt bei zehn Prozent, und auch langfristig wird kein Anstieg über 20 Prozent am Neugeschäft erwartet. Selbst dann aber ist der restliche Finanzierungsbrocken für die Fluggesellschaften noch enorm.

Für die Europäer kommt über die allgemeinen Probleme hinaus noch Druck von der EG-Kommission. Die Fluggesellschaften so wird aus Brüssel gefordert, sollen sich an die freien Wettbewerbsregeln der Gemeinschaft halten. Doch die europäischen Carrier weisen darauf, daß sie nicht die richtigen Ansprechpartner seien. Vielmehr seien die Politiker gefordert; sie allein könnten die Struktur im europäischen Luftverkehr ändern.

Ob die aber eine weitgehende Liberalisierung durchsetzen können und wollen, ist fraglich. Denn einmal setzt sich die Erkenntnis durch, daß die Deregulierung in den USA in ihrer absoluten Freiheit auch nicht dem Idealbild entspricht, zum anderen sind sich die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft keineswegs einig. Pro Liberalisierung sind hier Großbritannien und die Niederlande, kontra vor allem die Italiener und Griechen. Zeit zum Kompromiß bleibt bis 1992, dem Jahr, in dem der EG-Sinnetmarkt geschaffen werden soll. Bis dahin wird der internationale Luftverkehr aber noch durch manche Turbulenzen geflogen sein.



Fast alle deutschen Haushalte sind inzwischen mit Staubsauger, Kühlschrank, Bügelbrett und Waschmaschine ausgestattet. Geräte, die vor wenigen Jahren noch als Luxus galten, wie Geschirrspülmaschine oder Wäschetrockner, befinden sich auf dem Vormarsch. Der Siegeszug der Elektrogeräte läßt sich auch am Stromzähler beobachten. Seit 1970 hat sich der Stromverbrauch je Haushalt annähernd verdoppelt.

### WELTWIRTSCHAFT

Öl: Die Vereinigten Arabischen Emirate wollen ihre Förderung um 100 000 Barrel pro Tag drosseln. Mit der Senkung um 10 Prozent folgen die Emirate entsprechenden Opec-Beschlüssen. Gleichzeitig hat die UdSSR den Preis für Rohöllieferungen um 80 Cts je Barrel angehoben.

EG: Norwegen will nach Informationen des „Spiegel“ als 13. Mitgliedsland der Europäischen Gemeinschaft beitreten. Strittig sei noch, wie schnell der formelle Antrag gestellt werden soll.

Handelsbilanz: Das Defizit der USA wird sich 1987 mit 15 bis 20 Mrd. Dollar nur halb so umfang-

reich verbessern, wie von der Regierung prognostiziert. Zu diesem Ergebnis kommt die National Association of Manufacturers (NAM) in einer Studie.

Philippinen: Die Umschuldungsverhandlungen über 3,6 Mrd. Dollar mit den Gläubigerbanken sind abgebrochen worden. Unstimmigkeiten über Konditionen nach dem Vorbild Mexicos waren wohl der Grund.

Erdgas: Zum wichtigsten Lieferanten der EG ist im ersten Halbjahr 1986 die UdSSR mit 12 907 Mill. Tonnen geworden. Sie verdrängte Norwegen (10 378) auf Platz zwei.

### UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Siemens: Der Elektro- und Elektronikkonzern ist nach Berichten der „Business Week“ angeblich an einer Ehe mit Eastman Kodak interessiert.

Darlehen: Die Reeder-Hilfe des Bundes für Investitionen im deutschen Schiffbau wird 1987 auf 160 Mill. DM verdoppelt. Sie wird als zinsloses Darlehen gewährt und braucht im Falle einer Investition nicht zurückgezahlt werden.

Alfa Romeo: Die italienische Regierung hat die Übernahme des staatlichen Automobilherstellers durch Fiat zugestimmt. (S. 15)

HöW: Das Grundkapital der Kleiner Werft soll bis 1988 um 150 Mill. DM aufgestockt werden.

Satelliten-TV: Die Verlage Heinrich Bauer und Burda beabsichtigen, sich an der Kabel-Media-Programmgesellschaft, die gegenwärtig über Intel-Sat das Programm „Musicbox“ ausstrahlt, maßgeblich zu beteiligen.

Versicherungen: Kritik an der Doppelaufsicht durch Bundesaufsicht und Kartellbehörde äußerte der Verbandsvorsitzende Georg Büchner an der Jahrestagung in Bremen. (S. 15)

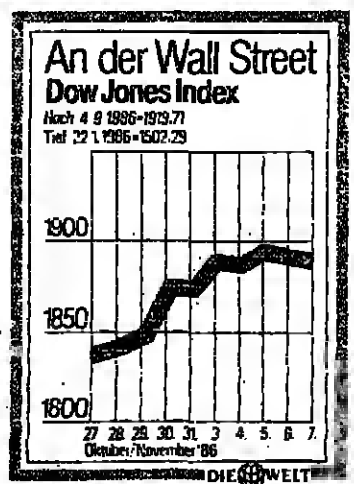
### FÜR DEN ANLEGER

Spanien: Den EG-Bestimmungen im Aktienrecht wird sich das Land in dieser Woche anschließen. Damit steht einer Zulassung ausländischer Aktiengesellschaften an den inländischen Börsen nichts mehr im Wege.

Aktienmärkte: An ausgewählten Börsen wird es 1987 Rekordkurse geben. Dazu zählt die Gesellschaft Union Invest vor allem die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland. Eine Steigerung des Kursniveaus um 25 Prozent und mehr wird bei einem Einstieg der Japaner nicht ausgeschlossen.

Pegulan: Der Verkauf der Beteiligungen an dem Heimtextilhersteller über die Börse wird für wahrscheinlich gehalten. Als größtes Hindernis für eine breite Streuung des Kapitals gilt der nur in

Fristen kündbare Ergebnisabführungsvertrag des Frankenthaler Unternehmens mit der Hamburger B.A.T.-Tochter.



### MÄRKTE & POLITIK

USA: Um den stockenden Absatz zu verbessern, will Puma den Vertrieb selbst übernehmen.

Insolvenzen: Mit 14 252 Konkursen, Vergleichsverfahren und abgelehnten Konkursanträgen wurde das Vorjahresniveau erreicht. Dies teilte das Statistische Bundesamt mit.

Stahlquoten: Die britische Regierung will eine Liberalisierung der Produktionsbeschränkungen für Walzdraht und verzinkte Bleche ab Januar 1987 durchsetzen.

Triumph-Adler: Vor der vollständigen Sanierung des Nürnberger Unternehmens wird es weder personelle noch strukturelle Veränderungen geben. Der Eigentümer, Olivetti-Chef Carlo de Benedetti, bekräftigte dies in Paris.

### WER SAGT'S DENN?

Es ist besser, ein Problem zu erkennen, ohne es zu entscheiden, als es zu entscheiden, ohne es erörtert zu haben

J. Joubert

### AUF EIN WORT



Der gute deutsche Reise-Küchen macht ausländische Veranstalter offenbar sinnlich. Die Ratio bleibt dabei außen vor.

Paul Lepach, Vorstandssprecher der Touristik Union International (TUI), Hannover. FOTO: HANS JÜRGEN FRATZER

### OECD: Mehr Wachstum gegen Arbeitslosigkeit

J. Sch. Paris

Der zahlenmäßige Rückgang der aktiven Bevölkerung in den westlichen Industriestaaten reicht nicht aus, um die Arbeitslosigkeit in absehbarer Zeit auf ein vertretbares Niveau zurückzubringen. Dazu bedarf es vieler mehr als beschleunigten Wirtschaftswachstums. Diese Auffassung vertritt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in einer Arbeitsmarktprognose.

Für die europäischen Mitgliedstaaten fällt sie besonders pessimistisch aus. Um hier die Arbeitslosenquote bis 1990 auf das Niveau von 1979 zu reduzieren, müßten jahresdurchschnittlich netto zwei Prozent mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, gegenüber tatsächlich 0,9 Prozent weniger im Schnitt der letzten fünf Jahre. Dagegen kämen die USA und Japan mit den bisherigen Trends (plus 1,4 und plus ein Prozent) aus.

Realistischer erscheint der OECD, daß Westeuropa erst gegen 1995 seine Arbeitslosenquote von 1979 wieder erreicht. Dann bedürfte es nur eines jährlichen Beschäftigungszuwachses von einem Prozent. Die Bundesrepublik liegt dabei wegen ihres hohen Geburtenrückgangs günstiger als etwa Frankreich, Großbritannien oder Holland.

## Die Wall Street zeigte keine Reaktion

Nicht die Kongreßwahlen, sondern Übernahmegerüchte beschäftigten die Börsianer

G. BRÜGGEMANN, New York  
Das wichtigste politische Ereignis in den Vereinigten Staaten der vergangenen Woche, die Kongreßwahlen, blieb praktisch ohne Einfluß auf das Börsengeschehen des Landes. Dabei hatte es in den Tagen vor der Wahl noch erhebliche Sorgen gegeben, ein Erfolg der oppositionellen Demokraten würde Gefahren für die Wirtschaft und damit auch für den Aktienmarkt mit sich bringen. Als dann dieses Ergebnis tatsächlich eintraf, ging die Wall Street jedoch zur Tagesordnung über und beschäftigte sich mit anderen Dingen. Die Börsianer wollen nicht daran glauben, daß die demokratische Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses die Wirtschaftslage sonderslich beeinflussen wird.

An den ersten drei Tagen der Woche standen bei großen Umsätzen eindeutig Übernahmegerüchte und -gefechte und nicht politische Überlegungen im Mittelpunkt des Börsengeschehens. Der Dow-Jones-Index klet-

terte um knapp 21 Punkte und testete mit 1899,04 Punkten die 1900er-Grenze. Dieser Wert konnte im Verlauf dieser Woche allerdings nicht gehalten werden. Vor allem umfangreiche Gewinnmitnahmen führten zu einem deutlichen Sinken der Kurse.

Aber im Wochenvergleich stieg der Dow-Jones, in dem 30 Spitzenwerte zusammengefaßt sind, immer noch um 8,72 auf 1896,53 Punkte. Auch die breiter angelegten Indices von NYSE und von Standard and Poors legten im Wochenvergleich zu. Sie stiegen um 1,08 auf 141,50 und um 1,79 auf 245,7 Punkte. Negative Einflüsse gingen in der Berichtswoche vom Rentenmarkt aus. Sämtliche Regierungsanleihen stiegen in der zweiten Wochenhälfte deutlich, was am Aktienmarkt ein wenig die Stimmung ver-

derbte. Die in Wirtschaftskreisen umgehende Vermutung, die demokratische Mehrheit im Kongreß sei nun versucht, in der Handelspolitik einen stark protektionistischen Kurs zu

steuern, fand in Wall Street ebenso wenig Resonanz wie die Meldung vom Freitag, daß im Laufe des Oktober reichlich 300 000 neue Arbeitsplätze entstanden seien. Das mag daran liegen, daß die ungewöhnlich hohe Zahl neuer Stellen in der Arbeitslosenstatistik keinen Niederschlag fand. Sie bleibt bei knapp sieben Prozent unverändert, weil der Zuwachs an Arbeitsplätze gerade ausreicht hat, den zusätzlichen Bedarf an neuen Stellen zu decken.

So bleiben die Aktienmärkte in den USA auch weiterhin ohne klare Richtung. Zahllose Szenarien über den künftigen Kurs der Wirtschaft haben sich als unbrauchbar erwiesen. Die Börsianer und die Anleger an Wall Street wandten sich deswegen zum Wochenschluß wieder den Übernahmegerüchten zu, jetzt freilich in kritischerer Stimmung als noch einige Tage zuvor, wohl in der Erkenntnis, daß eine ganze Reihe von Übernahmegerüchten auch nur Gerüchte bleiben werden.

BAUME & MERCIER  
GENEVE  
BAUME & MERCIER GmbH - Postfach 10 02 65/W  
6050 Offenbach/M. 1

avant-garde  
Wellenkarbid und 18 Karat Gold. Extra-fines Quarzwerk mit Datum. Wasserdicht bis 30 Meter. Modelle in drei Größen.

Handgearbeitete Goldbanduhr  
Damen- und Herrenmodell, wasserdicht, extra-fines Quarzwerk.



Auf Konsolidierungskurs

Niederrheinische Genossenschaften spüren Preisdruck

Das Hannoverer Hoflager Mengenergenossen bei der Konsolidierung des Umsatzes...

Die Milchkaufkommen, das 1984 und 1985 rückläufige Tendenz zeigte...

Die dem Verband angeschlossenen 295 Volks- und Raiffeisenbanken...

Während die südlichen EG-Länder, deren Fluggesellschaften wirtschaftlich schwach sind...

Streit um freieren Luftverkehr

EG-Verkehrsmiister verhandeln über Deregulierung

WILHELM HADLER, Brüssel. Einen neuen Vorstoß zur Liberalisierung des europäischen Luftverkehrs...

Das europäische Verbraucherbüro hat deshalb ein „kategorisches Nein“ zu den Vorschlägen...

Während die südlichen EG-Länder, deren Fluggesellschaften wirtschaftlich schwach sind...

verfochten wird. Beide hatten im Juni gemeinsam einen Vorschlag ausgearbeitet...

Nach dem neuesten Verhandlungsstand könnte eine Kapazitätsregelung konsensfähig sein...

Bei den Flugpreisen geht es um die Einführung von „Flexibilitätszonen“ für „Discount“- und „Deep Discount“-Tarife...

Das Verbraucherbüro kritisiert deshalb auch, daß die Pläne für eine Liberalisierung immer mehr verwässert worden seien...

UNO: Dritte Welt profitiert wenig auf Agrarmärkten

dpa/VWD, Rom

Obwohl die Entwicklungsländer bis 1990 zur Haupttriebfeder des weltweiten Nachfragewachstums bei Agrarprodukten werden dürften...

Die Experten rechnen mit einem deutlich geringeren Wachstum der Weltnachfrage nach den meisten Agrarprodukten im Vergleich zu den 70er Jahren...

Die Entwicklungsländer würden den größten Teil des zusätzlichen Verbrauchsbedarfs stellen. Bei Weizen entstanden beispielsweise fast vier Fünftel des zusätzlichen Verbrauchs...

Luxusbranche muß sich nach der Decke strecken

JOACHIMSCHAUFUSS, Paris

Für die französische Luxusindustrie schlägt die Stunde der Wahrheit. Die goldenen Zeiten, in denen sich jeder beliebige Artikel...

Gewiß, die Haute Couture hat schon vor dem Ausbleiben der arabischen Ölprinzessinnen rote Zahlen geschrieben. Die horrend teuren Modelle waren immer vor allem als Werbeausgaben für ihre Luxuskonfektion...

Auch beim Champagner, dem zweitwertigsten Exportartikel der Luxusindustrie, lassen die Geschäftsergebnisse zu wünschen übrig...

Stärke Einbrüche mußte schließlich die französische Luxuskonfektion in Kauf nehmen. In finanzielle Schwierigkeiten geraten ist bisher zwar noch kein bekanntes Unternehmen dieser Branche...

Das Übernahmeangebot des Luxuskonfektioniers Louis Vuitton an die Champagnerfirma Veuve Clicquot nebst Parfümtochter Givenchy...

Deka advertisement with logo and text: Deutsche Aktien: weiterhin eine gute Anlage...

Internationale Finanzen

Flüchtling: Am 15. Dezember will die Bank Credit Corp. alle ausstehenden 10,75prozentigen Forderungen...

Anleihe: Mit einem Kupon von 10,25 legt die C. Robinson & Co. eine Anleihe über 30 Mill. Kan. Dollar...

Setco Corp.: Eine 2,5prozentige Optionsanleihe über 100 Mill. Doll. liegt das Unternehmen über ein Konsortium...

Optionsanleihe: Mit einem Kupon von 10,25 Prozent legt die Toys Aluminium K.K. eine Optionsanleihe...

Optionsanleihe mit Fälligkeit 3. Dezember 1991 über 35 Mill. Dollar auf. Jeden Bond über nominal 5000 Dollar...

Bosch: Mit Fälligkeit 30. Januar 1985 legt das Unternehmen eine 90-Mill.-Anleihe auf. Sie ist mit einem Kupon von 4,625 Prozent ausgestattet...

Euroanleihe: 8,25 Prozent beträgt der Kupon der 100 Mill. Dollar Anleihe der Briley Investments Overseas...

Nesfit: 300 000 Optionscheine für den Kauf von Namensaktien der Nesfit AG bietet die Schweizerische Kreditanstalt (SKA) an...

Wochenschlußkurse

Table with columns for New York, Toronto, and Tokio, listing various stocks and their closing prices.

Keine Einigung mit Banken

Philippinen bitten Japan um Hilfe aus Schuldenklemme

dpa/VWD/AF, New York. Die Verhandlungen zwischen den Philippinen und den Banken über die Umschuldung von Krediten über 3,8 Mrd. Dollar...

Wie aus Bankkreisen verlautet, halten die Philippiner die Mexiko zur erkannten günstigen Konditionen für die Rückzahlung der Kredite gefordert...

Die Citibank list an den öffentlichen und privaten Schulden des fernöstlichen Landes mit 1,8 Mrd. Dollar beteiligt. Insbesondere ging es der philippinischen Regierung um günstigere Zinssätze...

dpa/VWD/AF, New York

Die Philippinen wollen im Rahmen eines Umschuldungspakets auch über die Restrukturierung der schon im Mai 1985 umgeschuldeten Auslandskredite über 5,8 Mrd. Dollar reden...

Die Citibank list an den öffentlichen und privaten Schulden des fernöstlichen Landes mit 1,8 Mrd. Dollar beteiligt. Insbesondere ging es der philippinischen Regierung um günstigere Zinssätze...

Die Citibank list an den öffentlichen und privaten Schulden des fernöstlichen Landes mit 1,8 Mrd. Dollar beteiligt. Insbesondere ging es der philippinischen Regierung um günstigere Zinssätze...

dpa/VWD/AF, New York

Die Philippinen wollen im Rahmen eines Umschuldungspakets auch über die Restrukturierung der schon im Mai 1985 umgeschuldeten Auslandskredite über 5,8 Mrd. Dollar reden...

Die Citibank list an den öffentlichen und privaten Schulden des fernöstlichen Landes mit 1,8 Mrd. Dollar beteiligt. Insbesondere ging es der philippinischen Regierung um günstigere Zinssätze...

Die Citibank list an den öffentlichen und privaten Schulden des fernöstlichen Landes mit 1,8 Mrd. Dollar beteiligt. Insbesondere ging es der philippinischen Regierung um günstigere Zinssätze...

Handelsvertreter für Investitionsgüter gesucht advertisement for Graeff-Convec GmbH.

Wahrsagerin Virchow advertisement.

SEE SEMINARE IM NORDSEEBAD ST. PETER advertisement.

Kommunikation - hoch zehn advertisement for IDFA.

O.W. Fischer erinnert sich advertisement featuring a portrait of a man and text about his memoirs.

Welches Auto paßt zu Ihnen? advertisement for Auto-BILD magazine.

Kommunikation - hoch zehn advertisement for IDFA with coupon and contact information.

Handwritten signature or note at the bottom right of the page.



Handwritten note: 10.11.86

### Kritik an der Doppelaufsicht

#### Assekuranz verteidigt Prämienanpassungsklauseln

**HARALD POSNY, Bremen**  
Die deutsche Versicherungs- und Kartellaufsicht mußte sich auf der Mitgliederversammlung des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) herbeikritik gefallen lassen. In Gegenwart des Präsidenten des Bundesaufsichtsamts für das Versicherungswesen (BAV), August Angerer, und des Leiters der 8. Geschäftsabteilung des Bundeskartellamtes (KA), Prof. Siegfried Klau, nahm sich GDV-Präsident Georg Büchner „das uns gar nicht geheuer ist am Zustandekommen der Allgemeinen Versicherungsbedingungen“ vor.

Dieser forsche und sportliche Eifer beschäftigte die Juristen des Verbands, der nicht einmütig, daß die Kontrolle durch das BAV durch eine weitere Instanz ergänzt werden soll, die - einschließlich der gerichtlichen Einspruchsmöglichkeiten - aus einer Doppelaufsicht ein Vierfach-Hindernis werden ließe. Die Frage nach der Einschätzung liberaler Handhabung der BAV- und KA-Kontrolle beantwortete Büchner kurz und offenherzig: „Nein, liberal sind sie beide nicht.“

Gegenseitige Anhörung und Meinungsaustausch von BAV und KA hat die bisherige Übung des Sammelgenehmigungsverfahrens bei Einreichen von Tarifen und Bedingungen neuer Versicherungsprodukte durch mehrere Gesellschaften gekippt. Es sei zwar, so das Kartellamt selbst, „kartellrechtlich unbedenklich“, werde aber trotzdem nicht gern von ihm gesehen, obwohl es dem BAV und den antragstellenden Unternehmen lediglich Mehrarbeit erspare. Der Verdacht sei nicht auszurotten, dieses

Verfahren solle „Erfinder“ neuer Versicherungsprodukte entmutigen und sie an „vorstoßendem Wettbewerb“ hindern.

Die von beiden Behörden wenig geliebten, gleichwohl vom Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) erlaubten Prämienanpassungsklauseln erinnernd die Assekuranz an ein „Spiel mit vertauschten Rollen“, Büchner: „Das BAV argumentiert eher wie ein Wettbewerbschützer, das Bundeskartellamt wie ein Verbraucherschützer.“ Das BAV stößt sich vor allem an dem sogenannten Bemessungsfaktor, der von einem Treuhänder anhand von Branchendaten ermittelt wird. Es hält eine Regelung für wettbewerbsfreundlicher, bei der der Versicherer die Bestandsprämie an das Niveau der Neugeschäftsprämie anpassen kann, sobald er diese erhöht. Dabei soll dann dem Kunden ein uneingeschränktes Kündigungsrecht offenstehen statt bei dem jetzt geltenden Erhöhungssatz von zehn oder 15 Prozent.

Damit entfernt sich das Amt jedoch vom klaren Spruch des BVerwG in Sachen Rechtsschutzversicherung. Nach der mit dem BVerwG-Urteil weitgehend übereinstimmenden jüngsten Rechtsprechung des BGH über die gesetzlichen Bestimmungen zu Preisangpassungsklauseln im Gesetz über die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) im Verlagsbereich wird auf den erkennbaren und konkreten Umfang der Preiserhöhung sowie auf die Meßbarkeit ihres Umfangs durch den Kunden abgesehen. Andernfalls stehe ihm die Vertragskündigung zumindest ab einem bestimmten Erhöhungssatz frei.

### Rekordkurse an ausgewählten Börsen

#### Union Investment beurteilt den Rentenmarkt auf längere Sicht skeptisch

**CLAUS DERTINGER, Frankfurt**  
Ausgewählten Börsen besocht das nächste Jahr noch einmal Rekordkurse, glaubt Klaus Kirstein, für Research und Fondsmanagement zuständiger Geschäftsführer der Union Investment, der hauptsächlich von den Genossenschaftsbanken getragenen Investmentgesellschaft. Die besten Chancen räumt er dem Aktienmarkt der Schweiz mit ihrer soliden „Briefmarkenwährung“ ein.

Auch die deutsche Börse gehöre zu den Märkten, an denen die Hausse noch nicht beendet ist. Eine Steigerung des Kursniveaus um 25 Prozent und mehr hält Kirstein für nicht illusorisch, zumal dann nicht, wenn Japaner deutsche Aktien entdecken. Die Union favorisiert - auch in ihrem Unifonds - Konsum- und Bauwerte, die sie zu Lasten von Stahl-, Maschinen- und Anlagenbauwerten aufgestockt hat.

In der Phase des Übergangs zum

letzten Drittel des langfristigen Aufschwungs müsse man allerdings Ausschläge bis zu 20 Prozent auch nach unten einkalkulieren. Die derzeitige Konsolidierungspause könne noch einige Zeit anhalten.

Der Wall Street traut Kirstein noch einen Sprung des Dow-Jones-Index von jetzt rund 1900 auf 2500 Punkte mit besonderen Chancen für zyklische Aktien und Wachstumswerte zu, die schon eine Korrektur hinter sich haben. Auf seiner Favoritenliste steht auch der holländische Aktienmarkt. Die Zeit der Spielereisen wie Italien und Tokio hält der Fondsmanager für passe. Für Gold sei mittelfristig ein Preis von 500 Dollar im Bereich des Möglichen.

Bei den Zinsen kann es nach Einschätzung der Union in der Bundesrepublik und in den USA in den nächsten Monaten noch einen Rückgang geben, wenn auch nicht auf den diesjährigen Tiefstand. In der zwei-

ten Hälfte des nächsten Jahres befürchten die Union-Experten den Beginn eines stärkeren und länger anhaltenden Wiederanstiegs.

Das Ende September abgelaufene Geschäftsjahr war für Sparrkunden der Union von unterschiedlichen Erfolgen gekrönt, die sich freilich nicht auf die Vertriebsergebnisse auswirkten. Im Performance-Spitzenreiter Unifonds wurden zwar 140 Mill. DM angelegt, aber gleichzeitig verkauften Anleger für 390 Mill. DM Anteile. Die Deutschen sind sind eoen kein Volk von Aktionären, klagt Wolfgang Deml, Sprecher der Union-Geschäftsführung.

Sie mögen es lieber festverzinslich - auch wenn Kursverluste an den Zinserträgen zehren. Gut eingeschlagen hat der neue risikoärmere Kurzläufer-Rentenfonds Unikapital. Ihre im letzten Geschäftsjahr verdoppelte Vertriebsmannschaft will die Union weiter verstärken.

Union-Fonds	Wertveränderung in Prozent 1985/1986	Anteilwert in DM 30.9.86	Ausschüttung DM je Anteil 30.9.86 4	Mittelaufkommen in MLD/DM 1985/1986	Vermögen in MLD/DM 30.9.86
Unifonds	+ 23,0	31,89	1,29	- 250	1926,4
Unirenta	+ 4,0	40,08	3,00	888,5	3876,9
Unizins	+ 8,5	113,32	6,50	62,1	252,7
Unikapital	- 0,4	82,92	1,85 3	396,0 4	396,2
Uniglobal	+ 7,1	98,41	2,04	- 2,6	132,5

1 vom 30.9.85 bis 30.9.86 bei Wiederanlage der letzten Ausschüttung  
2 incl. Steuerzulagen  
3 Ertrag wird thesauriert  
4 seit 21.4.1986

### Private Sanierung akzeptiert

#### Italienische Regierung stimmt Alfa-Romeo-Verkauf zu

**WVD, Rom**  
Die italienische Regierung hat der Privatisierung des staatlichen Automobilherstellers Alfa-Romeo zugestimmt. Damit hat Rom die Entscheidung des Istituto per la Ricostruzione Industriale (Iri) und dessen Tochtergesellschaft Finmeccanica zum Verkauf des Pkw-Herstellers an Fiat bestätigt. Die Entscheidung wurde von dem interministeriellen Ausschuss für Industriepolitik getroffen. Allerdings machte der Ausschuss keine Aussage darüber, ob die Fiat-Offerte günstiger ausgefallen sei als das Konkurrenzangebot des US-Automobilkonzerns Ford, das von Finmeccanica zurückgewiesen worden war.

Aus Mailand war am Freitag Abend zu hören, daß Fiat mit den Zahlungen für Alfa-Romeo nach dem Jahr 1992 beginnen werde. Fiat hatte sich bisher geweigert, über das Volumen der Offerte für Alfa-Romeo nähere Angaben zu machen. In italienischen Industriekreisen wird mit einem Kaufpreis von etwa 1,05 Billionen Lire (rund 1,5 Mrd. DM) gerechnet.

Ein Fiat-Sprecher sagte in diesem Zusammenhang, daß Fiat den Kauf-

preis in einem Zeitraum von fünf Jahren in fünf gleichen Raten begleichen werde. Mit der Ablösung der Verbindlichkeiten von Alfa-Romeo wolle man sobald wie möglich nach Abschluß der Übernahme, die für den 1. Januar 1987 erwartet wird, beginnen.

Mit der Übernahme von Alfa-Romeo wird Fiat Verbindlichkeiten von 700 Mrd. Lire (rd. 1,05 Mrd. DM) übernehmen.

**Anzeige**  
Jetzt gibt's die BERUFS-WELT: Berufliche Chancen, die Sie anderswo kaum finden. Das macht den großen Stellenanteil der WELT jeden Samstag besonders interessant für Sie: 30 Prozent dieser Berufs-Chancen für Fach- und Führungskräfte finden Sie gleichzeitig in keiner anderen vergleichbaren Tageszeitung.

**DIE WELT**  
1986

### Rentenmarkt noch behauptet

#### Der Zinsanstieg in den USA läßt nichts Gutes ahnen

Am Rentenmarkt herrscht nach wie vor Funkstille. Im Handel ist man schon froh, daß die Zinsen in der letzten Woche nicht weiter gestiegen sind. Der in der zweiten Wochenhälfte und besonders am Freitag wieder aufwärtsgerichtete Zinstrend in den USA ließ allerdings nichts Gutes ahnen. Erleichtert zeigen sich die Börsianer über Anzeichen für die Verschiebung einer großen Bundesanlei-

he über wohl wieder vier Milliarden Mark; denn es wäre schwer geworden, Käufer im Ausland zu finden. Jetzt stehen Anleihen Bayerns und Hessens vor der Tür, die, wenn die Renditen nicht auf die Wünsche inländischer Anleger zugeschnitten werden, ebenfalls kaum zu platzieren sein dürften. Einziger Trost am Markt: Die Volumina bleiben unter denen einer Bundesanleihe. (td.)

Emissionen	7.11.86	31.10.85	30.11.84	28.12.83	30.12.82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,64	5,85	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,05	6,02	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,72	5,68	5,99	6,56	7,63
Schuldverschreibungen der Industrie	6,09	6,04	6,21	6,94	8,25
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,75	5,76	6,04	6,65	7,80
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,37	5,36	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,42	6,42	6,73	7,14	7,30
Inländische Emissionen insgesamt	5,75	5,75	6,03	6,64	7,63
DM-Auslandsanleihen	5,49	6,51	6,82	7,20	8,05

### PERSONALIEN

**Wilhelm F. Winterstein** (56), Vorsitzender der Geschäftsführung der Vergoelst GmbH, Tochtergesellschaft der Continental-Gummi-Werke AG, Hannover, wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1987 zum Leiter Konzern Logistik Reifen berufen.

**Dr. Rolf Strömberg** wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes der Deutsche BP AG, Hamburg, ernannt.

**Rainer Kolligs** übernimmt heute das Amt des Vorstandspräsidenten der Ruhrkohle-Betriebsführungsgesellschaft Bergbau AG, Lippe, Herne.

Sein Vorgänger **Berbert Kleinherne** wird Geschäftsführer der Ruhrkohle Bergbau und Umwelt GmbH.

**Artur Wohlfart**, Vorstandsmitglied der Allgemeinen Rentenanstalt Lebens- und Rentenversicherungs-AG, Stuttgart, vollendet am 11. November sein 60. Lebensjahr.

**Helmut Kern**, Chef der Hamburger Hafen- und Lagerhaus-AG (HHLA), wurde zum neuen Vorstandsvorsitzenden des Zentralverbandes der Deutschen Seehafenbetriebe gewählt. Er ist Nachfolger von Werner Schröder.

### Gespräche über Zinnrat beginnen

**VWD, Genf**  
Heute beginnen dreitägige Verhandlungen von Vertretern der Zinnproduzenten und -verbraucher, um zu entscheiden, ob der internationale Zinnrat durch eine Zinnstudiengruppe ersetzt werden soll. Das teilte Graham Shanley von der UN-Welthandelskonferenz (Unctad) in Genf mit. Wie der Sprecher erklärte, sei zu erwarten, daß die Vereinigung der zinnproduzierenden Länder (ATPC) einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten werde. Der Zusammenbruch des internationalen Zinnabkommens Ende Oktober 1985 schließt die Möglichkeit eines neuen Abkommens mit gleich starken wirtschaftspolitischen Vollmachten aus.

### Bisher größtes Wasserkraftwerk

**dpa/VWD, Caracas**  
In Venezuela wurde am Wochenende 600 Kilometer südöstlich der Hauptstadt Caracas das gegenwärtig größte Wasserkraftwerk der Welt eingeweiht, das künftig 75 Prozent des Energiebedarfs der 17 Mill. Venezolaner decken soll. Die 20 Turbinen des Wasserkraftwerks Raul Leonil erzeugen zehn Mill. Kilowatt Strom in der Stunde. Sie übertreffen damit das noch nicht voll ausgebaute Wasserkraftwerk Itaipu, das gegenwärtig rund fünf Mill. Kilowatt pro Stunde liefert. Das neue Kraftwerk hat rund 5,3 Mrd. Dollar gekostet und damit wesentlich zum Ansteigen der Auslandsverschuldung Venezuelas auf jetzt 35 Mrd. Dollar beigetragen.

### Berliner Börse über Bildschirm

**th, Berlin**  
Die variablen Kurse der Berliner Wertpapierbörse können jetzt ohne zeitliche Verzögerung während der Börsenzeit über Bildschirmtext abgerufen werden. Das ist bereits bei den Börsen in Düsseldorf und München möglich. Stuttgart soll bald folgen. Mit Hilfe eines besonderen Programms ist, wie die Berliner Börse mitteilt, ein schneller Vergleich der aktuellen Notierungen an verschiedenen deutschen Plätzen möglich. Auch für professionelle Anleger hat Berlin die Information verbessert. Das Informationsnetz der Agentur Reuter kann jetzt mit der aktuellen Kursentwicklung im variablen Berliner Handel bedient werden.

## Dazwischen gibt es 2778 weitere Modelle und Varianten.



Kleinere und größere Transporter, mittlere und schwere Lkw, Bau- und Schwertransport-Fahrzeuge: Der eine oder andere Nutzfahrzeughersteller mag hier und da auch seine Stärke haben. Die Stärke von Mercedes-Benz hingegen präsentiert sich in einer abgerundeten Modellpalette. Mit dem

größten Programm werden wir auch dem individuellsten Wunsch gerecht: 212 Grundtypen, 2778 Modellvarianten und 2700 Sonderausstattungen sind mit dem Stern zu haben. Zwischen 2,5 und 38 t Gesamtgewicht. Und bis zu 276 kW/375 PS. Diese Palette enthält natürlich auch das größte Angebot

für die Führerscheinklasse 3. Steigen Sie ein! In Betreuung so gut wie in Technik. Das heißt für Mercedes-Benz auch: 1. Überall bedarfsgerechte Ersatzteillager. 2. Strengste Qualitätskontrollen. 3. Rund 3500 Servicestellen in Europa. 4. Einsatzspezifische Wartungssysteme.



**In Betreuung so gut wie in Technik. Mercedes-Benz.**  
Ihr guter Stern auf allen Straßen.



FUSSBALL / München beinahe gestrauchelt - Düsseldorfs großer Sieg über den HSV

Table with 2 columns: Team, Points. Includes Dortmund, Schalke, Bayern, etc.

Table with 2 columns: Team, Points. Includes Dortmund, Schalke, Bayern, etc.

Table with 2 columns: Team, Points. Includes Dortmund, Schalke, Bayern, etc.

Table with 2 columns: Team, Points. Includes Dortmund, Schalke, Bayern, etc.

Table with 2 columns: Team, Points. Includes Dortmund, Schalke, Bayern, etc.

Table with 2 columns: Team, Points. Includes Dortmund, Schalke, Bayern, etc.

Table with 2 columns: Team, Points. Includes Dortmund, Schalke, Bayern, etc.

Table with 2 columns: Team, Points. Includes Dortmund, Schalke, Bayern, etc.

Table with 2 columns: Team, Points. Includes Dortmund, Schalke, Bayern, etc.

Table with 2 columns: Team, Points. Includes Dortmund, Schalke, Bayern, etc.

Table with 2 columns: Team, Points. Includes Dortmund, Schalke, Bayern, etc.

Table with 2 columns: Team, Points. Includes Dortmund, Schalke, Bayern, etc.

Table with 2 columns: Team, Points. Includes Dortmund, Schalke, Bayern, etc.

Das Spitzenquartett, das die Fußball-Bundesliga im Gleichschritt anführte, wurde überraschend gesprengt. Bayer Leverkusen ist jetzt allein vorne, mit einem Punkt Vorsprung vor Bayern München...

Obwohl es praktisch gleich vier Spitzenreiter gab, kamen nur 165 449 Zuschauer in die Stadien. Das ist der schlechteste Besuch in dieser Saison. Regnerisches Wetter und der verkaufte Samstag...

Herbert Hoos vom 1. FC Kaiserslautern ist der neunte Spieler, der in dieser Saison des Feldes verwiesen wurde. Am nächsten Samstag gesperrt sind Rudi Wojtowicz (Düsseldorf), Michael Kutzop (Bremen) und Jörn Andersen (Nürnberg)...



Völler greift Buchwald an. Der Stuttgarter sagt: „Ich bin kein Treter.“

Rudi Völler (26) zählt eher zu den Besonnenen Spielern im Lande. Selbst nach den übelsten Fouls hat er nicht auf seine Gegenspieler geschimpft...

Waise - damit erweist ihr uns die größte Unterstützung. Die Fans reagierten zunächst auf ihre Weise: Sie brachten nur ein paar Plakate...



Der Moment, der Bayern München mit Mannheims Hilfe einen Punkt schenkte: Torwart Zimmermann kann den von Sebert (liegend im Hintergrund) abgefälschten Ball nicht mehr festhalten.

Hektik, Fäuste in der Luft - und im Krankenhaus weint Klaus Schlappner

ULFERT SCHRÖDER, Mannheim Keine Zeitung paßte mehr zwischen die beiden Brustkörbe. Der Bayer Nachtwacht hatte sich vor dem Liniennachbau aufgegeben...

Dieter Hoeneß kommt nach einer knappen Stunde, macht gleich das 1:2. Aber dann sind die Bayern erledigt, scheinbar erledigt. Scholl und Fritz Walter greifen an...

Rummelzüge legt sich den Ball mit dem rechten Unterarm vor. Dann nistet ihn zwei Waidhöfer um. Der Schiedsrichter pfeift das Fouls, nicht das Handspiel...

Hochspannung entläßt sich in immer neuen Explosionen. Uli Hoeneß und Udo Lattek zittern und zern auf der Münchner Spielerbank...

Der Film lief logisch ab: 1:0 für Waidhof. Ein atemberaubender 22-Meter-Schuß von Gaudino. Ein Konter mit drei Mann (zwei im Abseits) und Fritz Walter macht das 2:0...

Plötzlich und hektisch und hysterisch abgefallen. Von allen. Sie reden, sie lachen wieder wie jeder anders. In der Arena reagieren sie anders...

Table titled 'Leverkusen alleine vorn' showing league standings for various teams.

Table titled 'Leverkusen alleine vorn' showing league standings for various teams.

Table titled 'Leverkusen alleine vorn' showing league standings for various teams.

In der Not entstand die Gemeinschaft

BERND WEBER, Düsseldorf In Düsseldorf sind die Verhältnisse seit längerem geklärt: Zum Eisbockey, zur DEG, gehen die Fans über die Fortuna wird, wenn überhaupt, nur abfällig gesprochen...

Düsseldorfs engagierter Präsident Peter Förster zu nennen. Ein Mann, der vom Fach kommt. Der selbst jahrelang bei den Amateuren gespielt hat und der heute noch regelmäßig in der Altherren-Mannschaft mitspielt...

Die jungen Profis haben Narrenfreiheit! Darauf herrschte erst einmal absolute Funkstille zwischen den beiden Streitparteien. So lange, bis Förster und der stets um Ausgleich bemühte Fälscher die Aussprache arrangierten...

Der Ärger mit seinem Kollegen kommt Guido Buchwald recht ungelogen. Das Feuer unter dem Dach im eigenen Haus beim VfB Stuttgart brennt nach dem 4:0 über die Bremer zwar nicht mehr so leuchtend...

Dennoch ist es seltsam, was sich in Stuttgart abspielt. Spieler wie Predrag Pasic (26), Michael Spies (21) oder Michael Nushör (24), die sich alle schon mehrmals öffentlich gegen den Trainer ausgesprochen haben...

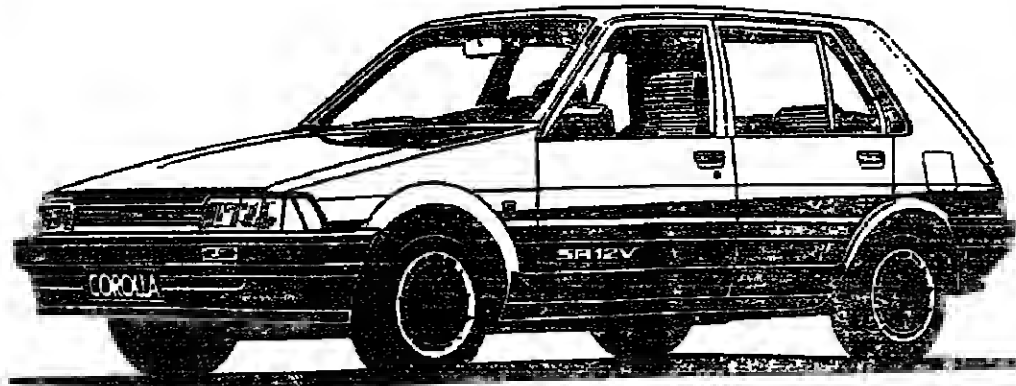
Advertisement for 'erdgas' featuring a stylized logo and text.

Handwritten signature or note at the bottom of the page.

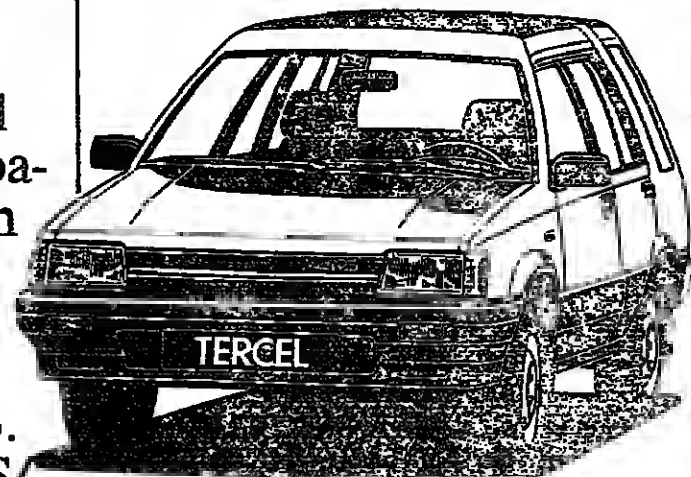


Bis 31.12. 86 zulassen. Danach wird der Steuervorteil geringer.

**W**er in den Genuß der vollen Steuer-Einsparungen kommen will, muß sein Auto noch 1986 zulassen. Denn ab 1987 wird der Steuervorteil um einiges geringer. Wenn Sie jedoch jetzt noch zu Toyota kommen, ist Ihnen der volle Steuervorteil sicher. Denn bei Toyota können Sie in jeder Fahrzeugklasse sparen. Einige Beispiele sehen Sie hier. Aber nicht vergessen: Eile ist geboten!

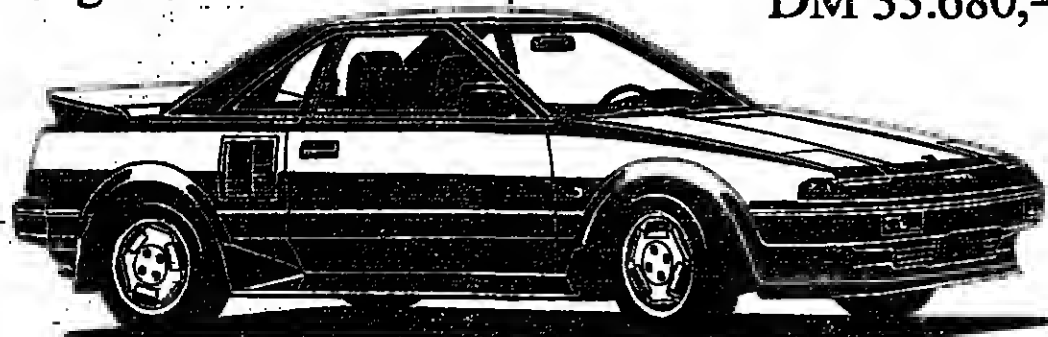


Corolla Compact Diesel 1,8, 64 PS/47 kW. Sie sparen bis zu DM 1.100,- in 2 Jahren, 8 Monaten. Ab DM 17.890,-\*.



Tercel Allrad 1,5, Kat. 68 PS/50 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,- in 6 Jahren, 10 Monaten. Ab DM 22.400,-\*.

MR 2 1,6, Kat. 16 Ventile, 116 PS/85 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,- in 6 Jahren, 5 Monaten. Ab DM 33.680,-\*.



Corolla Compact SR 1,3. Mit Euro-Kat und 74 PS/55 kW. Sie sparen bis zu DM 750,- in 2 Jahren und 8 Monaten. Ab DM 15.970,-\*.

# EILE



Carina Liftback Diesel 2,0, 69 PS/51 kW. Sie sparen bis zu DM 1.100,- in 2 Jahren, 6 Monaten. Ab DM 21.990,-\*.



Starlet 1,0, 54 PS/40 kW. Sie sparen bis zu DM 750,- in 3 1/2 Jahren. Ab DM 13.290,-\*.



LandCruiser Turbo-Diesel 2,4, 86 PS/63 kW. Sie sparen bis zu DM 1.100,- in 2 Jahren, 1 Monat. Ab DM 33.480,-\*.

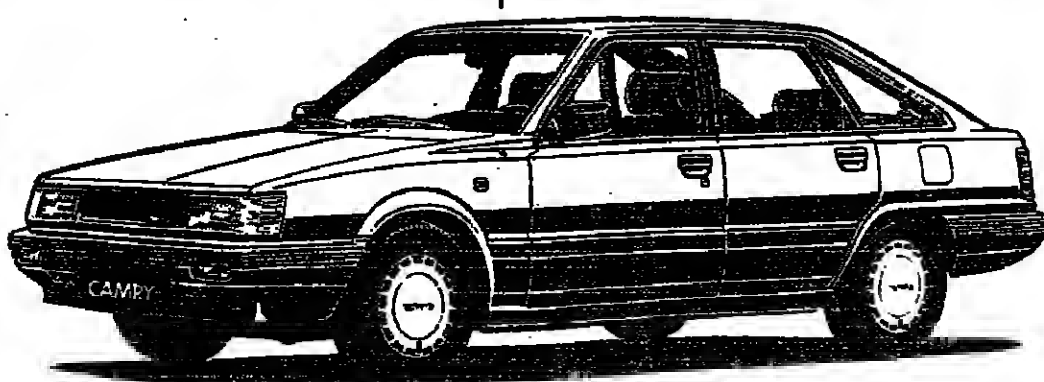
Carina Liftback 1,6, Kat. 74 PS/55 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,- in 6 Jahren, 5 Monaten. Ab DM 20.490,-\*.

Wir können Ihnen hier nur eine kleine Auswahl aus unserem Steuerspar-Programm zeigen. Ihr Toyota Händler berät Sie gern ausführlicher.

\* Unverbindliche Preisempfehlung plus Überführung.



Celica GT 2,0, Kat. 16 Ventile, 140 PS/103 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,- in 5 Jahren, 1 Monat. Ab DM 34.490,-\*.



Camry Liftback 2,0, Kat. 99 PS/73 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,-

in 5 Jahren, 1 Monat. Ab DM 26.720,-\*.

**TOYOTA**  
*Wants ist unmöglich*

Toyota Btx: \*40063 #.



### Aachen: „Rundum positiv“

DW, Aachen  
Bei Alemannia Aachen, dem Tabellenzweiten der zweiten Fußball-Bundesliga, sieht es „rundum positiv“ aus. So sagte Präsident Josef Hirtz schon Mitte der Woche. Und so sahen es am 15. Spieltag der Meisterschaft auch rund 15.000 Zuschauer am Aachener Troick beim 4:1-Sieg über die Stuttgarter Kickers.

Gegen die Stuttgarter, die zwar auswärts als relativ schwach bekannt sind, dennoch aber zur Spitzengruppe der Liga gehören, gelang Alemannia Aachen das bislang beste Spiel dieser Saison. Das Team in dem Links- und Rechtsaußen übertraf, blies dem Wettbewerb auf eigenen Platz unangenehm. Und Trainer Werner Fuchs kann fast schon eine Saison in diesem Geschäft, weiterhin keine Aufstiegschancen. Alle Spieler seines Klubs stehen zur Verfügung.

Der guten Stimmung der Veranstaltung trägt zusätzlich bei, daß der Troick demselben Platz einnehmen werden kann. Den Sieg über Stuttgart sahen erstmals in dieser Saison mehr als 10.000 Zuschauer. Und der Vorverkauf für das DFB-Pokal-Spiel gegen den Erstliga-Klub und Nachbarn Borussia Mönchengladbach am 19. November läuft so gut, daß Aachen nur einem geringfügigen Stadionnachbau kann. Mönchengladbachs Trainer Jupp Heynckes, Beobachter des letzten Aachener Erfolges, wird das temporäre Spiel der Gastgeber mit gemischten Gefühlen betrachten haben.

#### DIE ERGEBNISSE

Bremen - Dortmund	2:1 (2:1)
Bayern - Stuttgart	4:1 (3:0)
Wolfsburg - Schalke	2:0 (1:1)
Freiburg - Oberhausen	2:1 (0:0)
S. Pauli - Köln	2:2 (2:1)
Eintracht - Ulm	2:2 (1:1)
Wormatia - Saarbrücken	1:2 (0:1)
Wendhausen - Kassel	1:1 (1:1)
Sachsen - Hannover	3:1 (2:1)
Eintracht - Osnabrück	3:3 (2:1)

#### DIE TABELLE

1. Borussia Dortmund	15	10	6	1	29:18	23:4
2. Bayern München	15	10	3	2	24:10	23:8
3. VfB Stuttgart	15	9	2	4	27:20	21:9
4. Borussia Mönchengladbach	15	7	4	4	21:15	18:12
5. FC Schalke 04	15	6	1	8	20:28	17:13
6. VfL Wolfsburg	15	6	1	8	23:22	17:12
7. Eintracht Frankfurt	15	7	2	6	21:21	17:13
8. FC Köln	15	6	4	5	17:23	16:14
9. VfL Osnabrück	15	6	4	5	18:23	16:14
10. Eintracht Ulm	15	6	4	5	22:21	16:14
11. VfL Bochum	15	6	3	6	20:24	15:15
12. FC Carl Zeiss Jena	15	7	1	7	21:25	15:15
13. Eintracht Nordhorn	15	4	8	3	23:17	13:17
14. Hamburger SV	15	6	1	8	17:24	13:17
15. FC Energie Cottbus	15	4	4	7	20:27	12:15
16. FC St. Pauli	15	4	4	7	20:22	12:15
17. FC Hansa Rostock	15	3	5	7	20:22	11:19
18. FC Energie Köln	15	1	7	7	18:24	9:21
19. FC Rot-Weiß Erfurt	15	0	4	9	12:32	9:22
20. FC Schwarz-Weiß Elster	15	1	4	10	13:35	9:24

#### DIE VORSCHAU

Sachsen, 16. 11. 1986: Ulm - Kassel - Braunschweig, 17. 11. 1986: 18.20 Uhr: Hannover - Schalke, 19.11. 1986: VfL Bochum - VfL Osnabrück, 20.11. 1986: Eintracht Nordhorn - Eintracht Frankfurt, 21.11. 1986: VfL Osnabrück - VfL Bochum, 22.11. 1986: VfL Osnabrück - VfL Bochum, 23.11. 1986: VfL Osnabrück - VfL Bochum.

### SPORTHILFE / Fachverbände einmütig gegen die Kritik von Harm Beyer

## Volleyball-Präsident Mader nennt ihn „Problemschaffer des Sports“

Die Ständige Konferenz der Sportfachverbände der Bundesrepublik Deutschland hat sich in ihrer Sitzung in Frankfurt von dem Präsidenten des Deutschen Schwimm-Verbandes, Harm Beyer, geschlossen distanzieren. Die Vertreter von 43 Verbänden verurteilten die Form der öffentlichen Kritik Beyers an der Förderungspraxis der Stiftung Deutsche Sporthilfe, ohne nach diesem einmütigen Verfahren auf den Inhalt der Vorwürfe einzugehen. Beyer wirft der Sporthilfe vor, kein Sozialwerk des deutschen Sports zu sein, sondern eine Art Brutstätte des Professionalismus, die es zu bekämpfen gelte. Wörtlich hatte Beyer in einem Interview gesagt: „Die Sporthilfe als Sozialwerk? Vergiß es. Heute geht es ganz einfach um Bezahlung bestimmter Leistungen durch Geld und Sachleistungen.“

Harm Beyer, im Privatberuf Richter in Hamburg, hatte schon auf der Kuratoriumssitzung der Sporthilfe am 22. Oktober in Frankfurt gegen seinen Angriff gegen die Stiftung und gegen die geförderten Sportler: „Sie laufen sich Videos und Motifs für die Unterstützung“ für eher unliebsame Aufsehen gesorgt und war in der Diskussion von seinen Kollegen Roland Mader, der als Volleyball-Präsident zugleich Sprecher der Ständigen Konferenz ist, und Eberhard Münzer (Deutscher Leichtathletik-Verband) sowie dem Schwimmweltmeister Rainer Henkel (Ohne die Sporthilfe wäre ich nie Weltmeister geworden) und Michael Groß auf schärfsten Widerspruch gestoßen.



Harm Beyer FOTO: OPA

Im eigenen Verband hat Beyer schon seit geraumer Zeit Probleme mit seinen Aktiven und einigen Präsidiumsmitgliedern. Kritisiert wird vor allem Beyers „DSV-Wirtschaftsdienst“ als Finanzbeschäftigungsstelle, die als Schwimmprozentual am Gewinn beteiligt sein wollten, um DSV-Vorbereitungskurse nicht anteilig selbst bezahlen zu müssen, gab es Ärger. Aktiviensprecher Dirk Kortbals wurde dann drei Tage nach der Kuratoriumssitzung der Sporthilfe auf einer Schwimmersitzung in Mainz erlaubt,

mit einer 5000-Mark-Einlage (!) Gesellschafter der Wirtschafts-GmbH zu werden: Ein einmaliger Vorgang im deutschen Sport. Nach der Frankfurter Sitzung der Fachverbände, in welcher der Harm-Beyer-Stellvertreter Günter W. Lingenau als Vizepräsident des DSV die Erklärung gegen Beyer mitgetragen hat, sagte Roland Mader als Sprecher der Versammlung: „Harm Beyer erweist sich immer mehr als Problemschaffer des Bundesdeutschen Sports. Seine Äußerungen schaden der Sache des Spitzensports sehr. Ich weiß nicht, für wen Beyer spricht. Er hat keine Mehrheit in seinem Präsidium und auch keine im Verband. Sein Vizepräsident Lingenau hat hier in Frankfurt gegen ihn gestimmt. Ich glaube, daß Beyer Berührungängste mit der Industrie hat. Folgt Beyer seinen Überzeugungen, dann müssen seine Goldschwimmer die von der Sporthilfe zur Verfügung gestellten Dienstwagen zurückgeben und alle weiteren geförderten Aktiven sofort auf die Sporthilfegelder verzichten.“

## Leistungssport ist eine Lebensform jenseits von Passivität

Von ULI EICKE

Es ist wieder soweit: Diskussionen über die Funktionen des Leistungssporters beschäftigen die Öffentlichkeit. Der Leistungssport muß sich dieser Diskussion stellen. Harm Beyer hat mit seiner Kritik in vielen Dingen den Nagel auf den Kopf getroffen. Allerdings muß man sich auch gegen gewisse Verzerrungen verwehren, die durch die Polemik des Richters entstehen.

Jahr seine berufliche Laufbahn vernachlässigen muß. Wer mit 30 Jahren, nach Beendigung seiner sportlichen Laufbahn, in den Beruf einsteigen will, hat natürlich erhebliche Nachteile gegenüber jüngeren Konkurrenten.

Der Leistungssport übernimmt wichtige Funktionen innerhalb unserer Gesellschaft. Er ist Motor für den Breitensport. Woher sollen denn die Übungsleiter der Sportvereine die Motivation für ihre ehrenamtliche Arbeit nehmen, wenn sie nicht die Chance haben, irgendwann einmal einen erfolgreichen Athleten herauszubringen. Der Leistungssport erfüllt eine Vorbildfunktion in einer Gesellschaft, die man mag es bedauern oder begrüßen, ohne ein positives Verhältnis zur Leistung nicht auszukommen scheint. Sportliche Leistungen sind nicht fremdbestimmt und werden ohne wesentliche äußere Zwänge vollbracht. Leistungssport ist gerade eine Lebensform jenseits von Passivität, Konsum und Anspruchsdenken.

Wollte wir uns am internationalen Wettkampfsport wirklich nicht mehr beteiligen? Muß man Eltern wirklich raten, ihre Kinder vom Leistungssport fernzuhalten? Können wir auf einen planmäßig betriebenen Leistungssport verzichten?

Die Verbände - der DSV eingeschlossen - müssen sich bemühen, die berufliche Laufbahn der Sportler abzusichern. Dieses zugegebenermaßen schwierige Kapitel liegt den Verbänden am meisten im Magen. Nur, ansatz ein Wehgeheul anzustimmen, sollte man sich überlegen, wie man die Situation verbessern kann.

Die Warnungen Harm Beyers haben einen wahren Kern: die gezeigten Schlüsse kann und darf unsere Gesellschaft jedoch nicht nachvollziehen. Wir müssen uns den Anforderungen stellen, die durch die explosionsartige Entwicklung des Leistungssports entstanden sind!

Uli Eicke (34), Olympiasieger im Kanu-Rennsport, ist Vorsitzender des Beirates der Aktiviensprecher im Deutschen Sport-Bund (DSB).

### TENNIS / Platz im Masters-Turnier geschafft

## Bettina Bunge - Kraft und brillante Technik

dpasid, Worcester  
Bettina Bunge hat es doch geschafft. Sie gehört als 13. im 16er-Feld neben Steffi Graf und Claudia Kohde zum starken deutschen Trio beim Masters-Turnier im New Yorker Madison Square Garden (17. bis 23. 11.). Damit krönt die 23 Jahre alte Bunge ein bemerkenswertes Comeback nach einem fast zwei Jahre anhaltenden Tief, in das sie nach einer komplizierten Operation geraten war.

scheidenden Phasen in dieser Saison stets Verlaß war. Unbelastet kann Bettina Bunge nun das Halbfinale gegen die Siegerin des amerikanischen Duells Navratilova - Shriver angehen. Zu einem Finale der Gastgeber kommt es bei den Internationalen Schwedischen Tennis-Meisterschaften in Stockholm. Für das Endspiel, in dem mit 435.000 Dollar dotierten Turnier qualifizierten sich der Welt-ranglistendritte Stefan Edberg und sein Landsmann Mats Wilander, der derzeit an Nummer fünf in der Welt rangiert. Edberg besiegte in der Vorschlußrunde in einem dramatischen Spiel den Franzosen Henri Leconte mit 6:7, 6:4, 7:6. Wilander, in Stockholm an Nummer zwei gesetzt, besiegte den Franzosen Guy Forget mit 6:2, 7:6.

Beim mit 250.000 Dollar dotierten Turnier in Worcester begeisterte die in der Schweiz (Zürich) geborene, in Florida lebende, unter Monaco geführte und für Deutschland (Aschaffenburg) spielende Tennis-Weltbummlerin mit brillanter Ballwech-sel, die sie aufgrund ihrer besonders ausgeprägten Technik für sich entschieden. In dem bisher besten Spiel des Turniers besiegte sie im Viertelfinale die an Nummer drei gesetzte Pragerin Helena Sukova, für die sie mit drei erfolgreichen Duellen in Folge langsam zur Angstgegnerin wird. „Im Moment spielt Bettina wirklich, was sie will. Sie gehört unbedingt zu den ersten Zehn, in der Welt“, kommentierte die Besiegte nach dem Spiel.

Im Kampf um die 210.000 Dollar Sieggprämie beim Einladungsturnier im belgischen Antwerpen trifft der New Yorker John McEnroe im Endspiel auf den Tschechoslowaken Ivo Lendl zu ersetzen. Lendl laboriert an einer schweren Hüftverletzung. Von einer Krankheit geplagt, mußte auch Boris Becker eine Turnierteilnahme absagen. Wegen einer fiebrigen Erkältung wird er nicht beim mit 375.000 Dollar dotierten Turnier in London antreten können.

Der Sport hört dem Verbandsführer Beyer zu, nicht dem Richter. Um es mit seinem Olympiasieger, Weltmeister und Weltrekordmann Michael Groß zu sagen: Man kann die Sporthilfe nicht abschaffen, um zu erfahren, was sie wert ist. Die Schmerzgrenze ist überschritten (siehe auch Kommentar am Fuß der Seite).

Unmittelbar nach dem Finale wird McEnroe nach Düsseldorf fliegen, um dort beim Einladungsturnier im Kaarster „Open Air Tennisparc“ seinen verletzten Landsmann Ivan Lendl zu ersetzen. Lendl laboriert an einer schweren Hüftverletzung. Von einer Krankheit geplagt, mußte auch Boris Becker eine Turnierteilnahme absagen. Wegen einer fiebrigen Erkältung wird er nicht beim mit 375.000 Dollar dotierten Turnier in London antreten können.

Zu ihrer ersten Halbfinaleteilnahme bei einem Grand-Prix-Turnier kam die 19jährige Silke Meier aus Karlsruhe in North Little Rock in Arkansas. In der Vorschlußrunde unterlag sie zwar der Welt-ranglistendritte Kathy Rinaldi mit 4:6, 2:6, beeindruckte aber mit sicheren Vorhand-schlägen und Kampfwillen.

Zu ihrer ersten Halbfinaleteilnahme bei einem Grand-Prix-Turnier kam die 19jährige Silke Meier aus Karlsruhe in North Little Rock in Arkansas. In der Vorschlußrunde unterlag sie zwar der Welt-ranglistendritte Kathy Rinaldi mit 4:6, 2:6, beeindruckte aber mit sicheren Vorhand-schlägen und Kampfwillen.

### EISHOCKEY

## Erste Liga nur mit acht Vereinen?

Die Eishockey-Bundesliga will wieder einmal neue Wege gehen. Bei einer Arbeitssitzung der Bundesliga-Vertreter ging es in Frankfurt um brisante Themen: die Fernsehoffensive, die Reduzierung der beiden ersten Ligen mit einer neuen Meisterschafts-Struktur und das Dauerthema Profi-Schiedsrichter. Das sind die Ergebnisse:

Die Honorar-Erböbung der Fernseh-Anstalten ARD und ZDF von bislang 450.000 auf künftig 660.000 Mark kommt jenen vier Klubs zugute, die im Viertelfinale der Play-off-Runde ausscheiden und damit ohne weitere Einnahmen sind. Eine vor allem vom Mannheimer ERC geforderte drastische Erhöhung der Fernsehgebühren wurde abgelehnt. Wichtig sei zunächst einmal, daß Eishockey überhaupt auf dem Bildschirm besser repräsentiert ist.

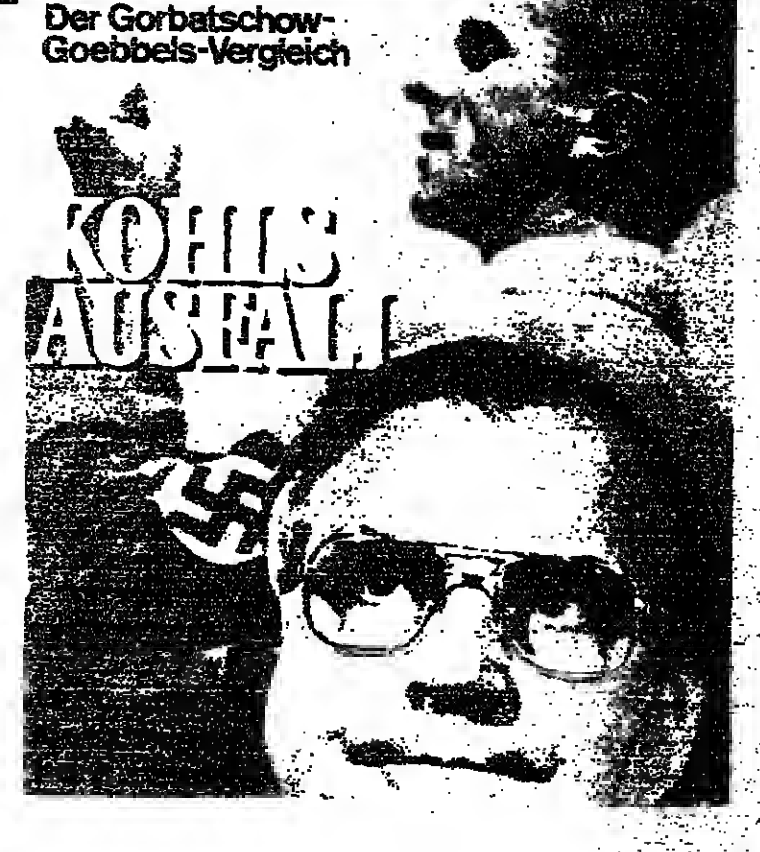
Endgültig gescheitert ist der Plan, die Spieltage vor allem während der Winterpause der Fußballer von Freitag und Sonntag auf Mittwoch und Samstag zu verlegen. Das Interesse der Fernsehanstalten sei zu gering. Immerhin aber dürften in Zukunft die Live-Übertragungen in den dritten Programmen intensiviert werden. So bot der Hessische Rundfunk am Freitag das Spiel zwischen Frankfurt und Landshut an, überträgt der WDR am 16. November das Schlagerspiel zwischen Köln und Düsseldorf. ARD und ZDF werden auch in Zukunft Priorität vor den privaten Anbietern haben, der entsprechende Vertrag soll bis 1990 laufen.

Beinabe revolutionär sind die Pläne zur Modifizierung der Meisterschafts-Struktur. Geplant ist die Reduzierung der ersten Spielklasse von zehn auf acht Klubs. Die zweite Bundesliga soll ebenfalls von derzeit 20 Klubs in Nord und Süd auf acht Klubs gestrafft und mit der „Eliteliga“, so der geplante neue Name für die Bundesliga, verknüpft werden. So soll die künftige Eliteliga eine Doppelrunde austragen, danach gegen die vier Punktesten des Unterhauses ebenfalls im Play-off-Modus die Plätze der Eliteliga ausspielen. Damit würde man den Unterbau aufwerten. „Wir haben in Deutschland 16 Vereine, die in der Lage sind, wirtschaftlich bundesweit zu spielen“, sagt Unsinn, der von einer Neuordnung auch für die Nationalmannschaft profitieren würde. „Denn ein einheitlicher Spielplan würde für größere Freiräume sorgen, mehr Länderspiel-Termine zulassen und so für bessere Perspektiven der Nationalmannschaft sorgen.“ Die Pläne sollen auf der nächsten Sitzung am 17. Januar in Düsseldorf präzisiert werden. ehe im Sommer 1987 auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung Beschlüsse gefaßt werden können. Fallengelassen werden dürfte allerdings die Einführung von Profischiedsrichtern, denn dieser Schritt, da sind sich alle Klubvertreter einig, ist finanziell nicht durchführbar.



**IN DIESER WOCHE:**

- Was Kohl noch zu „Newsweek“ sagte: „Ich bin von mehr Leuten gewählt worden als seinerzeit Hitler.“
- SPIEGEL-Umfrage: 93 von 100 Bundesbürgern rügen Kohls Vergleich. Und: Gorbatschow ist populärer als Reagan.
- Neues von der Neuen Heimat: Die Banken steigen aus - der Konzern bricht zusammen.



Der Gorbatschow-Goebbels-Vergleich

Kohl's Ausfall



19.11.86

FECHTEN / Erstes Degen-Masters-Turnier in Tauberbischofsheim mit einem deutschen Sieg

Bundestrainer Emil Beck lächelte süßsauer beim Händedruck für den abtrünnigen Arnd Schmitt

Die Situation hatte etwas Pikantes. Doch Klaus-Dieter Güse, der Präsident des Deutschen Fechterbundes (DFB), eloquent wie stets, nahm der Atmosphäre auch den letzten Rest an Gereiztheit. Denn daß ein deutscher Fechter, der 21jährige Arnd Schmitt aus Leverkusen, in Tauberbischofsheim das erste Masters-Turnier der acht weltbesten Degenfechter gewonnen habe, sagte Güse, sei schließlich ein Geschenk für den gesamten deutschen Fechtsport. Also auch für Emil Beck, der als neuer Cheftrainer für alle DFB-Fechter zuständig sei - und nicht nur für seinen Fechtclub Tauberbischofsheim.



Kaiefall nach dem Sieg: Arnd Schmitt. FOTO: SVEN SIMON

Chance mehr. Da auch Volker Fischer gegen den 25jährigen Italiener Angelo Mazzoni sang- und klanglos mit 1,5, 2,5 ausschied, war Beck's Traum von einem restlos gelungenen Abend geplatzt. Der 51jährige gehörte zwar selbstverständlich zu Schmitt's ersten Gratulanten nach dem 5:4, 5:4-Finalsieg über Mazzoni. Doch daß ihn die Situation gehörig wurmte, konnte er trotz aller guten Worte nicht ganz verbergen.

spannendsten und schönsten Kampf des Abends mit 5:6, 6:5, 5:4 gegen den Franzosen Eric Sreeki, so sicherte er sich auch in den beiden Final-Gefechten den Sieg, den er mit geballter Faust feierte. Nur eine Geste der Erleichterung, denn „ich wollte mich an niemandem rächen, ich wollte einfach gewinnen“.

HANDBALL

Wunderlich reif für das Nationalteam

Er saß sich in einem Wärmehaus von Sympathie und Leistung und war an seiner alten Wirkungsstätte der große Sieger. Erhard Wunderlich, der in sieben Jahren 13 Titel mit dem VfL Gummersbach errang, wuchs als Längster trotz der 24:25-Niederlage seines Vereins TSV Milbertshofen beim VfL Gummersbach zum Größten. Der Mann mit dem Gardemaß von 2,04 m erzielte gegen Weltklasse-Torhüter Andreas Thiel 13 Tore und avancierte zur bestimmenden Persönlichkeit.

SPORT-NACHRICHTEN

- Pause für Evert-Lloyd: Worchester (dpa) - Die Welttranglistenzweite im Tennis, Chris Evert-Lloyd (USA), wird vorläufig an keinem Turnier mehr teilnehmen. Sie will ihre Verletzung im linken Knie auskurieren.
Jetzt Liverpool vorn: London (sid) - Mit einem 3:1-Auswärtssieg am 14. Spieltag der ersten englischen Fußballdivision löste FC Liverpool Titelverteidiger Nottingham Forest als Spitzenreiter ab. Nottingham verlor in Coventry 0:1 und ist nun Zweiter vor Arsenal London und Norwich City, einen Punkt zurück.
Wettkampforte festgelegt: Karlsruhe (sid) - Die vom Europakomitee des Internationalen Ringer-Verbandes (FILA) an den Deutschen Ringer-Bund (DRB) übertragenen Europameisterschaften 1991 in beiden Stilarten wurden an Stuttgart (Freistil) und Aschaffenburg (griechisch-römischer Stil) vergeben.
Bulgarische Erfolge: Sofia (sid) - Programmgemäß begannen in Sofia die 57. Weltmeisterschaften der Gewichtheber mit zwei Siegen der Bulgaren. Im Fliegengewicht gewann Sewdalin Marinov mit 257,5 kg und im Bantamgewicht der bislang international nur in Junioren-Wettbewerben angetretene Mitko Grabiev mit beachtlichen 290,0 kg.
Souveränes Paar: Paris (dpa) - Überlegen gewannen Norwegens Weltmeister Geir Bakke/Trine Delhi die Europameisterschaft in den Lateinamerikanischen Tänzen mit 35 „Einsern“. Dritte wurden die Freiburger Hans-Reinhard Galke/Bianca Schreiber.
Niederlagen in Folge: Oslo (sid) - Die Frauenauswahl des Deutschen Handball-Bundes mußte nach dem 19:13 zum Auftakt des Polar-Cup-Turniers in Oslo gegen Frankreich zwei Niederlagen hinnehmen. Die Mannschaft unterlag Polen mit 18:19 und Holland mit 11:16.
Susanne Becker gewann: Prag (sid) - Susanne Becker aus Mannheim gewann bei einem internationalen Eiskunstlauf-Meeting um den „Prager Schlittschuh“ in Prag die Damenkonkurrenz. Die Dritte der deutschen Meisterschaften siegte mit 1,4 Punkten vor der Tschechoslowakin Jana Příbylova (4,0) und Macha Krundnitschewa (UdSSR/4,6).
Grenzau im Halbfinale: Hannover (dpa) - Tischtennis-Bundesligaklub TTC Grenzau hat durch ein 5:2 über den italienischen Meister Centrocampa Prato das Halbfinale des Europapokals erreicht. Im Achtelfinale des ETTU-Pokals siegten die Herren vom SSV Reutlingen über den holländischen Klub Hazersboude ebenso 5:0 wie die Damen von ATSV Saarbrücken im holländischen Koningslust. Dagegen schied die Spvgg Steinbagen mit 1:5 bei Spartacus Budapest aus.
Reservist Litbarski: Paris (dpa) - Fußballprofi Pierre Litbarski, für 2,7 Millionen Mark vom 1. FC Köln zum französischen Erstligaverein Racing Club Paris gewechselt, darf wieder nur in dessen drittklassiger Reservemannschaft spielen. Der neue Trainer Victor Zwunka gab beim 1:0 über Lille den beiden anderen Angländern, Ruben Paz und Enzo Francescoli aus Uruguay, den Vorzug.
Spandau im Endspiel: Kotor (sid) - Titelverteidiger Spandau 04 Berlin hat im Wasserball-Europapokal der Landesmeister zum dritten Mal nach 1982 und 1985 das Endspiel erreicht, trotz einer 5:8-Niederlage im Rückspiel beim jugoslawischen Titelträger VK Kotor. In den Finalspielen Ende November trifft Spandau auf Dynamo Moskau.

Die Meldung schien nicht weiter bedeutend, häufig genug verschwand sie auch in den Papierkörben: At Talaq, ein fünfjähriger Galopperhengst aus dem Vollblut-Imperium der Maktoum-Scheichs aus Dubai, gewann den Melbourne-Cup in Australien. Eine Million australischer Dollar (rund 1,4 Millionen Mark) waren der üppige Lohn für den Sieg. Die WELT vermeldete es am 6. November 1986.

Nun ist dieser At Talaq keineswegs ein Pferd von einem „anderen Stern“. Er ist auf den deutschen Rennbahnen wohlbekannt, 1984 wurde er hinter Gestüt Fährhofs Abay Zweiter im Großen Preis von Berlin in Düsseldorf, 1985 lief er sogar dreimal auf deutschen Bahnen und erwies sich dabei eigentlich als ein Allwetterpferd ohne bedeutenden Können. Im Großen Preis von Baden wurde er Drittlatter, der Röttgen Hengst Daun als Zweiter hinter dem Sieger Gold und Ivory war deutlich vor ihm. Im Großen Preis von Berlin kamen die deutschen Hengste Ordos, Ahay und Love Letter vor ihm ins Ziel, im Großen Preis von Gelsenkirchen konnte er nicht einmal die international kaum drittklassigen deutschen Pferde Mantelano und Landfrieden schlagen. Angeblich bedeutete die deutsche Übersetzung seines arabischen Namen „Das Geschoß“ - doch geizig hat At Talaq in Deutschland nie. Aber bei den deutschen Besitzern und Trainern könnte es jetzt ja vielleicht zünden.

Augen auf für neue Märkte des Turf-Sports

Wie kann ein solches Pferd nun dem Melbourne-Cup gewinnen? Australien ist immerhin das Land mit den meisten Rennbahnen der Welt (606) - und der Melbourne-Cup gehört zu den größten Rennen im Turf des Fünftens Kontinents. Der Erfolg des dort auch noch als Favorit angetretenen At Talaq muß deutschen Züchtern, Trainern und Besitzern Augen öffnen, die sie bislang internationalen Märkten gegenüber fest verschlossen hielten. Es gibt eine ganze Menge deutscher Pferde, die sich vor At Talaq wirklich nicht verstecken müssen. Aber unsere Verantwortlichen zeige ein

GALOPP

Favorit Ornesto in Köln vorne

Der Favorit Ornesto mit Jockey Manfred Hofer gewann gestern in Köln den Walter-Preis sicher mit fast zwei Längen vor Flower King und Sextaner. Trainer von Ornesto ist der schon 81jährige Friedrich-Wilhelm Schlaefke in Dortmund. Der fünfjährige Hengst Eitel gewann mit Jockey John Allen Reid in Hannover den Großen Preis der Landeshauptstadt. Schwere Gesichtsverletzungen hat der Hindernisjockey Dennis Victor Sherwood aus Dortmund bei seinem Sturz am Samstag auf der Neusser Galopprennbahn erlitten. Er kam mit dem Pferd Mielix zu Fall, stand schon wieder auf und wurde dann von einem ebenfalls gestrauchelten Pferd

DUNHILL INTERNATIONAL advertisement. Features two packs of Dunhill International cigarettes. Text: 'Dunhill hat sich erlaubt, Ihnen etwas entgegenzukommen.' 'Die klassische Dunhill-Qualität gibt es jetzt auch im Cigaretten-Automaten, natürlich nicht in jedem.' 'Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 1,0 mg Nikotin und 14 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN).'



MOTORSPORT

Wieder Tote bei Rallye-Läufen

dpa, Madrid/Wien
Der in den letzten Jahren durch zahlreiche tödliche Unfälle in schlechten Ruf geratene Rallye-Sport hatte am Wochenende erneut zwei Todesopfer zu beklagen. Bei der Sempit-Rallye in Niederösterreich kam der tschechoslowakische Fahrer Marian Hatar ums Leben. Und bei der La-Coruna-Rallye in Spanien tötete ein von der Straße abkommendes Fahrzeug einen Zuschauer und verletzte weitere zehn.

Bei der Sempit-Rallye hatte Marian Hatar im Training die Kontrolle über seinen Wagen verloren und kollidierte mit einem Baum. Bei der La-Coruna-Rallye geriet ebenfalls ein Rallye-Wagen außer Kontrolle und schleuderte in die Zuschauer. Dabei wurde ein Fotograf getötet und zehn weitere Zuschauer verletzt. Zwei Kinder mußten ins Krankenhaus gebracht werden, sie schweben in Lebensgefahr.

ZAHLEN

FUSSBALL

Erste englische Division, 14. Spieltag: Arsenal - West Ham 0:0, Coventry 2:1, Leicester - Newcastle 1:1, Manchester City - Aston 3:1, Norwich - Tottenham 2:1, Queens Park - Liverpool 1:3, Oxford - Manchester United 2:0, Sheffield - Southampton 3:1, Watford - Charlton 4:1, Wimbledon - Luton 0:1. - Tabellen Spitze: 1. Liverpool 26 Punkte, 2. Nottingham 26, 3. Arsenal 25, ... Olympia-Qualifikation in Luzern: Schweiz - Norwegen 1:0, ...

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 8. Spieltag: Schwabing - Weiche-Handwitt 30:28, Gummersbach - Milbertshofen 29:24, Schutterwald - Düsseldorf 16:19, Lemgo - Göttingen 22:23, Großwallstadt - Kiel 27:25. - Pokal-Turnier der Damen in Norwegen: Norwegen Jun. - Bundesrepublik Deutschland 15:20, ...

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 10. Spieltag: Osnabrück - SSV Hagen 81:80, Charlottenburg - Langen 104:72, Bayern - Ludwigsburg 84:58, Gießen - Göttingen 88:61, ...

ZAHLEN

TISCHTENNIS

Europapokal, Herren, Viertelfinale: Grenzu - Centrosarpa Prato/Italien 5:2, ... TTTU-Pokal, Damen, Viertelfinale: Königshaus/Holland - Saarbrücken 0:5.

TENNIS

Sommer-Grand-Prix in Reutlingen, Halbfinale: Stepanek - Becka (beide Bundesrepublik Deutschland) 7:5, 6:4. - Grand-Prix-Turnier der Herren in Stockholm, ...

ZAHLEN

GALOPP

Rennen in Neuss: 1. R.: 1. Mofador (D. Richardson), 2. Charlott, 3. Ixia, ...

OLYMPIA 1988

Indizien für "DDR"-Start

In der "DDR" gibt es neue Indizien für eine Teilnahme der Ostblock-Länder an den Olympischen Spielen 1988 in Seoul. Auf der jährlichen Sitzung des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) für die "DDR" ...

KURT W. BERG
Nach einem erfüllten Leben verstarb mein geliebter Mann im 84. Lebensjahr. Sein Leben war Pflichtbewusstsein, Zuverlässigkeit und Liebe zu allen, die ihm nahestanden.

KURT W. BERG
In großer Trauer gedenken wir unseres früheren Gesellschafters und Gründers KURT W. BERG. Sein Lebenswerk, der Aufbau und Ausbau der Firma, wird uns immer Vorbild bleiben.

DIE MARMORHEIZUNG
Jetzt beginnt eine neue Ära des Heizens. Marmor ist seit Jahrtausenden der ideale Träger und Speicher von Wärme. In Verbindung mit modernster Technik präsentiert sich Marmor heute als Heizungssystem par excellence.

Josef Beckmann
Träger des Bundesverdienstkreuzes
Nach einem erfüllten Leben ist für immer von uns gegangen. Sein Leben war geprägt von seinem großen Engagement für die Firma Ikena, der er mehr als 60 Jahre in Unternehmensführung und Beirat verbunden war.

Wenn die Not am größten ist, Gott nicht nur am nächsten, sondern AM STÄRKSTEN MIT SEINER HILFE DA.
Für den bundesweiten Vertrieb eines neuen, patentierten Produktes (Verkaufspreis unter DM 300,-) suchen wir Vertriebsleiter zum Aufbau einer eigenen Regionalvertriebsleitung im Direktvertrieb.

Essen
Kl. Büro m. guter Adresse bietet Büroservice u. Vermittlungsdienste. Zuschr. unter P 8580 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Export-Finanzierung
Tel. 0 44 71 / 62 69

20 Jahre maritimes Handwerk
Schiffmodelle
Van Eyck, Hegedys, J.R., M.L., 9405 GR, Lütowide, T. 00 31 - 51 31 712

Heute Neu
AUTO-BILD Winter
1. Nicht gestreut - wer zahlt?
2. So schützen Sie Ihren Lack
3. Beschlagene Scheiben - was tun?
Der Winter kommt. AUTO-BILD sagt, wie Sie sich und Ihr Auto in der kalten Jahreszeit schützen.

Abonnieren Sie DIE WELT
- Ihre täglichen Informationsvorsprung
Bitte liefern Sie mir vom nächstreicheren Termin an bis auf weiteres DIE WELT zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,10 (Ausland 37,10, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Heute Neu
6 Tests
BMW 325iX Allrad - VW Jetta
Fiat Panda - Geländewagen
Gebrauchter Mini - 3 Coupés
Europas größte Auto-Zeitung
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



# Pankraz, v. Braunmühl und die Morddämonen

Der Vorgang ist unheimlich, der Brief ein uhoheitliches Dokument geschwächter sozialer Instinkte in der Stunde großer Not. Fünf Brüder des von RAF-Terroristen ermordeten Bonner Diplomaten von Braunmühl lassen sich auf eine öffentliche Diskussion mit seinen Mörderinnen ein, diskutieren mit ihnen allen Ernstes darüber, ob sie (die Mörderinnen) denn den Richtigen erwischen hätten, und als Forum der Diskussion wählen sie ausgerechnet die linksradikale Berliner „Tageszeitung“. Eine derartige „Trauerarbeit“ hat es wohl noch nirgendwo gegeben.

Befremdlich auch der Ton, den die fünf Brüder in ihrem „offenen Brief“ anschlagen. Sie gewöhnen den unbekanntlichen Mörderinnen vornehmlich das vertrauliche „Du“, und zur Einführung versichern sie, daß sie nicht nur das Schreiben, das die Mörderinnen am Tatort zurückließen, gelesen hätten, sondern auch andere RAF-Schriften. Derart als akzeptable Kenner und Beobachter der „Szene“ ausgewiesen, fangen sie ein langes Klageged über die bedauernde „Betonlogik“ der Attentäter an.

Die RAF, so schreiben sie altklug, habe bestimmte Angriffsziele: das „imperialistische Gesamtsystem“, westeuropäische Institutionen, die den Zusammenbruch dieses Systems verhindern sollen, schließlich „die Leute, die das alles machen“. Auch Gero von Braunmühl habe zu diesen Leuten gehört. „Also schreibt ihr auf ihn. Eine totisierbare Logik. Aber wenn sie nicht überzeugen? Gibt es unter euch und euren Freunden keine kritischen Fragen? Zum Beispiel: ob Einigung und Stärkung Westeuropas und europäisch-politische Zusammenarbeit auch zu etwas anderem führen kann als zu Stützung der USA und verstärkter Ausbeutung der Dritten Welt?“

Die Logik solcher Sätze, ob nun aus Beton oder nicht, erfordert folgenden Schluss: Hätte sich bei hinreichend kritischen Fragen herausgestellt, daß Braunmühl mit seiner Arbeit tatsächlich „zu Stützung der USA und verstärkter Ausbeutung“ beitrug, sähe der Mord an ihm schon mal ganz anders aus, selbst in den Augen seiner Angehörigen. Alles ist eine Suche der Überzeugungsarbeit. Deshalb offenbar auch das angestrebte Pathos, mit dem der Brief geschrieben ist. „Ihr“ kommt zurück-treffend sind nicht eure Argumente, treffend sind nur eure Kugeln...

Diese Pathetik, man muß es mit Entschiedenheit konstatieren, ist schief und peinlich. Soll man etwa, wenn die Mörder zurückkommen, erst noch einmal lang und breit über die politische „Berechtigung“ ihrer Tat diskutieren, statt ihnen den Prozess zu machen? Pankraz kennt die Brüder von Braunmühl nicht. Er geht davon aus, daß ihr Schmerz über den Ermordeten groß ist und zur Artikulation drängt. Doch das ändert nichts daran, daß ihr „offener Brief“ sich nur allzu gut dazu eignet, die Geister zu verwirren und vor allem junge Menschen in ihren Vorurteilen über die Werte der Gesellschaft zu bestärken.

Es verhält sich keineswegs so, daß Diskussion und kritisches Fragen alle anderen Werte außer Kraft setzen und zum Beispiel verfügen

könnten, daß es opportunistisch, menschliches Leben aus Gründen des politischen Kalküls auszuschütten. Das Gesetz steht über dem Diskurs. Vor seinem Richteramt sind alle gleich. Opfer und Attentäter, Piv- und Antiamerikaner, Industrielle und Diplomaten. Keine Diskussion vermag das aus der Welt zu schaffen.

Zu Recht hat es in der Öffentlichkeit Irritationen darüber gegeben, daß sich nach dem Mord an dem Siemens-Manager Beckurts in den Bonner Parteien nichts bewegt, nach dem Mord an dem AA-Berater von Braunmühl aber sogar die FDP eifrig der Kronzeugenregelung zustimmt. Besonders die in beiden Fällen differierende offizielle Rhetorik bei unangenehm auf „Bei Opfern“, so notierte ein Leserbriefschreiber, „die hohe Beamten waren, wurde von Anschlägen gegen den Rechtsstaat gesprochen, bei Opfern, die aus der privaten Wirtschaft kamen, aber nur von Anschlägen gegen die Industriegesellschaft“. Dabei müsse man korrekterweise genau umgekehrt argumentieren: „Aufgabe des Rechtsstaats wäre es doch wohl, zunächst einmal die Bürger und erst danach sich selbst zu schützen.“

Kennzeichen einer gut funktionierenden Demokratie ist es auch, daß in ihr ein „Ende der Diskussion“ möglich ist, daß die Verantwortlichen vom Reden zum Entscheiden übergehen und daß ihre Entscheidungen nicht gleich wieder durch erneute Diskussion verwässert und in Frage gestellt werden. „Offene Briefe“ wie der der Brüder Braunmühl nützen also ihren Sinn gehabt haben in der Inkubationsphase des Terrorismus, als ganze Herden verborteter junger Neomarxisten aus ihren „Lageanalysen“ ableiteten, daß man zur terroristischen Aktion übergehen müsse. Aber heute wirkt so etwas nur noch anachronistisch und in seiner Verspaltung geradezu gespenstisch.

Spätestens seit Dostojewskis „Dämonen“ ist die Frage, ob Terrorismus oder nicht, für jeden einigermaßen anspruchsvollen Intellektuellen negativ entschieden. Die „verweifelten jungen Theoretiker“ der ersten RAF-Generation waren zwar keine Intellektuellen, doch viele von ihnen ließen sich damals immerhin noch belehren. Wer indes heute die Beckurts- und Braunmühl-Mörder vor „Taz“ belehren und gar mit ihnen diskutieren will, gleicht dem Kaupfen, der das Krokodil darüber belehrt, daß es ihn nicht fressen darf.

Der Fall ist theoretisch nun wirklich abgeschlossen und dabei selbst für diejenigen, die glauben, sich über alle Gesetze hinwegsetzen zu können, zum Un-Fall geworden. Wir haben es längst nicht mehr nur mit Dämonen zu tun, sondern mit nunmehr Dämonen. Wer sich nicht mit ihnen außerhalb der Gerichte einläßt, setzt das Ansehen der Opfer aufs Spiel, schadet der Demokratie und dem Rechtsstaat. Er bringt sich nicht nur moralisch, sondern auch intellektuell ins Zwielicht.

Pankraz

## Elisabeth Grümmer

### Lyrik mit allerfeinstem Timbre

Die schier ewige Jugendlichkeit der Stimme Elisabeth Grümmer hatte darüber hinweggetäuscht, daß auch sie älter wurde. Wir hatten sie, trügerisch, in Erinnerung behalten, wie wir sie von einem Vierteljahrhundert auf der Bühne der Deutschen Oper Berlin gekannt hatten: Aufrecht, erheucht wie von einem inneren Strahlen, eine Königin unter den Sängern, die jedoch nicht mehr sein wollte als die erste Dienerin der Musik. Und begnadet mit einer Stimme, deren feines Timbre verriet, daß Gesangs mehr eine Sache des Herzens als des Halses ist.

Sängerin zu werden, das war ihr nicht an der Wiege gesungen worden. Die stand, 1911, in dem lothringischen Dorf Niederjeutz. Später residierte die Familie in Meiningen, und dort stieß Elisabeth Grümmer zum Theater - als Schauspielerin. Aber sie war ja auch noch gar nicht Elisabeth Grümmer, die wurde sie erst durch die Heirat mit dem Geiger Grümmer, und der spielte dann im Orchester von Aachen, dem damals, 1941, Herbert von Karajan Vorstand. Der soll nach einem Abendessen bei den Grümmer die Hausfrau haben singen hören und auf dem sofortigen Tausch von Küche gegen Bühne bestanden haben.

Man kann das Ergebnis ja göttlich auf Schallplatten kontrollieren und also bis in alle Ewigkeit wissen, was es einmal geheißen hat, eine lyrische Sopranistin im deutschen Fach zu



Elisabeth Grümmer unter den Sängern: Elisabeth Grümmer. FOTO: K.F.A.

sein, als Agathe im Freischütz, als Elisabeth, Elsa und Evchen Wagners, als Mozarts Pamina in der „Zauberflöte“ und als „Figaro“-Gräfin.

Ein Vierteljahrhundert in Berlin, wo sie Kammer Sängerin, ja Ehrenmitglied der Deutschen Oper wurde, das war schon damals eine Ensemble-treue, die nicht mehr als selbstverständlich gelten konnte. Die Berliner haben es ihr herzlich gedankt, daß sie von ihren wahrhaft triumphalen Gastspielen in aller Welt stets zurückkehrte an ihr Haus. Und als sie sich am Neujahrstag 1972 von der Bühne verabschiedete, mit der Marschallin aus dem „Rosenkavalier“, der Glanzrolle ihrer späten Jahre, da fragte doch jeder: Warum schon, denn die Stimme klang ja noch immer wie die einer jungen Frau. Sie hat an der Berliner Hofmusik-Hochschule und an der Pariser Opéra als Pädagogin noch manches von ihrer Kunst weitergeben können, bevor sie nun, 75jährig, im westfälischen Wandorf gestorben ist.

EUGEN BICHTERER

## Als die Kunst ins Varieté ging: Tübingens große Toulouse-Lautrec-Schau bietet Kostbarkeiten und Trouvaillen

# Der gute Geist vom Moulin Rouge

War der Mann wirklich so gut oder doch nur eine der erfolgreichsten Fußnoten der Kunstgeschichte, jener Henri de Toulouse-Lautrec, den jetzt die Kunsthalle Tübingen in einer großen Retrospektive vorstellt? Für Götz Adriani, Chef in Tübingen, ist die Antwort klar: Toulouse-Lautrec ist einer der wichtigsten Künstler der Jahrhundertwende. Folgerichtig fehlt denn in der Tübinger Ausstellung das, worauf sich die Popularität des Malers nach immer so gut wie ausschließlich gründet: Die Graphik und die Vorzeichnungen für jene Plakate, mit denen die Unterhaltungsabteilungen am Montmartre ihre Kunden fingen.

Gezeigt werden rund 100 Gemälde und Bildstudien, das pure malerische Övre also, grobenteils entlehnt aus dem Toulouse-Lautrec-Museum von Albi, aber ergänzt auch durch sehr schwer zugängliche Leihgaben aus deutschem und schweizerischem Privatbesitz sowie aus amerikanischen Sammlungen. 25 Jahre sind seit der letzten Toulouse-Lautrec-Retrospektive in Deutschland (München und Köln) vergangen; künftig wird es noch schwerer sein, eine solche Ausstellung an die Wände zu bringen, da sich das Museum von Albi nun doch sehr zurückhalten will mit Ausleihungen, was angesichts des nicht gerade robusten Zustands vieler Arbeiten Toulouse-Lautrecs als konservatorische Notwendigkeit zu akzeptieren ist, die sich eine Reise wert - wenn auch nicht unbedingt für die von vorläufigen Berichten aufgeschreckten Voyeurs, die da hoffen, in dieser Ausstellung durch die Schlüsselstücke der Pariser Belle-Epoque gucken zu können. Diese Bilder gibt es natürlich auch - aber sie drängen sich nicht vor.

Mehr fallen da einige Porträts ins Auge: „Die Tänzerin Gabrielle“, in hochgeschlossener Seidenhülle und mit Hut in einem Frühlinggarten sitzend; sie stützt eine Hand in die Hüfte und hat das Gesicht halb weggewendet vom Maler. Oder die Herren Bourges und Pascal, Flaneure im Gehrock, das Spazierstöckchen unter den Arm geklemmt. Freunde des Malers, die auf einen Sprung ins Atelier schauen, bevor sie ihren Ruf als Boulevardiers obliegen: Fast identische Situationen auf diesen beiden Bildern, die scheinbar zufällig entstanden sind wie Schnappschüsse, in Wahrheit jedoch Resultate eines langen Einkreisens und Belauerns sind, des Abwartens



Bilder, die den Charakter zügeliger Schnappschüsse besitzen: „Die Dämonen im Speisesaal“ (1895), aus der Tübinger Ausstellung

bis zum malerischen Zugriff genau im richtigen Moment.

Und doch werden sie mit keinem Strich zur Karikatur, die verlorenen Lautrecs Figuren, die den malerischen Betrachter ja scheinbar gar nicht zur Kenntnis nehmen, verströmen eine tiefe Ruhe, eine große Selbstsicherheit. Sie sind ganz offenbar mit der Welt, in der sie leben, und seien es wirklich die Quartiere um die Place Blanche herum, im reinen, kein erschreckter, jaorgewidert Ausdruck auf dem Gesicht der Frauen, kein einmal jenes gefeierte Lüster im Gesicht der Freier, wie es dann Dix und Grosz 20 Jahre später malen. Die soziale oder moralische Anklage ist Toulouse-Lautrec ganz fremd: Die Welt ist, wie sie ist, und sie hat ihre grotesken und ihre schönen Züge dabei. Mehr noch: Er hat die Welt, in der er lebte, mit den Augen eines Weisen gesehen. Er hat etwas begriffen vom Leben, und dieses Begreifen durchdringt seine Bilder.

Das macht die Begegnung mit Toulouse-Lautrecs Bildern so aufregend,

nicht die kunsthistorischen Verbindungsäden, die man zu Degas und Manet vor ihm, zu Picasso nach ihm spannen könnte. Das besorgt zwar der exzellente Katalog auch, aber bloß nach zeichnerischen Kriterien kommt Toulouse-Lautrec eben doch nicht sehr weit über seine Zeit hinaus. Man kann seinen sparsamen und hintergründigen Strich rühmend, den Picasso bewunderte und den man oft erst beim zweiten Hinsehen bemerkt. Aber der Bildaufbau oder sparsame Gebrauch von Pastellkreiden als geübtem und grobem Karton, das ist doch alles sehr die Konvention von Manet oder Degas.

Eine Zeitlang begegnen sich die Bilder Degas' und Toulouse-Lautrecs unmittelbar. Als Sproß eines der ältesten Adelsgeschlechter Frankreichs waren die Jagd zu Pferde und Falkenerlei von Kindern an vertraute Vergnügungen für den Maler. An Bildern von Pferden auf der Jagd wie auf dem Sattelplatz fehlt es denn auch nicht im Övre Toulouse-Lautrecs. Aber während bei Degas Dynamik und

Energie aus den Pferdebildern sprühen, zeigte schon der junge Toulouse-Lautrec die lässige Einstellung des bloßen Zuschauers.

Zum Zuschauen war er verdammt, seit er im Kindesalter zum Krüppel geworden war: Erbschäden aus Jahrhundertelanger familiärer Inzucht wirkten sich aus. Er hat nie für seinen Lebensunterhalt malen müssen; das Familienvermögen ließ ihn reichlich zu. Er konnte also malen nach der eigenen Verantwortung und leben in ruhiger Maßlosigkeit. Wenn er sich nicht im Abseits erweisen hätte, sondern bloß im Rotspon von den neimatlichen Gütern, dann hätte er wohl ein paar Jahre mehr der Zeugnishaft ablegen können. Die Bilder von 1901, seinem letzten Lebensjahr, sind schon schwer, ungelent, dumpf. Nun nicht mehr die unbestechliche Schilderung seiner Umwelt, sondern verräterisches Zeugnis seines dem Untergang (bis 15. März, Katalog 39 Mark, im Buchhandel, Dumont-Verlag, 86 Mark als gebundene Ausgabe). REINHARD BEUTH

## Wien zeigt Ionescos „Kahle Sängerin“ als Oper

### Schnattriger Belcanto

Die höheren Weihen für den Komponisten kamen als Vorschub-laborieren bereits einen Tag vor der Uraufführung aus befeuertem Mund: Auf einer Pressekonferenz verkündete der Alt- und Weltmeister des absurden Theaters, Eugène Ionesco, daß die Veropferung seines 1950 uraufgeführten Paradedstücks „La cantatrice chauve“ („Die kahle Sängerin“) trefflich gelungen sei. Luciano Chailly habe mit seiner Musik ergänzt, was dem Stück auf seinem Weg zum totalen Theater noch fehlte.

Am Samstag durfte die Wiener Kammeroper dann mit ihrem ehrgeizigen Projekt die Feuerprobe bestehen. Das Stück, das vor Jahren für die Piccola Scala in Mailand geschrieben worden war und im landesüblichen Dispositionsschaus im ersten Probenstadium verschwand, kam beim Publikum blendend an. Luciano Chailly, der 66jährige Vater des zu verdächtigen Frühruhm gelangten Dirigenten Riccardo Chailly, bestätigte damit seinen Ruf als eloquenter und moderater Neutöner der Gegenwartsszene.

Chailly hat die absurd-tragische Ionesco-Parabel auf einen griffigen musikalischen Nenner gebracht. Er verfreumdete die Singstimmen, indem er dem schnattrigen Belcanto quasi die Daumenschraube ansetzte, aber er verfreumdete sie nicht um des Gags oder der Mode willen. Er läßt sie zynisch, aggressiv und komisch zugleich sein. Indem er sich der großen Vorlage nicht entziehen kann und will, schreibt er wirkungsvolle Partien und skurrile Begleitmuster für ein Orchester von 15 Instrumenten, das wiederum dreigeteilt in Zupf-, Blas- und Streichgruppen, eine raffinierte Kulisse herstellt. Flüstend leise, munter die Verdrängung traditioneller Werte erprobend und stets pulsierend theatralisch, hat Chaillys Musik Atem und Linie.

Dabei scheint es Ionesco nicht ge-

stört zu haben, daß aus seinem betagten Erfolgsstück nun eine wackelnde italienische Oper geworden ist. „La cantatrice chauve“, die sich kaum eine Pointe der italienischen Übertragung entgegen läßt. So findet in Wien die Aufführung auch in der sogenannten Originalsprache statt: abschließend gastiert die Produktion, zusammen mit der bereits früher produzierten „4-Ton-Oper“ von Tom Johnson, bei einem Einakter-Festival in Arezzo. Da Chailly ein alter Fuchs ist, der ganz genau weiß, wo er die 1-Punkte zu setzen hat, sollte es auch dort niemandem stören, wenn musikalisch die Tübingen ins 21. Jahrhundert nicht aufgestoßen werden. Noch zählt ja auch das gute, alte Handwerk.

Die von Hans Zauner mit Mitgliedern des ORF-Orchesters geleitete Aufführung verrät ersten Pfiff. Eine Gruppe junger, bestens studierter Sänger wirft sich in die Schlacht, wobei die Koloraturprophetin Priti Colles besonders auffällt. Das Stück von den zerbrochenen Beziehungen, von der Ohnmächtigkeit des Dialogs und von der Farce der Kleinbürgerlichkeit hat Angela Zabrsa abwechslungsreich inszeniert. Mit Filmauspielungen illustrierte sie ein verküppeltes Gesellschaftsritual, wo die Hausgärtnerin komisch-abgründig dazwischenföhrt und wo ein Feuerwerkmann dreimal an der Tür klingelt - um zu melden, daß es nicht brennt.

Wortreich und sich auch in Widersprüche verwickelnd, sprach sich Ionesco gegen diese Regie aus. Pankraz gegen seinem Grundsatz, das Absurde sei immer tragisch, auch wenn es komisch dargestellt ist, verurteilte er den spröden Ernst wie die Gags dieser Aufführung. Zu Unrecht, wie sich herausstellte. Offenbar kennt Ionesco nicht das Inszenierungsniveau der Wiener Staatsoper, sonst hätte er geschwiegen. WALTER GÜRTELSCHMIED

## Drei Ausstellungen über neue Wege der Keramik

### Die Kunst der Nuance

Zwischen Gefäß und Objekt, dem nützlichen und dem autonomen Werk also, bewegen sich scheinbar die Möglichkeiten der keramischen Kunst. Das legen zwei Ausstellungen nahe: „Europäische Keramik der Gegenwart“ im Keramik Frechen und „Deutsche Keramik 1950-1980“ im Düsselbacher Heijens-Museum. In Düsseldorf wird eine Auswahl aus der Sammlung Dr. Vehrings gezeigt, der ganz offensichtlich die Gefäßkeramik bevorzugt. In Frechen dagegen entsteht der Eindruck, daß die zeitgenössischen Keramiker die Plastik bevorzugen, während Schalen, Vasen, Töpfe allenfalls am Rande erscheinen. Die nützlichen Künste beschränken sich hier auf keramische Platten, die allerdings eher als Einzelstücke denn als Teil einer Wandgestaltung komponiert wurden.

Das Objekt nimmt in der Töpferei eine zwiespältige Stellung ein. Der Weg zum Nippes, der seit der Antike mit den Tanagra-Figuren bis zu den Hummelfiguren heute seine eigene Tradition hat, ist leicht beschritten, während nur wenige den steilen Pfad, den Kaedler, Meyer und andere Modellmeister in Meißel und den übrigen Manufakturen erklimmen, für begehrtesten halten. Es ist die Gestaltungsfreiheit der Bildhauerei, der die Keramikkünstler nahefeiern. Ihr Vorteil gegenüber Arbeiten in Stein, Metall oder Holz ist die besondere Oberflächenstruktur des gebrannten Tones, der zusätzlich durch die Glasur gefärbt werden kann. Carlo Zauli,

Rita Ternes, Philippe Lambercy führen das in Frechen vor. Aber es gibt auch eine Gefäßführung bei plastischen Arbeiten in Ton.

Das Spekulieren auf ein ansehnliches Zuallerergebnis beim Brand und über inakquate Bunttheit gehören dazu. Dem unterliegen besonders die Franzosen, wie die Wander-Ausstellung „Terre de France“ über „Aspekte zeitgenössischer Keramik in Frankreich“ verrät. Die nach Hüh-Grenzhausen nun von Mitte November an im belgischen Hasselt zu sehen ist. Die Farbbarkeit der Objekte von Gilbert Portantier (auch in Frechen) entstammt einer malerischen Zutat, die den Eigenarten der Keramik nicht entspricht. Allerdings demonstrieren Pierre Bayle in dieser Auswahl mit streng geformten und brillant glasierten Gefäßen, die manchmal wie aus Holz gedreht wirken, daß auch die französischen Töpfer die keramischen Tugenden beherrschen.

Bei den keramischen Objekten verstreut die Grenze zwischen Klein- und Großplastik. Das zeigen die französischen Beispiele wie die Auswahl in Frechen. In der Gefäßkeramik erfordert Größe dagegen noch immer eine besondere handwerkliche Kunstfertigkeit. Alev Ebüzziya-Siesby führt das mit ihren dünnwandigen großen Schüsseln vor. In Düsseldorf bestimmen dagegen vorwiegend kleinere Stücke das Bild, allerdings in einer bemerkenswerten Vielfalt der Formen und Glasuren.

Von Rolf Overberg, der in Frechen „Schrifttafel“, keramische Platten mit Ornamenten meist aktiver Buchstabenfolgen zeigt, sind in Düsseldorf frühe Flaschen und Vasen zu sehen. Auch Johannes Gebhardt hat Keramiken im Weg vom Gefäß, seinen Blütenkelchen aus Porzellan (in Düsseldorf), zu Miniatur-Monumenten aus unglasiertem Steinzeug wie aus Ziegelsteinen aufgebaut (in Frechen) gegangen, während Anja Brügmann-Breckwoldt, die mit eigenartigen Kleinstplastiken, Kombinationen von Obst und Tüchern begaun, sich nun Vasen mit geometrischen Formen und Dekoren zugewandt hat.

Die drei Ausstellungen bieten eine reiche, anregende, vielfach schöne Auswahl von Beispielen und zugleich machen sie deutlich, daß die Keramik eine leise Kunst der Nuance ist, für den lauten Kunstmarkt der Aktualitäten kaum geeignet.

PETER DITTMAR

„Terre de France“: Hasselt 14.11-4.1. Meinen: 16.1-1.3. Katalog: 28 Mark. Frechen: bis 30. Dez., Katalog: 40 Mark. Stg. Vehrings Düsseldorf: bis 30. Nov. Coburg: 12.4.1987-15.6. Karlsruhe: 5.9.-11. Bremen: 31.1.1988-10.4. Katalog 35 Mark.



Elldauerischer Gestaltungsfreiheit nachempfunden: „Nike“ (1986) von C. Gebhardt in Frechen. FOTO: KATALOG

## JOURNAL

### Dresdener Regisseur bleibt im Westen

Zu Köln. Der bisher am Staatstheater Dresden engagierte Regisseur Dietrich Drescher, ein Schüler von Manfred Wekwerth und Wolfgang Hübner, ist nach einer Gastinszenierung in Zürich, wo er „Das wirkliche Leben des Jakob Gelehrter“ von Bertold Brecht im WEST vom 11. bis 13. inszenierte, im Westen geblieben. Auch der Schauspieler Matthias Günther, zuletzt in Ost-Berlin tätig, ist nicht in die DDR zurückgekehrt. Beide haben inzwischen am Schauspiel Köln mit den Proben zu Shakespeares „Macbeth“ begonnen.

### Leben in Nordamerika vor rund 10.000 Jahren

AP, Fresno. In der Sierra Nevada, rund 200 Kilometer östlich von San Francisco, sind Spuren einer Bevölkerung entdeckt worden, die sich vor mindestens 10.750 Jahre vor Kalifornien lag. Das Fundament, so hieß es, sei durch Holzkohle einer Feuerstelle ermöglicht worden, die sich auf dem Lehmblech eines ehemaligen drei Meter langen ovalförmigen Behausung fand. Die bisher älteste Spur einer menschlichen Fußspure in Nordamerika war in Hells Gap/US-Staat Wyoming entdeckt und auf ein Alter von 2000 Jahren geschätzt worden.

### Der Arbeitsplatz des Bergmanns

DW, Bochum. Den Weg zur Vollberufsbildung schildert der zweite Band der Reihe „Der Arbeitsplatz des Bergmanns in historischen Bildern und Dokumenten“, die vom Deutschen Bergbau-Museum in Bochum herausgegeben wird. Evelyn Kroker schildert darin die Entwicklung des Ruhrbergbaus vom Zweiten Weltkrieg bis zur Neuorganisation 1966. In einem Anhang werden die Stützungsdaten der Schachtanlagen, Erketfabriken und Kohlegruben sowie größere Grubenunfälle aufgelistet. Der Band kostet 55,50 Mark.

### Französische Filme weniger beliebt

AFT, Paris. Amerikanische Kinofilme sind in Frankreich auf dem Vormarsch. In der Publikumszählung haben sie in den ersten sechs Monaten dieses Jahres Produktion aus dem eigenen Land um Längen geschlagen. Das zeigt eine Statistik, die das Centre national de la cinématographie veröffentlicht hat. Danach verzeichneten französische Filme ein Minus von 13,17 Prozent, amerikanische Produktionen dagegen ein Plus von 18,17 Prozent. Der Anteil von französischen und amerikanischen Filmen betrug 39 zu 46 Prozent.

### Die Plattenhülle wird zum Kunstwerk

AFP, Nizza. Rund 1500 Plattenhüllen von 1940 bis zur Gegenwart präsentieren eine Ausstellung, die ein Nizzaer Luxushotel am 15. und 16. November präsentiert. Dabei werden nicht nur Cover gezeigt, die sich durch ihre hervorragende künstlerische Gestaltung auszeichnen, sondern auch Plattenhüllen, die besonders typisch einen bestimmten Stilgeschmack widerspiegeln.

### Artur London

SAD, Paris. Der tschechische Schriftsteller Artur London ist im Alter von 71 Jahren gestorben. London, der vor allem durch sein Buch „Das Salzbad“ bekannt wurde, trat bereits mit 14 Jahren der kommunistischen Jugend bei, flüchtete 1945 nach Moskau und kämpfte während des spanischen Bürgerkriegs in der internationalen Brigaden. Von 1940-1942 leitete er die Ausländerorganisation der französischen KP. 1942 wurde London nach Mailand ins Exil deportiert. Nach der Machtergreifung der Kommunisten in der Tschechoslowakei 1948 ernannte man ihn zum stellvertretenden Außenminister. Zwei Jahre später wurde er verhaftet, in dem berühmigen Slansky-Prozess verurteilt und zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. 1956 wurde er rehabilitiert. Seit 1963 lebte er in Frankreich.

### DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Was hat der Hase im Bett auf der grünen Wiese vor einer mondverschienenen Flußlandschaft zu suchen? Die Antwort ist einfach: Er ist des Rätsels Lösung. Für „Das Buch der hundert Rätsel“ hat Monika Beisner nicht nur hübsche alte Rätsel zusammengetragen, sie hat dazu auch ein Dutzend ganzseitiger bunter Bilder von surrealistischen Beiz gemalt, in denen jeweils die Lösungen mehrerer Rätsel verborgen sind. Ein sehr vergnügliches Rates- und Guck-Buch. P. In Monika Beisner: Das Buch der hundert Rätsel, Insel, 58 S., 10 Mark.



Fehlalarm: Viele flüchteten in die Keller

PETER W. FISCHER, Köln
Angst und Unruhe verbreiteten sich am Samstag morgen in den Regierungsbezirken Köln und Düsseldorf...

Etwa eine Stunde lang waren daraufhin die Telefonleitungen der Polizei und Feuerwehren in den beiden Regierungsbezirken durch Hunderttausende von Anrufen besorgter Bürger blockiert...

Ältere Bürger glaubten, ein Krieg sei ausgebrochen

In Köln flüchteten nach Polizeiangaben zahlreiche Bürger und die Schüler einer größeren Schule nach dem Fehlalarm in die Keller...

Viele ältere Bürger glaubten, ein Krieg sei ausgebrochen. Nur mit Mühe konnten Polizei und Feuerwehre manche tief verängstigte Anrufer beruhigen...

Nur den wenigsten war bekannt, was das fälschlich ausgelöste Sirensignal in Friedenszeiten eigentlich bedeutet...



Großes Defilee der Mannequins im Theater des Westens: Brautkleider aus elf Pariser Haute-Couture-Häusern

FOTOS: JOCHEN CLAUS

Berlin ist wieder en vogue



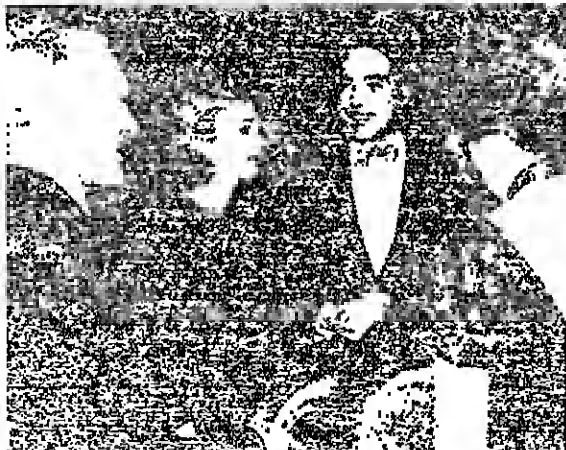
Im Charlottenburger Schloß: Friede Springer und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher

RUTH HABER, Berlin
„Berlin en vogue“ - ein Motto mit doppelseitiger Bedeutung. Das Modejournal „Vogue“ hatte die Anregung gegeben...

Der Stange. Diese Idee machte Revolution. Mode verbreitet sich heute ohne Sprachbarriere und schnell mittels Medien...

Szene. Ein musikalisches Intermezzo mit dem französischen Violinisten Raphael Oleg, Preisträger der Tschaikowsky-Ausschreibung 1986...

dem Empfang zum Galadiner in die Orangerie. Der Erlös von Eintrittspreisen (100 Mark der Theaterplatz, 1000 Mark das Diner) und Spenden gingen an die Hilfsorganisation „Care Deutschland“...



Aus Bonn: Amerikas Botschafter Burt mit Gattin (M.) und sein britischer Kollege Sir Julian L. Bullard

Die Haute Couture als Symbol für Luxus, Eleganz und Schönheit kreiert Mode mit Hilfe von Handwerkskunst, die ohne sie zum Aussterben verurteilt wäre...

Darum gelang es in Berlin, dieser kulturreichen Stadt, eine Sternstunde in Sachen Luxus und Schönheit zu gestalten. Die elf beteiligten Pariser Haute-Couture-Häuser Balmain, Chanel und dem Stylisten Karl Lagerfeld...



Aus Paris: Danke Dubois vom Syndicats Haute Couture (l.) und Gilles Dufour von Chanel

Die Berliner haben zu „Care“ bekanntlich eine besondere Beziehung. Nach dem Krieg und während der Blockade bildeten „Care“-Pakete für viele die einzige Hoffnung aufs Überleben...

WETTER: Meist trocken und mild

Lage: Zwischen hohem Druck über dem Balkan und einem Tief bei Schottland wird mild. Meeresluft nach Deutschland geführt...

Vorhersage für Montag: Im Norden nur gelegentlich auflockernde Bewölkung und zeitweise leichter Regen...

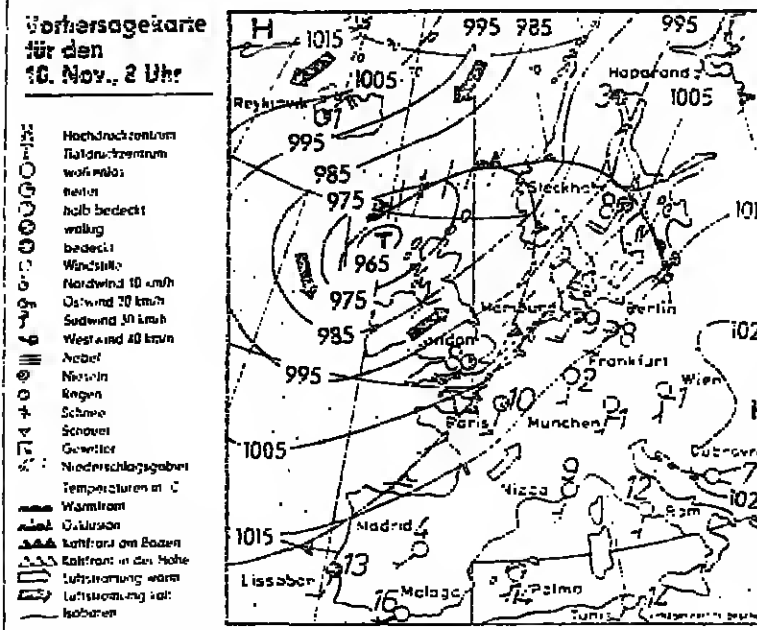


Table with 2 columns: City and Temperature. Lists temperatures for various German cities and other locations like London, Paris, Rome, and Moscow.

LEUTE HEUTE

Verlobung

Seine Karriere als Renn- und Ralfbefahrer war kurz und glücklich. Zur Zeit verdient Mark Thacher (33) ein zehntausend Mark monatlich...

Gastgeschenk

Einen Rosenkranz aus 59 schwarzen polynesischen Perlen soll Papst Johannes Paul II. während seines Besuchs auf der Fidschi-Inseln als Geschenk erhalten...

Sie nannten sie „Pythia von Bonn“

KIRSTEN BAUKHAGE, Bonn
Ihre hellsehenden Fähigkeiten machten sie weltberühmt: Madame Buchela, die „Seherin“ von Bonn...

sehte sie den Tod ihres Liebingsbroders Anton voraus. Der große „Durchbruch“ gelang der Buchela, als sie 1953 der CDU unter Bundeskanzler Konrad Adenauer einen hohen Wahlsieg prophezeigte...



„Madame Buchela“. Am Samstag ist sie in Bonn gestorben. FOTO: OPA

hauptstadt“. Prominente Politiker jeder Couleur nahmen daraufhin - so wurde in Bonn gemunkelt - gern ihren Rat in Anspruch...

Nachdem sie von Bonn nach Remagen umgezogen war, pilgerten Tausende Ratsuchende aus aller Welt zu ihrem Haus...

„Nordbank“ - Brasiliens unstrittenes Projekt

W. THOMAS, Rio de Janeiro
Die Pläne sollten zunächst geheim bleiben, wegen ihrer politischen Brisanz. Sie könnten „übertriebene Erwartungen“ wecken...

nicht nur mit wirtschaftlichen Argumenten begründet. Der General dachte auch an sein Metier. Der Ost-West-Konflikt könne einmal den Norden Südamerikas erfassen...

Linksregime stürzen. Außerdem seien die meisten Nachbarn in Grenzkonflikte verwickelt.

Der Kontrolle durch die Regierung bilden.“ Kritiker stellten die Frage nach den Auswirkungen des Projekts auf die Indio-Bevölkerung und die Umwelt...



Ein Vorhaben mit gigantischen Dimensionen: Brasiliens Nordgrenze - von Kolumbien bis Französisch-Guayana - soll besiedelt werden

Dazu kommen Entwicklungsprojekte, gegen die Ökologen Einwände erheben. So plant die Arzenei-Regierung nahe der jungen Amazonas-Metropole Altamira den größten Staudamm der Welt, ein Energie-Monster mit 17 000 Megawatt Kapazität...

Immer mehr greifen zu „Fast Food“

dpa, Kiel
Trotz ernährungswissenschaftlicher Bedenken gewinnt die „Schnellverpflegung“ oder „Fast Food“ in Europa immer mehr Anhänger...

100 Prozent Einschaltquote

dp, München/Sulden
Bergsteiger Reinhold Messner, der als erster Mensch alle vierzehn Achttausender der Erde bestieg...

Weitere acht Tote geborgen

dp, London
Tauchern in der Nähe der Shetland-Inseln ist es am Wochenende gelungen, acht weitere Leichen von Bergsteigern zu bergen...

Kinder als Sklaven

AFP, Lima
Die peruanische Polizei hat 200 Menschen, vornehmlich Kinder im Alter von zehn bis 15 Jahren, entdeckt...

Regenstürme in Ägypten

dp, Kairo
Mit Regenstürmen und einem Temperatursturz von 26 auf 15 Grad ist am Wochenende in Ägypten früher als erwartet der Winter eingeleitet...

„Roll Fiets“ für Behinderte

dp, Berlin
Behinderten das Leben leichter zu machen ist das Ziel einer Sonderchau, die auf der Messe „Gesundheit 86“ in Berlin noch bis zum 16. November zu sehen ist...

Mordversuch an Vater

dp, Ratingen
Ein 15jähriger Schüler hat am Samstagabend in Ratingen bei Düsseldorf versucht, seinen schlafenden Vater mit der Art zu erschlagen...

20 Polizisten verletzt

AP, München
Bei Krawallen am Rande eines Bayernligaspiels zwischen München 1860 und der Spielvereinigung Bayreuth sind am Samstag in München 20 Polizisten leicht verletzt worden...

ZU GUTER LETZT

„Scheich Jamani wirft das Kopftuch“, schrieb die deutschsprachige „Allgemeine Zeitung“ in Windhoek (Namibia) zur Abjagung des südafrikanischen Energieministers Yamani durch König Fahlid.

Handwritten text in Arabic script: سكتا من لاجل